

bei seiner Erstaufführung zu besichtigen, stand fest, daß dieser Film verrohend wirkt und sittenwidrig ist. (Abg. Dr. Pittermann: „Und so etwas wird verteidigt!“) Ein Film, in dem drei Morde, zwei Leichenverschleppungen vorkommen und ein abgetrenntes Haupt eines Professors in widerlicher Weise herumgezerrt wird, ist verrohend, und ein Film, in dem 10 Minuten lang ein Mädchen, dem der Kopf abgetrennt und ein anderer aufgesetzt wurde, nackt in anstößiger Weise auf der Leinwand herumtanzt, ist sittenwidrig. Es ist der Tatbestand der Verrohung und Sittenwidrigkeit gegeben und daher auf den § 17 des Steiermärkischen Filmgesetzes aufmerksam zu machen gewesen. Man kann deswegen nicht sagen, daß die Freiheit in Gefahr ist. Man soll nicht von bedrohter Freiheit reden, wenn den Spekulanten mit niedrigen Trieben das Handwerk gelegt wird. Hier handelt es sich nicht um eine Zensur, die nur einem Kunstwerk zuteil werden kann, hier handelt es sich nicht um ein Kunstwerk, sondern um einen ordinären Sex-Grusel-Schnulzenfilm. Diese Spekulanten sollen einmal wissen, daß wir uns nicht alles gefallen lassen. Sie sollen nicht mit unserer Freiheit Schindluder treiben! Das Filmverbot richtet sich gegen niemand anderen als gegen diese Filmspekulanten und wenn es Lüstlinge gibt, die solche Mädchen sehen wollen, dann sollen sie in jene Exklusivlokale gehen, die nicht im Kulturreferat ressortieren. Aber, meine Damen und Herren, in Massenunterhaltungsstätten, in die unsere arbeitenden Menschen hineingehen, mit der ihnen zuzusprechenden redlichen Absicht, sich zu unterhalten und zu erfreuen, können wir nicht dulden, daß solche Mistkübel ausgeschüttet werden. Wir haben mit dem Verbot dieses Films ein Beispiel gegeben. (Wiederholt Zustimmungsrufe der OVP.)

Meine Damen und Herren, es ist nicht leicht, zu entscheiden, was sittenwidrig und verrohend ist, weil da die subjektive Einstellung des einzelnen Menschen mitspielt, je nach dem, ob sie vom Schicksal härter oder zarter angegriffen wurden. Man muß hier aber eine Grenze ziehen, ohne kleinlich zu sein. Hier ist der Tatbestand eindeutig. Man muß nicht Psychologie studiert haben, um sich das klare Unterscheidungsvermögen zwischen schmutzig und sauber bewahrt zu haben. Dann soll aber entschieden werden. Das hat das Amt der Steiermärkischen Landesregierung getan und, meine Damen und Herren, etwas müssen wir uns schon auch zutrauen aus eigener Verantwortung heraus zu tun. Denn was ist denn schließlich Aufgabe eines Mandatars und warum hat das Volk Sie hierher gewählt? Nicht nur allein dazu, daß wir Steuergelder verteilen, sondern auch dazu, daß wir Verantwortung tragen, weil man uns zumutet — ich glaube wenigstens, daß man uns das zumutet — daß wir einen größeren Überblick über die Dinge haben, weil wir uns ja dauernd damit beschäftigen, und ich scheue mich auch nicht, diese Verantwortung für diese Sache zu tragen. Ich meine, daß das Gesetz hier eindeutig gesprochen hat und daß das Gewissen eine klare Entscheidung treffen konnte, und da sich Gesetz und Gewissen des Mandatars gedeckt haben, war wie im Spruch zu entscheiden.

Aber zum Schluß dieses Kapitels muß ich, weil in der Presse davon gesprochen wurde, auch noch

auf das steirische Gedenkjahr in diesem Zusammenhang eingehen. Man sprach davon, daß dieses Filmverbot, das keine Zensur ist, ein Rückfall in die vorjoanneische Zeit wäre. Dagegen muß ich mich wehren und ich meine, daß dieses Verbot im Sinne und Geist des Mannes war, den wir im vergangenen Jahr gefeiert haben. In seinem Programm, das er im Jahre 1811 sich vorgenommen hatte, als er in die Steiermark kam und in seinem Tagebuch vom 12. August 1811 niedergeschrieben hat, steht: „Es wäre mir recht, für das Wohl dieser Leute zu sorgen, das Schulwesen zu fördern, auf Seelsorge zu halten, das Krankenpflegewesen zu unterstützen, die Industrie zu beleben, die alten Sitten zu erhalten und eifersüchtig auf alles zu wachen, was dieses Volk verderben könnte.“ So ist es geschehen!

Meine Damen und Herren, nachdem ich diese Frage des Herrn Abg. Afritsch beantwortet habe, erlauben Sie mir, daß ich auf den Landesvoranschlag eingehe, und zwar auf das Kapitel 339 „Fortgefallene Ansätze“. Es stehen die Millionen, die der Steiermärkische Landtag im vorigen Jahr für die Vorbereitung des Gedenkjahres bewilligt hat, nicht mehr dort, das heißt also, es ist Rechenschaft abzulegen über das, was damit gemacht worden ist. Nicht, meine Damen und Herren, um uns der Dinge zu rühmen, die hier geschehen sind, sondern nur um einige Feststellungen zu treffen über Dinge, die im Laufe des Jahres notwendig gewesen sind und die nun zum Abschluß besonders hervorgehoben werden sollen. Es war der Sinn des Erzherzog-Johann-Jahres, kein Jubiläum zu feiern. Dazu wäre ja auch die Erinnerung an den Todestag kein Anlaß. Erinnerung an den Heimgang eines Menschen kann nur sein, ihm noch einmal zu danken, wenn sein Werk lebendig geblieben ist, kann nur sein die Besinnung auf Werke und Kräfte, denen er gedient hat, die er lebendig gemacht hat, die er uns vererbt hat, und zu fragen, ist dieses heutige Geschlecht noch willens, in seinem Geist diese Kräfte und Werte der Heimat in die Zukunft einzutragen? Rnd es gilt, diesen Willen zu bekräftigen. Es war daher dieses Gedenkjahr vor allem eine Bildungsaufgabe. Ich glaube, wir dürfen feststellen, daß es wenigstens für viele ein Geschichtsunterricht gewesen ist, eine Rekapitulation der Geschichte, die von einer biographischen und zeitgeschichtlichen Betrachtung ausgegangen ist, die aber eine Geistesgeschichte des ganzen 19. Jahrhunderts dargeboten hat, keine eingehende Analyse, aber doch eine Auffrischung des Wissens, die für die Beurteilung der Gegenwart bestimmt nicht von Nachteil gewesen ist. Es ist merkwürdig, daß im Laufe dieses Jahres die Bedeutung dieses seltenen Mannes den meisten Menschen und selbst seinen engsten Verwandten und Nachkommen erst bewußt geworden ist. Ein zweites ist uns noch bewußt geworden: wie lebendig die Volkstümmlichkeit dieses wahren Volksmanne geblieben ist. Das hat nachträglich gerechtfertigt, was wir an Vorbereitungen angewendet haben.

Es ist nun an uns, zu danken und den Dank, den der Herr Abgeordnete Stöffler ausgesprochen hat, weiterzugeben an alle, die in diesem Jahr, das zu einem Jahr der steirischen Besinnung geworden ist,

mitgewirkt haben, und an alle jene Mitarbeiter, die über das ganze Land hin einmütig und in gleicher Gesinnung dem gleichen Gedanken gedient haben. Der Dank gilt auch dem Herrn Landesamtspräsidenten, der die Bezirkshauptleute um sich geschart und so das ganze Netz der Verantwortlichkeit und der Autorität, die eine solche Arbeit braucht, über das Land ausgebreitet hat, und ich danke auch allen Bezirkshauptleuten und allen Bürgermeistern, die hier über ihren eigentlichen Pflichtenkreis hinaus entscheidend zur Gestaltung dieses Gedenkjahres und zur Besinnung auf den Grundgedanken mitgearbeitet haben. Ich danke allen Amtswaltern des Steirischen Volksbildungswerkes, die mit den Bezirkshauptleuten in den Bezirken die mühsamen Vorbereitungen gemacht haben. Es wären einige besonders hervorzuheben. Ich darf ferner allen Beamten der Kulturabteilung des Landes danken, die selbstlos und aufopferungsvoll mitgearbeitet haben. Das Erzherzog-Johann-Jahr wäre uns nicht so gelungen, wenn nicht so sorgfältige Vorbereitungen gewesen wären, die auf das Jahr 1957 zurückführen. Das Volksbildungswerk hat Werktagungen veranstaltet, eine Werktagung über die bleibenden Werke, die in diesem Jahr geschaffen werden sollen, eine Werktagung für Ortspflege, Feste und Fei ergestaltung, es erschienen drei Werkhefte.

Es wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben: „Schafft Lieder für das steirische Gedenkjahr!“ An diesem Liederwettbewerb haben 24 steirische Komponisten durchaus besserer Qualität teilgenommen, die 103 Lieder komponiert haben, von denen viele in ein Liederheft aufgenommen wurden. Dieses vom Volksbildungsheim ausgegebene Liederheft ist inzwischen zu einem begehrten Besitz unserer Gesangsvereine und Volkstumsgruppen geworden.

Dann wurde weiters ein Bautenwettbewerb ausgeschrieben. Um dem Gedanken der heimatlichen Kunstpflege einen Anreiz zu geben, wurden für die besten Bauten das Viktor-Geramb-Gedenkzeichen und für den besten Bau auf dem Gebiete der modernen Industrie das Franz Mayr-Melnhofsche Gedenkzeichen gestiftet. Mit dem Gartenbauverein wurden Blumenwettbewerbe abgehalten, bei denen sich weit über 1000 Mitwirkende gefunden haben. Es wurde ein Gaststättenwettbewerb „Die gutsteirische Gaststätte im Zusammenhang mit der Kammer durchgeführt. Zur Pflege des Orts- und Landschaftsbildes fanden über 200 Ortsbegehungen im Lande statt. Es ist da insbesondere zu danken dem Herrn OBR. Reisinger und Herrn Arch. Walter vom Bauamte, vor allem auch dem Herrn Landesbaudirektor Hofrat Hahne, der in großzügiger Weise die schützende Hand über diese Arbeiten gehalten hat. Nach diesen vorbereitenden Arbeiten, die ich nur flüchtig streifen konnte, ist die Festwoche gekommen. Ich möchte da an den schönen Festakt im Landhaushof erinnern, an dem der Bundespräsident teilgenommen hat, der damit bekundete, daß es nicht nur ein steirisches, sondern ein gesamtösterreichisches Fest war. In der Woche, die sich daran geschlossen hat, haben alle Institutionen, die auf einer Gründung des Erzherzogs Johann beruhen, ihre Veranstaltungen gehabt, wie die Kammern, die Hochschulen, das Joanneum.

Ich möchte in diesem Zusammenhang an die zwei großen Ausstellungen erinnern, die in

diesem Jahre in Graz stattgefunden haben, an die Erzherzog-Johann-Gedächtnisausstellung im Joanneum, die wir Oberregierungsrat Dr. Binder-Kriegelstein zu danken haben, der die schwierige Aufgabe der Organisation und Durchführung der Arbeiten übernommen hatte und mit einem Stab von gewissenhaften und opferbereiten Beamten eine Ausstellung geschaffen hat, die nach dem Ausweis der Presse mit der Gotikausstellung in Krems, die internationales Format hatte, in eine Linie eingereiht wurde. Diese Ausstellung wurde vom Herrn Unterrichtsminister eröffnet und am nächsten Tage eröffnete der Landeshauptmann die Ausstellung der steirischen Kammermaler, jener großen Malergruppe, die Erzherzog Johann gefördert hatte und für die er jährlich soviel Geld ausgezahlt hatte, als Metternich Jahressold erhalten hat. Diese Ausstellung der Maler der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts war ein Labsal für unsere Augen und eine bleibende Erinnerung für alle, die sie besucht haben. Sie war eine einfallsreiche Arbeit des Leiters der neuen Galerie Dr. Koschatzky und seiner Mitarbeiter und ist als gesamtösterreichischer Beitrag zum steirischen Gedenkjahr zu nennen.

Ich erinnere daran, daß wir eine 25-Schilling-Gedenkmünze durch das Münzamt zugesprochen erhielten und eine 1'50-Schilling-Marke, wodurch unser Gedenkjahr in ganz Österreich und darüber hinaus bekannt gemacht wurde.

Nicht vergessen dürfen wir vor allem den großen Festzug in Graz, der wie als Zusammenfassung des ganzen Jahres, aber auch eine solche aller Geschehnisse anzusehen war, und der die im Lande lebendigen kulturellen und wirtschaftlichen Kräfte überzeugend zum Ausdruck gebracht hat. Er war schön und künstlerisch gestaltet unter Mitwirkung ausländischer Gruppen, womit ich die Südtiroler meine, und war wirklich eine Kundgebung des Dankes, ein Erntefestzug gewissermaßen des Jahres, aber auch ein Erntedank für das Lebenswerk des steirischen Prinzen.

Unter den vielen Namen möchte ich einen besonders nennen, der das geistige Konzept geschaffen hat, unseren lieben Freund Universitätsprofessor Dr. Otto Reicher. (Allgemeiner Beifall.) Wenn ein Rechenschaftsbericht gegeben werden soll, so wäre manches zu nennen und anzuführen, ich kann aber von den vielen Ereignissen im Lande nicht alle anführen. Während des Jahres haben wir oft gehört: um Gottes willen, schon wieder „Erzherzog Johann“! Wenn jemand Grund gehabt hätte, so etwas zu sagen, dann die, die unmittelbar am Strange gestanden sind. Es ist sicher richtig, wenn man in der Zeitung am Montag oder Dienstag immer wieder gelesen hat, daß in so vielen Orten Erzherzog-Johann-Feiern stattgefunden haben, daß das auf viele wie eine geballte Ladung gewirkt hat. Aber der Gedanke, daß die Sennerin in der Sölk am Schwarzsee mit einer dieser Feiern das einzige Erlebnis des Gedenkjahres gehabt hat —, dasselbe gilt auch für Krakaudorf und überall, wo man sich des steirischen Prinzen erinnerte und in seinem Namen bleibende Werke geschaffen hat —, rechtfertigt all diese vielen Feste.

Es ist vieles geschehen, aber nicht zu vieles. Einige Orte will ich besonders nennen, an denen

der Grundgedanke des Gedenkjahres und die Erinnerung an den Prinzen besonders herausgestellt wurden, so Aussee, wo wieder der Bundespräsident anwesend war und noch stärker als in Graz das gesamtösterreichische Interesse an unseren Feiern bekundet hat, und wo wir am Toplitzsee gestanden sind und die innige Verbindung dieses Mannes mit diesem Land in Erinnerung gerufen wurde durch die Tatsache, daß er hier an diesem See ein 16jähriges Mädchen getroffen hat, die ihm als Wirtschaftlerin für 7 Kinder und ihren verwitweten Vater als die richtige Hausfrau für den Brandhof und für Vordernberg erschienen war. Ein Festzug mit dem Leben und Arbeiten des Ausseerlandes sowie ein Festabend mit dem klingenden Überlieferungsgut dieses Landes wird uns unvergeßlich bleiben als ein schönes und würdiges Fest.

Weiters denken wir an Vordernberg, wo wir inmitten der Wirkungsstätte der industriellen Pläne Erzherzog Johanns gewesen sind, unmittelbar unter dem Erzberg, auf dem er das liebste Wappen der Welt, das Kreuz des Brandhofers aufgerichtet hat, als Zeichen seiner tief innerlichen Gesinnung. Ich denke in diesem Zusammenhang auch, und glaube das besonders hervorheben zu müssen, an das Fest im Brandhof selbst, bei dem 157 Nachkommen, Angehörige seiner Blutsverwandtschaft, anwesend waren, in denen er weiterlebt und die die Verpflichtung seines Erbes empfunden haben. Er war uns dort sehr nahe. Er war uns aber auch nahe, als wir 500 Steirer den Herrn Landeshauptmann zur Gruft von Schenna geleitet haben, wo er einen großen grünen Kranz als Zeichen der Dankbarkeit und Verbundenheit in der Gruftkapelle von Schenna niedergelegt hat. Aber wenn auch hier die Gebeine, die irdischen Überreste ruhen, und wir dadurch unmittelbar in seiner Nähe waren, so waren wir ihm nicht weniger nahe in den vielen Orten der Steiermark, in denen sein Geist immer noch lebendig nachwirkt. Ich möchte hier den kleinen Ort Öblarn nennen, wo in der kraftvollen Mundart des Ennstales, gestaltet von einer wirklichen Künstlerin, „Die Hochzeit von Gstatt“ aufgeführt wurde und wo er wirklich und leibhaftig wiedererstanden ist, wo der Prinz Johann, der Patron der Obersteiermark, durch sein liebes Öblarn gegangen ist. Das war ein wirkliches Erlebnis, wie die alte Zeit kräftig und jung in die neue hineinsprechen kann.

Aber, meine Damen und Herren, alle diese Feste sollten nur der äußere Rahmen sein für das, was das eigentliche Anliegen war: Nämlich durch bleibende Taten zu bekennen, daß dieses Geschlecht willens ist, auch in der Zukunft die Heimatkräfte und Werte weiterzutragen.

Ich bin verpflichtet zu sagen, was die steirische Bevölkerung hier geleistet hat, zu welchem großen Opfern sie sich bereitgefunden hat und wie sehr sie den Aufruf zur Begehung dieses Jahres in allen ihren Vorbereitungen verstanden hat. Ich möchte das Land Steiermark nennen, das ein gutes Beispiel dadurch gegeben hat, daß es 10 Erzherzog-Johann-Stipendien gegeben hat zu je 10.000 S für besonders begabte und bedürftige Studenten und Studentinnen, die vor dem Abschluß ihres Studiums stehen. Ebenso hat die Steiermärkische Landesregierung 30 Freiplätze für die steirischen Schülerheime gestiftet.

Es sind aber auch von vielen anderen und kleinen Orten des Landes Stipendien gestiftet worden. Z. B. 14 Stipendien, davon 5 Musikschulstipendien von Pöllau, von Hartberg 4jährlich für künstlerische Leistungen 10.000 S, von Murau 3 mal jährlich 1000 S, von Voitsberg 6 Stipendien für Mittel- und Fachschüler zu je 1000 S, von Feldbach ein vierwöchiger Erholungsurlaub für einen Künstler, von Gnas ein Stipendium an einen Kunstgewerbeschüler, von Krieglach ein Fonds zur Gewerbe- und Wirtschaftsförderung, von Altaussee 2 Stipendien für Kapellmeisterschüler, von Bruck 2 mal 5000 S für Montanisten, von Breitenau 1500 S für Vorzugsschüler, von Kalsdorf 10.000 S als Begabtenförderung, von Graz 100.000 S für Studienförderung, vom „Alpinen Verein der Rennfelder“ ein Stipendium von 5300 S an Forstschüler.

In diese Gruppe gehört auch die Errichtung von Büchereien. Ihrer wurden in diesem Jahr und in seinem Zeichen 16 gegründet. Ich muß die Namen aufzählen, damit man sieht, in welche Bereiche es gelungen ist, diese Gedanken zu tragen. Im Bezirk Judenburg in Obdachegg, sehr hoch oben, im Bezirk Radkersburg, in Wieden und in Klausen, in Voitsberg, in Ligist und Oberwalt, im Bezirk Leibnitz in Wagna, im Bezirk Weiz in Gleisdorf und in St. Margarethen a. d. R., im Bezirk Deutschlandsberg in Pirkhof, in Deutschlandsberg und in St. Josef, im Bezirk Leoben in Traboch, im Bezirk Mürzschlag in Altenberg a. d. Rax, in Mitterndorf im Mürztal und in Neuberg a. d. M., im Bezirk Bruck in Kapfenberg, im Bezirk Knittelfeld in Großlobming, im Bezirk Graz-Umgebung in Stattegg. Ich glaube, in der Bildungsförderung, die wir aufgestellt haben, haben die Bibliotheken und Büchereien einen besonderen Rang eingenommen.

Auch die Jungbürgerfeiern, die zwar kein bleibendes Werk im Sinne der Errichtung von Bibliotheken und Stipendien darstellen, haben durch die Stiftung eines Jungbürgerbuches einen bleibenden Wert erhalten. Es wurden 208 Jungbürgerfeiern abgehalten, gegenüber durchschnittlich 30 der Vorjahre. Zahllose Ortsverschönerungen wurden im Sinne dieses Gedenkjahres durchgeführt. 40 Schulneubauten, Ausbauten bzw. Renovierungen meldeten die Bürgermeister als Beitrag zum Erzherzog-Johann-Jahr. 30 Schuleinrichtungen und Lehrmittelbehelfe, 14 Kindergärten, 2 Altersheime, 16 Sportanlagen oder Spielplätze wurden geschaffen, 40 Publikationen sind erschienen; es wurden 25 Ausstellungen abgehalten, 20 Kulturbauten errichtet, wie Musikerheime, Kultursäle, Festsäle, 20 Chroniken wurden angelegt, 23 Musikkapellen wurden neu eingekleidet und 8 mit neuen Instrumenten versorgt.

Das zweite Kapitel sind die bleibenden Werke, die dem Heimatleben im engeren Sinne gewidmet sind. Sie werden hier Dinge finden, die wenig vereinbar scheinen mit der Feier eines Jubiläums. Aber es sind doch Dinge, die zu Ehren Erzherzog Johanns geschehen sind. Man wollte ihn nicht nur als den „kulturellen“ Menschen ehren, sondern als den Wirtschaftler, als den fortschrittlichen Organisator der Landwirtschaft, durch Modernisierungsmaßnahmen usw., man wollte ihn ehren als den Menschen, der auch seinerzeit für die Hebung des Lebensstandards Sorge getragen hat.

Es war im Sinne dieses Gedenkjahres, daß man in der Fortsetzung seines Lebenswerkes auch auf diesen Gebieten bleibende Taten gesetzt hat. So wurden in diesem Sinne 98 Gemeindewege neu angelegt. Vielleicht sagt mancher, das sind Dinge, die ja ohnehin geschehen wären, das sind Dinge, für die Bedarfszuweisungen verwendet worden sind. Gewiß, es sind für viele Dinge auch Bedarfszuweisungen verwendet worden. Aber ich darf sagen, wenn man alle Bedarfszuweisungen von dem wegnimmt, was die steirischen Gemeinden hier melden, dann bleiben immer noch über 40.000.000 S über, die von den Gemeinden selbst für alle diese Dinge aufgebracht worden sind. Es wurden z. B. 35 Amtsgebäude neu errichtet, 31 renoviert oder ausgestaltet, 49 Gemeinden haben Wohnhäuser mit insgesamt 350 Wohnungen gebaut. Es wurden 27 Feuerwehrrüsthäuser errichtet, 16 renoviert, 26 Gerätschaften, wie Rüsthäuser usw. gemeinnütziger Art angeschafft. Es wurden 76 gemeinnützige Anlagen, wie Tiefkühlanlagen, Waagen, Waschanlagen usw. errichtet, 53 Beleuchtungsanlagen, Straßenbeleuchtungen usw. gebaut, 42 Wasserleitungen oder sanitäre Anlagen errichtet, 7 Elektrifizierungen durchgeführt, 6 Schwmbäder neu geschaffen, 7 renoviert und 5 Aufforstungen durchgeführt.

Gewiß, diese Arbeiten wären auch sonst geschehen oder im kommenden Jahre geschehen, aber durch den Anreiz des Gedenkjahres sind sie vielleicht vorgezogen worden. Viele Dinge, die in diesem Gedenkjahr geschaffen worden sind, waren Erfordernisse des Alltags, aber sie sind an das Symbol der Heimat angeknüpft worden. So sind auch diese Dinge des Alltags als Zeichen der Liebe zur Heimat angesehen worden und in diesem Sinne sind auch Tiefkühlanlagen u. a. als Beitrag zum Erzherzog-Johann-Jahr geschaffen worden. Es war auch das Bild der Heimat, das hier besonders gepflegt wurde; wenn Sie von Südosten oder Süden in die Steiermark kommen, werden Sie unbefangenen Blickes sehen, daß in diesem Jahr vieles geschehen ist. In Radkersburg wurde der Hauptplatz renoviert, auf dem Hauptplatz in Mureck der Erzherzog-Johann-Brunnen durch die Berufsschüler geschaffen, in Straß wurde der Tegetthof-Park errichtet, in Ehrenhausen, Gamlitz, Leutschach, ebenso in St. Georgen a. d. Stiefing hat man durch die Fassadenaktion das ganze Ortsbild erneuert, in Leibnitz erinnert ein Kindergarten, in Kalsdorf ein Kinderspielplatz an das Gedenkjahr und in Graz wurde mit der Errichtung einer Bibliothek, mit dem Bau einer Erzherzog-Johann-Hauptschule in Andritz, mit Stipendien, mit der Renovierung des Erzherzog-Johann-Denkmales und noch anderem ein Zehnpunkteprogramm verwirklicht, das sich einmütig in unsere Aktion eingereiht hat. Aber was hier von der Grenze her besonders in Erscheinung getreten ist, ist im ganzen Lande geschehen. 167 Ortsverschönerungen wurden durchgeführt, 181 Grünanlagen und 35 Fassadenrenovierungen, in Hartberg wurden 111 Häuser zu Ehren des Erzherzogs Johann renoviert. Wir haben nie verabsäumt, darauf hinzuweisen, daß diese Fassadenrenovierungen und diese Heimatbildpflege nur dann einen Wert haben, wenn sie nicht nur eine äußerliche Sache sind, sondern, wenn diese in ein schönes harmonisches Bild gebrachten Orte ein Zeichen sind, daß

hinter der Fassade auch das Gemeinwesen in Ordnung ist. Wie man bereit war, einen Ort schön zu gestalten, um zur Harmonie des Ortes beizutragen, gilt es auch, bereit zu sein, gemeinnützig und einhellig im Alltag das Jahr über zusammenzuarbeiten. Es wurden wie gesagt 181 Grünanlagen errichtet, 38 größere Maßnahmen der Denkmalpflege in den Gemeinden, 35 Kriegergedächtnisstätten wurden neu errichtet, 43 renoviert, 21 Kapellen im Mittelpunkt eines Siedlungskernes neu erbaut, 139 renoviert, 40 neue Bildstöcke wurden geschaffen als Sammelpunkte unserer Landschaft, 2000 Bildstöcke wurden renoviert, zum Teil unter Mitwirkung bedeutender Künstler. In den Bezirken Fürstenfeld und Deutschlandsberg waren es vor allem die dort ansässigen Bezirksschulinspektoren, die eine muster-gültige Arbeit in den Heimat- und Arbeitskreisen geleistet haben. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben die katholische Jugend, die sich bei der Aktion der Bildstockerneuerung besonders betätigt hat. Wir haben davon abgeraten, Erzherzog-Johann-Linden und -Gedenksteine zu errichten, sondern die allgemeine Pflege des Heimat- und Ortsbildes vorangestellt. Immerhin wurden 25 Erzherzog-Johann-Gedächtnisstätten errichtet, wo eine konkrete geschichtliche Erinnerung an den Prinzen gegeben war. 27 Gedenkbäume wurden in diesem Jahr 1959 gepflanzt, 15 Orte haben Neubauten in künstlerischem Schmuck ausgeführt. Da ist insbesondere die Siedlung in Judenburg zu nennen. 18 Friedhofserneuerungen wurden als verheißungsvoller Anfang oder ermutigende Fortsetzung einer in unserem Lande dringlichen Arbeit durchgeführt.

Vielleicht könnte man den Ausspruch verstehen, daß man froh ist, wenn das Jahr zu Ende ist. Ich habe oft davon gehört. In diesem Jahr ist nichts geschehen, was nicht auch im kommenden Jahr gemacht werden kann oder gemacht werden soll oder gemacht werden muß. Wir hatten es diesmal leichter, wir hatten diesmal einen Anlaß, worauf wir die Menschen hinweisen konnten, wir hätten uns eines Versäumnisses schuldig gemacht, wenn wir diesen Anlaß nicht wahrgenommen hätten. Dieser Anreiz war uns ein Ansporn, aber auch ein Segen von der Hand dieses Mannes, dessen Erinnerung und dessen Andenken wie ein helles Licht in unserem Lande brennt.

Das fällt nun weg, wir müssen weiterarbeiten, ich glaube, daß die gemeinsame Besinnung auf diese Heimat, die Einmütigkeit, die Einhelligkeit, die Eintracht einer der Leitsterne des joanneischen Lebenswerkes gewesen ist, der in diesem Jahre, wenn nicht immer sichtbar, aber doch eine innere Übereinstimmung in Steiermark gefunden hat. Helfen wir, diese Arbeit in der Bildung und in der Pflege der Heimat und im kulturellen Sinne fortzusetzen. Was ist der Effekt dieses Jahres? Wir haben ein Jahr dem Heimatgedanken unterstellt, wir haben unser Tun und Lassen, unsere Bemühungen auf kulturellem Gebiete unter die verpflichtende Idee der Heimat gestellt, und zwar nicht nur an Fest- und Feiertagen, sondern auch im Alltagsbereich.

Auch die alltäglichen Dinge der Welt sind in dieses Jahr der Besinnung hineinbezogen worden, sind hinaufgehoben worden. Alle Bürgermeister wurden auf ihre kulturelle Verpflichtung angespro-

chen und es waren fast alle, die in diesem Jahre diese Verpflichtung auch erkannt und in der Tat bewiesen haben. Das steirische Heimatbewußtsein hat ohne Zweifel eine Belebung erfahren, und ich glaube, das ist auch vom Staatsbürgerlichen her gesehen nicht gering. Es gibt keinen österreichischen Patrioten, in dessen Kern nicht die Liebe zu diesem steirischen Heimatlande, das keine Provinz, sondern eine gewachsene historische Landschaft ist, enthalten wäre. Die Eintracht und die Einmütigkeit halten wir fest auch bei allen Unterscheidungen, die wir uns gegenseitig vorzuhalten haben — von denen wir aber nicht abgehen werden, weil wir über unseren Schatten nicht springen können. Es hat sich diese Einhelligkeit über alle diese Unterschiede hinweg kundgetan, man kann auf sie rechnen, nicht nur in guten Tagen, sondern auch in den Tagen der Bedrängnis. Es sind trotz all dieser Arbeiten, die wir uns vorgenommen haben und die Tausende von unbekanntem Helfern durchgeführt haben, noch viele weiße Flecke auf der Landkarte geblieben, es sind noch viele Dinge, die nicht geleistet wurden. Wir wissen durch diese weißen Flecke wenigstens, was wir in den nächsten Jahren noch nachzuholen und nachzuziehen haben. Auf dem Gebiet der Ortspflege und der Landschaftsgestaltung ist dies selbstverständlich. Die Bibliotheken in den einzelnen Orten, ob nun Gemeinde-, Betriebs- oder öffentliche Bibliotheken, werden nach wie vor unsere Förderung verlangen, ebenso wie der Ausbau des Stipendienwesens. Für die breiten Schichten, die nicht durch Schulen oder Kulturinstitute unmittelbar erfaßt werden, bleibt nach wie vor die Volksbildung oder Erwachsenenbildung die Institution, die sich ihrer anzunehmen hat, und zwar die freie Volksbildung, gleichgültig, von welchen Körperschaften sie getragen wird. Für diese Arbeit der freien Volksbildung ist die Zusammenarbeit aller freiwilligen Volksbildungseinrichtungen wichtig und es soll damit Anfang des kommenden Jahres begonnen werden.

Wenn wir in diesem Jahr auf die Pflege des äußeren Heimatbildes unser Augenmerk gelenkt haben, so wollen wir in der kommenden Zeit in unserer Bildungsarbeit dem Menschen helfen, zu erkennen, um wieviel wichtiger noch als das äußere Bild der Heimat das Bild des eigenen Heimes ist. Die verlängerte Freizeit in allen Berufsgruppen wird die Menschen heimführen oder in die Vergnügungstätten und Gaststätten. Das natürliche ist, daß der Mensch ein Daheim hat, ein Zuhause, in dem der Familiensinn und die Treue wohnt. Sie ist nicht zu ersetzen durch schöne Bilder und schöne Möbel, aber das äußere Bild des Heimes, die Gepflegtheit, der gute Geschmack, das sind die Dinge, die ein wichtiger Rahmen sind. Wir wollen ihnen helfen, das Heim heimisch zu machen. Hier liegt ein großer Bildungsauftrag vor, der zum Unterschied von den Fassadenaktionen nichts Äußerliches ist, sondern mit dem inneren Frieden und anderen schönen Dingen des menschlichen Lebens zusammenhängt.

Eine zweite vordringliche Aufgabe weist wieder im Gegensatz zur Konzentration im Inland und im Heim hinaus in die weite Welt. Wir können uns nicht weit genug öffnen in dieser Zeit, und eines der wichtigsten Mittel, die Welt

zu erfahren und zu erkennen, ist die Beherrschung einer anderen Sprache. Es müßte jedem Steirer die Möglichkeit geboten werden, eine zweite Sprache zu erlernen, ganz gleich, ob er noch in die Schule geht oder schon im Beruf steht. Wenn Arbeiter, Angestellte oder Bauern noch im reiferen Leben eine Fremdsprache erlernen — wenn sie sie auch nicht mehr voll erlernen —, so ist das doch ein Mittel, um sich in die Gebräuche eines anderen Volkes hineinzudenken, ein anderes Kulturbild in sich aufzunehmen und den Geist zu öffnen und zu erweitern. Das ist auch durchaus möglich, denn wir haben verschiedene Volksbildungseinrichtungen der Kammern, der Urania, die mit Erfolg solche Sprachkurse abhalten, wir haben unter anderem das Institut Anderl Rogge, das eine besonders erfolgreiche Methode des Sprachunterrichtes entwickelt hat. Es käme hier auf eine Koordination an, für die das Land Prämien für die besten Lehrer und Schüler stiften könnte, um diesem Gedanken, jedem Steirer die Möglichkeit zu geben, eine zweite Sprache zu erlernen und somit das Bildungsniveau zu heben, entgegenzukommen.

Kulturarbeit, Freizeitgestaltung und Freizeitpflege wird leider oft vom Gesichtspunkt der Bereitstellung und Darbietung von Kulturgütern gesehen. Die wirkliche kulturelle Leistung aber liegt in der Tätigkeit. Das heißt, man muß etwas selbst tun. Man darf nicht nur ein Radio aufdrehen, sondern man muß selbst musizieren. Man darf sich die Dinge nicht vorkauen lassen, sondern nur in der eigenen Betätigung liegt das wesentliche Merkmal eines kulturellen Erlebnisses.

Meine Damen und Herren! Abschließend will ich noch sagen, daß selbstverständlich neben dieser freien Volksbildung, der unsere ganze Sorge gilt, auch die Institutionen des Landes ihre Pflicht erfüllen werden. Das Joanneum, die Landesbibliothek, das Landesarchiv, die Volksbildungseinrichtungen des Landes, wie St. Martin und Retzhof, die redlich die Gelder, die ihnen der Landtag im vergangenen Jahr bewilligt hat, verwaltet haben, werden weiterhin arbeiten und sich bemühen. Ich berichte mit Stolz, daß das Landesarchiv seinen Gesamtkatalog herausgegeben hat; eine Leistung, die noch kein anderes österreichisches Landesarchiv aufzuweisen hat, eine Leistung, für die Herrn Dr. Fritz Posch besonders zu danken ist, unter dessen Betreuung ein vorbildliches Arbeitsteam hier wirklich eine außerordentliche Leistung vollbracht hat. Auch das Joanneum hat durch verschiedene Tagungen und Sonderveranstaltungen seine Pflicht erfüllt und im kommenden Jahr wird ihm eine besondere Aufgabe zuteil durch die Errichtung eines zentralen Bild- und Tonarchives. Schon im vergangenen Jahr hat die Landesregierung einem Antrag zugestimmt, daß einmal eine Bestandserhebung durchgeführt wird, um zu sehen, was an Bildmaterial, das über das ganze Land berichtet, vorhanden ist. Wir wissen nun, was vorhanden ist, diese Arbeit ist bereits abgeschlossen, so daß der weiteren Bearbeitung nichts mehr im Wege steht.

Es kommt darauf an, mittels der modernen Aufnahmen des Laufbildes, des Farbbildes und der Tonaufnahme das Leben unseres Zeitalters einzufangen und ein getreues Bild des Lebens unserer

Zeit zu geben, wie es auch Erzherzog Johann seinerzeit gemacht hat. Wir müssen das tun für unsere Nachkommen, aber auch für uns selbst, als ein Spiegel dessen, wie sich das Leben bei uns abspielt. Wir wären glücklich, wenn wir die Landschaft unseres Landes, die natürliche Landschaft, die Industrielandschaft, die städtische Landschaft kennen würden, wie sie noch vor 1920 war. Wie sehr hat sie sich seither verändert und wie sehr wird sie sich ändern in den nächsten 25 Jahren. Wir können denen, die vor uns waren, den Vorwurf nicht ersparen, daß sie uns z. B. die Flußläufe, die später in den verschiedenen Stauseen untergingen, nicht überliefert haben, und wir müssen Sorge tragen, daß uns das nicht passiert und daß wir wenigstens in Bildern die Gegenden festhalten, wie wir sie übernommen haben und wie wir sie unter dem Zwang der Wirtschaft umgestaltet haben. Nicht nur für den Fremden, auch für den Wissenschaftler und für jeden, der sich ernst mit Problemen des Landes befaßt, ist es interessant, das Land unserer Zeit, festgehalten mit den Mitteln, die uns die Technik heute zur Verfügung stellt, vor sich zu haben.

Ich möchte andeuten, daß im Budget des kommenden Jahres, und zwar im außerordentlichen Budget, die Errichtung eines Naturschutzparkes in Schladming vorgesehen ist, ein Wunsch, der schon 25 Jahre vom Alpenverein ausgesprochen wird und jetzt seine Erfüllung zu finden scheint. (Zwischenruf: „Man hat gesagt, die Landschaft sei für den Naturschutzpark nicht geeignet.“) Als Gegenstück dazu ist, im außerordentlichen Voranschlag unbedeckt, aber vorgesehen, nun die Erschließung und Ausgrabung im größeren Umfang der Römerstadt Flavia Solva, die einen Anziehungspunkt für die vielen Fremden bieten und die ohne Zweifel im buchstäblichen Sinne eine Vertiefung unseres Heimatbewußtseins im geschichtlichen Sinne bringen könnte. Wir haben hier eine der bedeutendsten Städte des 4. Jahrhunderts nach Christi Geburt gehabt, die nicht ganz verloren gegangen ist und in der Kontinuität über Leibnitz sich erhalten hat, und es war einst der Mittelpunkt, dessen Ausstrahlungskraft sehr weitreichend gewesen ist.

Die Welt wird immer kleiner und immer größer zugleich, es stürmt sehr viel auf den Menschen ein. Es ist unsere Aufgabe, die Aufgabe der Bildung und der Kulturarbeit, dafür zu sorgen, daß die Menschen, die den Stürmen dieser Zeiten ausgesetzt sind, einen festen Punkt bewahren, auf dem sie mit beiden Füßen stehen können und dieser feste Punkt, das ist der Boden ihrer Heimat. Ich glaube, das ist auch der letzte Sinn unserer Bemühungen, diese Heimat gut und stark weiter zu bewahren, das ist der Sinn der Kulturarbeit unseres Landes, diesen Boden unter unseren Füßen zu bewahren.

Es gilt, um mit Erzherzog Johann zu sprechen, für uns die Parole: der Ehre dieses Landes zu dienen und mit für es tätig zu sein, oder die Strophe eines alten Zinzendorfschen Kirchenliedes: „Wir wollen nach Arbeit fragen wo welche ist, nicht an dem Amt verzagen, und unsere Steine tragen aufs Baugerüst, auf das Baugerüst des Lebens unserer Heimat und der Zukunft unserer Kinder.“ (Allgemein anhaltender, sehr lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. **Rainer**: Hohes Haus! Verzeihen Sie, wenn ich den Brauch durchbreche, nach dem zuständigen Referenten noch zum Abschluß einige Worte zu sagen. Es handelt sich darum, daß aus dem Bericht des Herrn Landesrates Koren eines nicht hervorgekommen ist. Wir kennen seine Bescheidenheit, und es ist daher verständlich, wir müssen aber doch feststellen, daß Landesrat Koren es war, der nicht nur der Motor und die Triebkraft im ganzen Jahr war, sondern auch die Gedanken ausgegangen sind, daß er es war, der seit 1957 den Plan für dieses Erzherzog-Johann-Jahr verfolgt und in Wirklichkeit umgesetzt hat. Ich glaube, daß es notwendig ist, dies festzustellen und dafür auch Dank zu sagen.

Es gab sehr viele Widerstände und Lauheit zu überwinden, er hat immer wieder eine neue Organisationsform gefunden und neue Gedanken in die Wirklichkeit umgesetzt. Es war für ihn nicht nur eine geistige Arbeit, sondern auch eine physische Arbeit. Über 100 Veranstaltungen waren in diesem Erzherzog-Johann-Jahr, bei denen er dabei war, bei 40 hat er große Reden gehalten und in 40 Zeitungsartikeln hat er für dieses Erzherzog-Johann-Jahr geworben. Wir haben einem Kulturreferenten zu danken, der im wahrsten Sinne des Wortes colere, die Pflege, den Dienst an der Heimat hier in der Steiermark in die Tat umgesetzt hat. Dafür gebührt ihm der Dank, nicht nur des Hohen Hauses, sondern des ganzen Landes, dem diese Bemühungen in diesem Jahr galten. (Allgemein sehr freundlicher Beifall.)

Präsident: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Das Schlußwort hat der Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Abg. **Gottfried Brandl**: Hoher Landtag! Die ausführliche, oft heftige Spezialdebatte in Kapitel 3 hat gezeigt, welches großes Interesse und tiefes Verständnis der Hohe Landtag dem Kulturwesen entgegenbringt. Ich möchte nicht nur weiterhin eine günstige Entwicklung der Kultureinrichtungen in diesem Lande zu erhalten wünschen, sondern man soll auch trachten, weiter auszubauen, damit unsere Bevölkerung auch die hohen geistigen Anregungen erhalten kann, die sie braucht.

Ich wiederhole meine Bitte, das Hohe Haus möge der Gruppe 3 unseres Landesvoranschlags mit den im Finanzausschusse beschlossenen Ansätzen und den Ergänzungen zu dieser Gruppe die Zustimmung geben.

3. **Präsident Dr. Stephan**: Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Antrage des Herrn Berichterstatters zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Gruppe 3 ist angenommen.

Wir kommen zur

Gruppe 4 „Fürsorgewesen und Jugendhilfe“.

Berichterstatter ist Abg. Hofbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Hofbauer**: Hoher Landtag! Zum Gegensatz der Gruppe 3 „Kunst und Wissenschaft“, wo es viele Leistungen auf freiwilliger Basis gibt, ist das bei der Gruppe 4 „Fürsorge-

wesen und Jugendpflege“ nicht der Fall. Schon der Titel allein bedeutet, daß es sich hier um die größten Pflichtaufgaben des Landes handelt. Die gesamten Ausgaben in Gruppe 4 betragen 78,834.600 S. Sie beinhalten eine kleine Erhöhung von rund 764.000 S, und schließlich hat auch der Finanzausschuß, wie aus Beilage 88 ersichtlich, noch eine Erhöhung um rund 600.000 S beschlossen. Die gesamten Einnahmen betragen 35,141.200 S. Wir sehen bei diesem Kapitel, daß aus öffentlichen Geldern vom Lande Steiermark immerhin noch ein Betrag von rund 43,5 Millionen Schilling zugesprochen werden muß, um den Pflichtaufgaben des Landes Steiermark gerecht zu werden.

Hoher Landtag! Während bei den übrigen Ansätzen des Budgets eine normale Erhöhung gegenüber den Ansätzen des Gesamtbudgets festzustellen ist, ist bei der Gruppe 4 nur der von mir erwähnte Betrag von 764.000 S zu verzeichnen. Die Personalausgaben der Landesanstalten erhöhen sich im Budget 1960 um 290.000 S. Bei genauer Durchsicht der Gruppe 4 können wir feststellen, daß rund 30 Posten eine Verminderung gegenüber 1959 erfahren haben und ich muß hervorheben, daß wir erfreulicherweise ein Weniger bei der Tuberkulosenfürsorge, ferner bei den Kriegsgefangenen und Heimkehrern haben, wo sich eine natürliche Verminderung ergibt.

Wenn man die Gegenseite betrachtet, dann stellen wir fest, daß verschiedene Posten eine Erhöhung erfahren haben. Und zwar ist das zu ersehen bei allen Abschnitten, wo es sich um Verpflegungskosten in fremden Anstalten handelt. Wir können feststellen unter dem Unterabschnitt 421 „Landeshilfsbedürftige“ und unter dem Unterabschnitt 515 „Impfungen, Sonderaufwand“ eine Erhöhung um 100.000 S, bei Geisteskranken eine Erhöhung um 300.000 S, bei Taubstummen 20.000 S, bei sonstigen Pflinglingen in eigenen Anstalten rund 100.000 S. Erfreulich ist bei Gruppe 4, daß die sonstigen Förderungsmaßnahmen eine Erhöhung um rund 300.000 S erfahren. Im Unterabschnitt 454 „Alters- und Fürsorgeheime“ haben wir eine Erhöhung um 1,126.500 S. Sie betrifft die Häuser Ehrnau, Knittelfeld und Kindberg. Wenngleich wir auf der Einnahmenseite eine Erhöhung um 473.000 S feststellen können, so beträgt der Mehraufwand immer noch 653.000 S. Erfreulich ist auch der Mehrbetrag von 100.000 S bei sonstiger Jugendhilfe im Abschnitt 469 Unterabschnitt 701 „Maßnahmen zur Bekämpfung der Verwahrlosung pflichtschulentlassener Jugendlicher“. Und weiters eine Erhöhung von 100.000 S für den Sektor Unterabschnitt 702 „Ausbildung von Mädchen im Haushalt“. Auf diesem Gebiet können wir nicht genug tun. Gerade diese beiden Posten können uns mit Stolz erfüllen, weil wir dadurch in die Lage kommen, für die Jugend wirklich etwas zu tun. Ich bin überzeugt, daß dem Hohen Haus die übrigen Zahlen des Budgets bekannt sind. Ich bin auch überzeugt, daß die in der Beilage 88 enthaltenen Ziffern einer besonderen Erwähnung nicht bedürfen.

Der Finanzausschuß hat sich in seiner Sitzung am 16. Dezember mit der Gruppe 4 eingehend befaßt und die Ansätze in beiden Beilagen zur Kenntnis genommen. Ich bitte in seinem Namen das Hohe Haus, hiezu die Zustimmung zu erteilen.

Abg. **Hella Lendl:** Hohes Haus! Im Landesvoranschlag ist in der Gruppe 4 ein erheblicher Betrag für die Körper- und Sinnesbehinderten eingesetzt, damit besonders Vorkehrungen für die Rehabilitation dieser Menschen getroffen werden können. Ich möchte Ihnen nun einiges sagen, was bisher schon getan wurde, um diese Körperbehinderten zu schulen, auszubilden und auf einen Beruf vorzubereiten.

In Andritz befindet sich die Anstalt für körperbehinderte Knaben. Sie werden dort unterrichtet in den Gewerben Schneider, Tischler, Korbflechter usw. Mit dieser Anstalt ist die Firma Humanic stets in engstem Kontakt und findet man bei diesem Unternehmen das größte Entgegenkommen bei Einstellung solcher Körperbehinderter. Es sei dieser Firma für dieses große Verständnis hier gedankt. Für die körperbehinderten Mädchen haben wir in der Steiermark kein eigenes Heim. Wir haben aber vertraglich mit Niederösterreich festgelegt, daß im Heim für körperbehinderte Mädchen in Wiener-Neustadt jeweils 10 Plätze für die Steiermark reserviert sind. Derzeit haben wir 15 Mädchen und 10 Buben dort. 5 Mädchen besuchen dort die Fachschule für das Schneidergewerbe. Die Sonderschule Wiener-Neustadt ist eine Pflichtschule, hat eine Lehrwerkstätte und eine vorbildliche Therapiestation. Auch in Hermagor befindet sich eine Anstalt für Körperbehinderte mit Pflichtschule mit Therapiestation und sind derzeit Kinder aus der Steiermark untergebracht, die Heilung nach einer Kinderlähmung suchen. In Tobelbad sind ständig Plätze mit Körperbehinderten belegt. Aber auch zur Anschaffung von motorisierten Krankenfahrzeugen, damit diese Körperbehinderten ihre Arbeitsplätze erreichen können, werden Zuschüsse gewährt und wenn nötig die Anschaffung selbst getätigt.

Auch für Kuraufenthalte kommt das Referat in weitestmöglicher Weise auf. Ich will dazu nur ein Beispiel herausgreifen. Es kommt z. B. ein Mann aus der Landwirtschaft, der nach einer Kinderlähmung nicht mehr fähig ist, in der Landwirtschaft zu arbeiten. Er wurde umgeschult und arbeitet nun saisonmäßig bei der Firma Humanic. Dieser Mann hat nun mit Kuren bei Dr. Zeileiß die besten Erfahrungen gemacht und benützt immer seinen Urlaub und die Wintermonate, um in dieser Anstalt Heilung zu suchen. Nachdem dieser Mann aber selbst und auch seine Angehörigen nicht in der Lage sind, die Kosten für diesen Kuraufenthalt zu tragen, und auch durch die Krankenkasse nicht gedeckt sind, übernimmt diese Kosten ständig das Land.

Es ist leider nicht möglich, trotzdem Andritz vorbildlich in der Ausbildung ist, daß alle dort Befindlichen die notwendige Lehrausbildung erhalten. Es kommt ein Teil dieser körperbehinderten jungen Menschen zur weiteren Berufsausbildung zu „Jugend am Werk“. „Jugend am Werk“ verfügt über eigene Trainingswerkstätten, und die Körperbehinderten, die ja schon der Arbeit entwöhnt sind, werden dort so lange geschult, bis sie arbeitseinsatzfähig sind. Schon in der 7. Schulklasse werden diese Körperbehinderten beraten und bei Schulaustritt ist es dann schon möglich, sie einer Arbeitsstätte zu vermitteln. Bisher konnten jährlich 250 bis 300

Körperbehinderte auf diese Weise vermittelt werden. Aber auch schon während ihres Aufenthaltes in den Krankenanstalten werden die Körperbehinderten vom Berufsberater besucht und bei ihrer Entlassung wissen die meisten schon, wo ihr zukünftiger Arbeitsplatz sein wird.

In den größeren Orten und Bezirken werden auch regelmäßig Sprechtage für die Körperbehinderten abgehalten, und diese erfreuen sich eines zahlreichen Zuspruchs. Auch in den Betrieben werden Umschulungskurse durchgeführt, und es bekommen die Lehrherren oder Unternehmer Entschädigungen, damit diese Körperbehinderten dort die nötige fachliche Ausbildung erfahren. Es ist natürlich nicht in allen Fällen eine Rehabilitation möglich und es kann nicht in allen Fällen eine Eingliederung in den Arbeitsprozeß erfolgen. Über die Rehabilitationsfähigkeit kann nur der Arzt das entscheidende Wort sprechen.

Wenn auch schon sehr viel auf diesem Gebiet getan wurde, so sind wir noch immer nicht vorbildlich. Wenn Fälle an das Referat herangetragen werden, bei denen raschest geholfen werden muß, wo aber kein Kostenträger da ist, dann ist es selbstverständlich, daß das Land die Kosten übernimmt. Schwieriger als die Ausbildung selbst ist immer die Weiterbeschäftigung und Eingliederung in den Wirtschaftsprozeß. Die Landesregierung hat nach Möglichkeit Körperbehinderte eingestellt. Leider fehlt es bei den Unternehmungen in der Privatwirtschaft vielfach an dem guten Willen, dieser Gruppe Menschen Arbeit und Verdienst zu geben, vielfach fehlt aber auch die Beschäftigungsmöglichkeit für diese Menschen. Die Heimarbeit ist in den Dörfern meist nicht möglich, und wenn wir an die Kanzleiarbeit denken, so ist sie vorweg in der Stadt zu suchen. Wenn so ein hilfloser Mensch vom Land in die Stadt kommt, braucht er eine Betreuung. Finanziell könnte diese Frage ja von der Landesfürsorge gelöst werden. Aber denken Sie nur an einen Querschnittgelähmten, der sich nur im Rollstuhl fortbewegen kann, der für jede Bewegung einen Menschen braucht, und wenn er zur Erreichung seines Arbeitsplatzes einige Stufen zu bewältigen hat, wird es die Frage sein, ob sich immer jemand findet, der diesen Querschnittgelehnten zu seinem Arbeitsplatz führt. Es würde oft nur eine kleine Änderung an der Maschine oder am Arbeitsgerät notwendig sein, und so mancher Körperbehinderte würde den Posten voll ausfüllen.

Unter diesen bedauernswerten Menschen gibt es eine besondere Gruppe, die Epileptiker. Sie sind in den meisten Fällen starke, gesunde Menschen, trotzdem aber können sie nicht verwendet werden, auch dann nicht, wenn sie von dieser Krankheit wochen- oder monatelang verschont sind. Die Unfallgefahren für diese Menschen sind zu groß, die Anfälle kommen augenblicklich, und es besteht die Gefahr, daß ein solcher Mensch in die Maschine kommt oder von einem Gerüst herunterfällt. Für diese Menschen ist es notwendig, daß geschützte Werkstätten eingerichtet werden und müßte für die Arbeitsleistung eine Entlohnung erfolgen. Diese Frage hat Holland vorzüglich gelöst, über 176 solcher Werkstätten sind dort, und auch in Dänemark und Schweden hat man beste Erfahrungen mit der

Einrichtung solcher Arbeitsplätze gemacht. Wien hat ebenfalls eine solche Werkstätte eingerichtet, und es besteht der Plan, auch in Steiermark eine geschützte Werkstätte zu schaffen. Hoffen wir, daß dieser Plan im Jahre 1960 Erfüllung findet.

Bei der Planung von Heilstätten und Krankenhäusern wäre Vorsorge zu treffen, daß Räume für Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitstherapie geschaffen werden. In diesem Zusammenhang wäre zu begrüßen, wenn auf der Stolzalpe Räume geschaffen würden, damit den Kranken, die dort monatelang sich aufhalten müssen, die Möglichkeit geboten würde, sich auf eine Berufsausbildung vorzubereiten.

In allen diesen Fragen muß ein einheitlicher Weg begangen werden und wir brauchen dazu ein Rehabilitationsbundesgesetz. Es ist erfreulich, daß bereits Beratungen im Bundesministerium für soziale Verwaltung darüber stattfinden und ein Gesetzentwurf vorbereitet wird, in dem jeder Körperbehinderte einen Rechtsanspruch auf qualifizierte Behindertenfürsorge hat. In allen Fällen aber geht es darum, diesen Körperbehinderten Arbeitsplätze zu beschaffen, die ihnen wieder einen vollen Lebensinhalt geben. (Beifall und Bravorufe.)

Abg. Wernhart: Hoher Landtag! Zu den Ausführungen der Frau Abg. Lendl möchte ich Ihnen von einem Fall berichten, der beweist, daß die Mittel, die das Land für Körperbehinderte aufwendet, wirklich Gutes leisten können und auch leisten. In der Gemeinde Waltersdorf lebt ein 20jähriges Mädchen, das seit dem 2. Lebensjahr vollkommen gelähmte Beine hat, das aber genauso wie ihre gesunden Alterskolleginnen die 8-klassige Volksschule mit gutem Erfolg absolviert hat. Dieses Mädchen will einen Beruf erlernen, um selbständig einmal ihr Leben fristen zu können. Leider waren diese Bemühungen von keinem Erfolg begleitet, weil die Lehrherren Sorge hatten, diesem so schwer kranken Menschen nicht alles so bieten zu können, wie es der kranke Körper verlangt. Im Sommer 1957 kam dieser Fall an das Bezirksfürsorgeamt Hartberg. Es war für dieses Amt selbstverständlich, sich einzuschalten und zu versuchen, diesem Mädchen einen Unterricht zu geben, um es später einmal etwa als Kanzleikraft im öffentlichen Dienst unterzubringen. Das Fürsorgeamt Hartberg läßt das junge Mädchen Stenographie, Maschinschreiben und Buchhaltung erlernen und als es im Februar 1959 den Kurs beendet hatte, hat es versucht, dem Mädchen einen Arbeitsplatz zu verschaffen. Man schaltete das Arbeitsamt Hartberg und die Arbeiterkammer ein. Dieser Versuch ist aber gescheitert, weil die Heimatgemeinde, wo ihre Eltern zu Hause sind keinen Platz hatte, um dieses Mädchen unterzubringen. Man hätte müssen eine andere Angestellte entlassen, was auch nicht verantwortet werden konnte. Und zweitens ist der Versuch gescheitert auch bei Firmen, weil diese nicht darauf eingerichtet sind, das Mädchen mit dem Rollstuhl an den Schreibtisch zu fahren. Eine weitere Schwierigkeit bestand darin, daß das Mädchen für die Wohnung und den Haushalt eine Person gebraucht hätte, weil es der Pflege bedarf und

selbst für sich nichts tun kann. Das wäre ein Kostenmehraufwand von rund 900 bis 1000 S.

Sie können sich vorstellen, daß dieses Menschenkind, das sich so ernsthaft bemüht hat, selbst eine Existenz zu gründen, den Mut verloren hat, langsam zu resignieren beginnt und den Glauben an die Menschen verliert. Das Mädchen hat neuerlich Schritte unternommen und wendete sich an das Bezirksfürsorgeamt. Dieses hat sich daraufhin entschlossen, einen neuen Weg der Umschulung zu versuchen, damit das Mädchen einen Beruf erlernt, selbständige Gewerbetreibende wird. Es wurde beauftragt, ein Ansuchen einzubringen und an die Bundesfachschule für Technik nach Wien zu leiten, wo das Land Steiermark die Kosten dieser Ausbildung übernimmt. Dieses Gesuch wurde Ende Oktober eingebracht. Vom Bezirksfürsorgeamt wurden die notwendigen Erhebungen gepflogen, und nach Abschluß dieser Erhebungen hat das Fürsorgeamt den ganzen Akt Anfang Dezember 1959 an die zuständige Abteilung neu eingereicht, damit eine solche Einweisung möglich wird und das Land die Kosten der Ausbildung und des Aufenthaltes im Internat übernimmt. Die Abteilung 9 hat diese Kostenübernahme bereits ausgesprochen, so daß wir hoffen dürfen, das Mädchen bereits Anfang Jänner nach Wien überstellen zu können.

Meine Damen und Herren! Gestern kurz vor Beginn der Sitzung habe ich die Meldung erhalten, daß auch private Stellen sich bereit erklärt haben, für die Ausbildung dieses Mädchens Beiträge zu leisten. Der zuständigen Abteilung wurde bekanntgegeben, daß ein fixer Betrag von 9000 S zur Verfügung steht, um die Ausbildung zu erleichtern. Ich glaube, daß dies ein schönes Zeichen der Hilfsbereitschaft ist. Wenn auch das Land die eigentlichen Kosten der Ausbildung und des Aufenthaltes bezahlt, werden diese 9000 S dem Mädchen das Leben trotzdem erleichtern, da es ja erstmals das Elternhaus verlassen muß und es so möglich sein wird, daß es seine Eltern öfters besuchen kann, als dies sonst möglich gewesen wäre. Wenn das Mädchen die Ausbildung erhält und die Prüfungen besteht, dann wird es spätestens in 5 Jahren als selbständige Schneidermeisterin arbeiten können.

Meine Damen und Herren, wenn ich diesen Fall so ausführlich geschildert habe, so deswegen, weil ich aufzeigen wollte, daß mit einigem guten Willen auch Körperbehinderte zu wertvollen Mitgliedern unserer heutigen überhasteten Zeit erzogen werden können. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Wegart:** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der Landesvoranschlag 1960 beweist wieder, daß das Land Steiermark seine sozialen Aufgaben sehr ernst nimmt. Prozentuell machen die Ausgaben für Wohlfahrt, einschließlich Gesundheitspflege und Wohnungsbau den größten Posten des Budgets aus. 544 Millionen, oder fast 46%, sind für Zwecke der Wohlfahrt vorgesehen. Die Ausgaben der Gruppe 4, das haben wir schon gehört, betragen immerhin rund 79 Millionen Schilling. Die Verwendung dieser Gelder wird so vorgenommen werden, daß damit der sozialpolitische Zweck in der bestmöglichen Weise erfüllt wird. Ge-

statten Sie mir, dazu Näheres über unseren Standpunkt und unsere Grundsätze zur Sozialpolitik auszusagen.

Ebenso wie die Begriffe Freiheit und Gerechtigkeit ist auch das Wort Sozialpolitik leider zu einem Schlagwort geworden, das die verschiedensten Deutungen zuläßt. Die OVP bekennt sich vorbehaltlos zur Sozialpolitik, nicht als ein Almosen, das einzelnen Personen oder Personengruppen gegeben wird sondern als eine Verpflichtung der Gemeinschaft jenem Teil der Bevölkerung gegenüber, der der Hilfe der Gemeinschaft bedarf. Im Mittelpunkt jeder sozialen Fürsorge muß, wie überall in der Politik, der Mensch stehen. Daher sind die Sozialpolitik und ihre Institutionen nie ein Selbstzweck. Dazu ein Beispiel. Wir begrüßen es, wenn die Gewerkschaften durch ihre Lohnpolitik dafür sorgen, daß der Arbeitnehmer einen gerechten Anteil am Sozialprodukt erhält. Wir lehnen es aber ab, wenn die Gewerkschaften freiwillige soziale Leistungen der Unternehmer oder das Miteigentum der Belegschaft an einzelnen Betrieben bekämpfen.

Ein anderes ist die Ausweitung jener Apparate, die mit der Durchführung sozialpolitischer Maßnahmen betraut sind. Je größer der Instanzenweg, je umfangreicher und komplizierter die Gesetze, die die Grundlage der Sozialpolitik bilden, um so mehr wird das Schicksal des einzelnen außeracht gelassen. Erleben wir es nicht oft, daß auch in unserem Wohlfahrtsstaat es viel unverdiente Not gibt, die durch Sozialgesetze allein nicht gemildert werden kann, weil wieder einmal in einem Gesetz eine Hürde aufgebaut ist, die für viele eine unüberwindliche Schwierigkeit darstellt? Das ASVG. z. B. mußte wiederholt novelliert werden, weil immer neue Gesichtspunkte aufgetreten sind und weil immer neue Gruppen berücksichtigt werden mußten. Dasselbe gilt bei der Altersversicherung der Selbständigen und der landwirtschaftlichen Zuschußrentenversicherung. Auch hier sind die Gesetze nicht ausreichend, weil immer wieder ein Fall eintritt, der nur berücksichtigt werden kann, wenn wir das Gesetz novellieren.

Ein zweiter Grundsatz unserer Sozialpolitik ist das Subsidiaritätsprinzip. Wir müssen die Auffassung wegräumen, daß nur der Staat allein für die Sozialpolitik zuständig sein kann. Die größere Gemeinschaft soll nur dort eingreifen, wo es der nächst niedrigeren nicht möglich ist, sich aus eigener Kraft zu helfen. (Rufe: „Sehr richtig!“ bei OVP.) Das heißt, der Bund also nur dort, wo das Land nicht weiter kann, das Land nur dort, wo die Kraft des Bezirkes oder der Gemeinden nicht ausreicht. Auch in der Sozialpolitik soll die Gemeinschaft nur dort helfend eingreifen, wo die Möglichkeiten des Einzelnen zu schwach sind. Wir wissen, daß die Sozialisten hier anderer Meinung sind. Das Prinzip des Sozialismus ist es, der Staat soll erst einmal möglichst viele Lebensbereiche erfassen, das vorhandene Sozialprodukt ebenfalls in weitem Umfang an sich raffen und dann aus diesem durch Steuern und Verstaatlichung voll gewordenen Staatssäckel die Mittel verteilen. Wohin das in letzter Konsequenz führt, darüber belehrt Sie nicht nur ein Blick über unsere Ostgrenzen, sondern auch ein Blick in jene Staaten des Westens, die

kürzer und länger unter sozialistischer Herrschaft gestanden sind. Der Staat, der hier alles geben kann, hat auch die Macht, alles zu nehmen. England ist ein krasses Beispiel dafür, wohin eine sozialistische Herrschaft in wenigen Jahren führt. Der Unterschied zwischen unserer und der sozialistischen Sozialtheorie liegt darin, daß wir in den freien Ländern, wie es der amerikanische Senator Henry Cabot Lodge ausgedrückt hat, einen Wohlfahrtsstaat schaffen wollen, der zwar trachtet, einen Fußboden zu errichten, unter den der Mensch nicht hinabsinken soll, aber keinesfalls einen Plafond, der ihn am Aufsteigen behindert. In den Ländern, wo der Sozialismus oder Marxismus konsequent durchgeführt ist, ist nicht der Fußboden das entscheidende, sondern der Plafond, durch den keiner hindurch darf. (1. HSt. Horvatek: „Sie wechseln Sozialismus mit Kommunismus!“) (Abg. Dr. Pittermann: „Ist dasselbe! Hier langsamer, dort schneller!“) (Abg. Hofmann: „Sie haben ja keine Ahnung, was Sozialismus heißt!“)

Ein weiterer Umstand liegt darin begründet, daß die Verteilerfunktion des Staates dazu führt, daß aus dem Topf immer weniger herauskommt als hineingegeben wird. Ein nicht geringer Teil unserer Einnahmen wird durch jene absorbiert, die mit der Funktion des Verteilens betraut sind. Ein weiterer Grundsatz unserer Sozialpolitik ergibt sich zwangsläufig aus dem Vorgenannten. Denn, Hohes Haus, verteilt kann nur werden, was vorher erarbeitet ist. Gerechte Sozialpolitik heißt daher in erster Linie gerechte Verteilung des Sozialproduktes. Niemals dürfen wir uns um der politischen Optik willen dazu verleiten lassen, Ausgaben zu tätigen, die durch das Sozialprodukt nicht gedeckt sind. Sicher wäre es schön, wenn wir die Renten, die Pensionen, die Zuschüsse für Kultur und Erziehung, für unsere Altersheime und für die Jugendwohlfahrt nicht nur erhöhen, sondern verdoppeln und verdreifachen könnten. Wahnsinn aber wäre es, dazu die Notenpresse in Gang zu setzen. Denn wohin das führen würde, weiß jeder sofort an einem Beispiel. Denn dem einzelnen der sozial schwächeren Schichte ist nicht damit gedient, daß er viel Geld in der Tasche hat, sondern nur damit, daß das Geld auch einen Wert hat und über eine entsprechende Kaufkraft verfügt.

Wenn wir uns angewöhnen würden, die Sozialpolitik in ihren volkswirtschaftlichen Zusammenhängen zu betrachten, wäre uns manches in der Welt erspart geblieben. Das volkswirtschaftliche Denken der Bevölkerung wachzurütteln, ist eine Aufgabe, die schon in der Schule zu beginnen hätte. Die Amerikaner sind uns da in Vielem sicher weit voraus. Ihre Kinder werden schon in der Schule mit den Problemen der Volkswirtschaft vertraut gemacht. In der Kinderzeitschrift „Micki-Maus“, die Walt Disney herausgibt, las ich folgende Geschichte: Donald Duck, der berühmte Disney-Entenrich, ist auf dem Hofe seines Onkels Dagobert in Arbeit. Er wird schwer hergenommen und muß viel arbeiten. Tag und Nacht kennt er nur mehr einen Wunsch: Wenn ich nur 1 Million hätte, dann brauchte ich nicht zu arbeiten. Er weiß, daß in einem großen Silo seines Onkels Hunderte von Millionen gelagert sind. Aber Onkel Dagobert ist ein strenger

Herr. Er gibt nur soviel aus diesem Silo an Geld heraus, als Donald Duck hierfür an Leistungen erbringt. Siehe da! Eines Tages kommt ein Wirbelsturm, deckt den Silo ab und die Millionen des Onkels Dagobert fliegen im Lande herum. Jeder hat seine Million, auch Donald Duck. Nun beschließt er eine Weltreise zu machen. Jedoch kommt er nicht weit, schon bei der Benzintankstelle kann er kein Benzin kaufen, denn sie ist gesperrt. Der Tankstellenwärter ist auf Weltreise. Er geht in ein Restaurant und will essen. Beim Eingang steht eine Tafel: Wegen Weltreise geschlossen. Er möchte einen Omnibus besteigen, aber der Schaffner ist nicht da, er befindet sich auch auf Weltreise. Wo immer er hinkommt, alle sind sie auf Weltreise. Nur Onkel Dagobert ist zu Hause geblieben und arbeitet unverdrossen weiter. So kehrt Donald Duck reumütig auf den Hof seines Onkels zurück. Ein Ei, das er ißt, kostet eine Million. Die Leute, die bei Onkel Dagobert vorbeikommen und von ihm Produkte kaufen, müssen dafür ebenfalls Millionen bezahlen, solange, bis alle durch den Wirbelsturm hinausgeflogenen Millionen wieder im Silo beisammen sind und die alte Ordnung wieder hergestellt ist. Das ist die Geschichte der Inflation, wie sie eine kluge Kinderzeitung zum besten gibt.

Ich würde glauben, daß mancher sich mit dieser volkswirtschaftlichen Frage zu beschäftigen hätte. Sozial kann man nur sein, wenn man die notwendigen Mittel dafür hat, deshalb ist die Voraussetzung jeder Sozialpolitik eine gesunde Wirtschaftspolitik, denn der Staat kann Dir nichts geben, was er Dir nicht vorher abgenommen hat. Es ist ein Unsinn, wenn von den Sozialisten behauptet wird, sie seien der einzige Garant für die sozialen Anliegen der Bevölkerung. Nicht Kamitz und nicht Proksch und nicht die ÖVP und nicht die SPÖ zahlen die Renten und Pensionen, sondern wir alle müssen uns unsere Renten und Pensionen durch ein langes Leben erarbeiten und selbst bezahlen. Was wir wünschen ist, daß gewissenhaft gewirtschaftet wird, damit wir an unserem Lebensabend einen Teil der Früchte für den Fleiß eines ganzen Lebens ernten können. Unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik ist von diesem Grundsatz getragen. Sie können nichts erreichen, wenn sie nicht diesen Grundsatz befolgen, nur das, was gemeinsam erarbeitet wird, kann später gewissenhaft verteilt werden.

Der Dank aber gebührt einem zuerst, der dabei so oft vergessen wird, dem unbekanntem Steuerzahler. Gleichgültig, ob es Arbeiter oder Angestellte, Beamte, Bauern oder Wirtschaftstreibende sind, sie alle ermöglichen erst mit ihrer Arbeit und durch ihren Fleiß und ihre Tüchtigkeit jene Gelder aufzubringen, um sie jenen zur Verfügung zu stellen, die der Hilfe der Gemeinschaft bedürfen, weil sie entweder alt oder krank sind. Die Männer und Frauen hinter den Schreibtischen, den Verkaufspulten und in den Labors, die durch ihre geistige Arbeit dafür sorgen, daß Österreich auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleibt, sichern ihren eigenen Arbeitsplatz und den ihres Nächsten. Die Bauern, die noch immer im Schatten des österreichischen Wirtschaftswunders stehen, decken den Tisch des Volkes. Handel, Gewerbe und Handwerk sorgen durch Fleiß und private Initiative dafür, daß die notwendigen Mittel für die Gemeinschaftsaufgaben

der öffentlichen Hand hereingebracht werden. Die soziale Frage von heute hat sich in ganz andere Bereiche verlagert als vor 50, 70 oder 100 Jahren. Daher ist es auch unsere Aufgabe, Sozialpolitik in dieser Richtung zu betreiben. Nicht Sozialpolitik mit den Ideen des Klassenkampfes, sondern mit dem Grundsatz der Solidarität. Wir sind alle aufeinander angewiesen. Ein Spiegelbild dieser Bestrebungen ist auch das Sozialbudget des Landes Steiermark. (Abg. Sebastian: „Da werden wir Reformen ausdenken müssen!“) Na, Ihre Reformen! Erregen Sie sich nicht über solche Dinge. Da sind in der Gruppe 4 die Zuwendungen an Personenkreise, die von offener oder geschlossener Fürsorge betreut werden, sei es die Kriegsopferversorge oder die Flüchtlingsfürsorge, überall spürt man die Hand des Landes. Als nach 1945 Österreich zum Eckpfeiler der freien Welt wurde, sind Hunderttausende von Menschen, die ihr Hab und Gut verloren haben, in unser Land geströmt. Die Mehrzahl von ihnen hat sich in unseren Wirtschaftsprozeß eingegliedert, ein anderer Teil ist ausgewandert und hat sich in der Neuen Welt eine Existenz aufgebaut. Leider haben die überseeischen Organisationen nur die gesunden und arbeitsfähigen Menschen aufgenommen und die Armen und Kranken zurückgewiesen. Wir unterstützen sie.

Auf dem Gebiete des Baues von Altersheimen wurde beispielhaft Großes geleistet. Man muß sich das Beispiel des Bezirksfürsorgeverbandes Hartberg vor Augen halten. Jede einzelne dieser Gemeinden hat gewaltige Opfer geleistet, damit dort das Altersheim, das Musterheim nicht nur für Steiermark, sondern für ganz Österreich geschaffen werden konnte. Wir sollten uns bemühen, daß z. B. in den Altersheimen Ehepaare möglichst beisammen bleiben können, damit ihnen jene Atmosphäre erhalten bleibt, die sie durch ein Leben gewöhnt waren. Die großen Beträge für die Jugendhilfe, die Fürsorge-, Erziehungs-, Säuglings- und Jugendheime bestätigen weiters die Richtigkeit unserer Sozialmaßnahmen. Durch den Krieg haben viele Kinder ihre Eltern verloren. Wo das Elternhaus fehlt, muß die Gemeinschaft einspringen. Dies geschieht.

Alles in allem, die ÖVP begrüßt es, daß die Aufwendungen für die Fürsorge und die Jugendhilfe gewissenhaft geführt wurden. Wir erachten dies als eine Pflicht, die das Land gegenüber jenen Mitbürgern hat, die unserer Hilfe bedürfen und werden freudig unser Ja dieser Gruppe geben. (Starker Beifall bei ÖVP.)

Abg. **Edda Egger**: In der Gruppe 4 ist erfreulicherweise erstmalig ein Beitrag für die Förderung des Kinderdorfes, das in der Gemeinde Stübing errichtet werden soll. Die Kinderdorfidee ist allen bekannt. Das Wesentliche ist, daß jeweils in einem Haus eine Frau wie eine Mutter für die Kinder sorgt, und zwar für ungefähr 10 Kinder verschiedenen Alters, Buben und Mädchen bis 14 Jahre, die dort wohnen. Darin unterscheidet sich das Kinderdorf von den ehemaligen Waisenhäusern und auch von unseren heutigen Fürsorgeheimen. Wir sind erfreut, daß es diese Art der Kinderbetreuung nun gibt. Aber darüber hinaus gilt unsere Freude auch

der Form dieser Betreuung, weil diese durch eine private Organisation durchgeführt wird. Es erweist sich nämlich immer wieder, daß, wenn private Organisationen solche Aufgaben übernehmen, sie dann der öffentlichen Hand billiger kommen, als wenn die Öffentlichkeit diese Einrichtungen selbst durchführt, weil die Bevölkerung meist durch Spenden direkt für einen Teil der Kosten aufkommt, und die Gebietskörperschaft nur Beiträge zu leisten hat. In diesem Fall, wenn wir als Land 300.000 S als Förderung geben, werden damit etwa 150 Kinder oder auch mehr ein gutes Unterkommen finden, weil dies nicht der einzige Beitrag ist. Würde das Land allein für diese Kinder zu sorgen haben, so könnten mit diesem Betrag nur die laufenden Kosten für 30 Kinder aufgebracht werden.

Aber nicht allein wegen der geringeren Kosten freuen wir uns darüber, daß eine private Organisation sich dieser Sache annimmt, sondern vor allem auch deswegen, weil die Kinder dadurch in einer Art versorgt werden, die familienähnlich ist, soweit sich eine Familie eben überhaupt ersetzen läßt. Die Bedeutung für das Kind liegt darin, daß nur das Aufwachsen in einer Familie dem Kind eine optimale Entwicklung sichert. Der Halt und die Geborgenheit in der Familie, wo das Kind die verschiedenen Beziehungen zwischen Menschen erlebt und erlernt und wo es an einen bestimmten Personenkreis gebunden ist, geben dem Kind später die Kraft, ein selbständiger und eigenverantwortlicher Mensch in einer größeren Umwelt zu werden. Wer die Freiheit als Leitmotiv wählt, und darin wetteifern die großen politischen Parteien der westlichen Welt, braucht schließlich Menschen, die zur Freiheit fähig sind, Menschen, die Entscheidungen treffen können und wollen. Auch in der östlichen Welt weiß man sehr wohl, welchen Wert das Aufwachsen in der Familie hat und man kann das sehr deutlich im Osten im Negativ erkennen. Wir sehen, daß nach der russischen Revolution als eine der ersten Maßnahmen die Familien zerstört worden sind und auch in China, wo es besonders festgefügte Familienordnungen gegeben hat, haben wir erlebt, daß zu allererst die Familien zerrissen worden sind. Seit Jahren bemüht man sich in Rußland immer noch um Einrichtungen, die in dieser Weise wirken. Die „Neue Zeit“ berichtete vor kurzem, daß in Rußland eine neue Internatsschule in Smolensk für 820 Kinder eingerichtet werden soll, in welche die Kinder schon als Kleinstkinder hineinkommen, in welcher sie dann 11 Jahre lang die Schule besuchen und nur mehr an Sonntagen und in den Ferien ihre Familien besuche dürfen. Es fragt sich nur, ob diese Kinder nach einigen Jahren noch eine Familie vorfinden werden, wenn sie einmal heimkommen können. Der Artikel schließt: „Gerade die Familien werden den Kindern entzogen, weil man sie wirkungsvoller in öffentlichen Internaten nach dem Willen des Staates zu formen hofft.“ Ich habe diesen Bericht zitiert, weil ich mich über diese Worte gefreut habe. Denn nicht immer kam von dieser Seite das Bekenntnis zur Familie und der Wille zu ihrer Förderung. Vielleicht, wenn schon früher der Schutz der Familie außerhalb des Parteienstreites gestellt worden wäre, wäre man in der Familienpolitik schon weiter.

In dem Bemühen, miteinander und nicht gegeneinander zu leben, ist die Liebe das natürlichste und zugleich erfolgreichste Mittel, dieses Ziel zu erreichen. Hier kann nichts die Mutterliebe ersetzen. Über ihren unmittelbaren Wert hinaus entwickelt sie die Fähigkeit, die Geschwister aneinander zu binden, sie fördert so die Geschwisterliebe und daraus erwächst später das Miteinander der Menschen. Diese Art von Liebe kann kein Amt bieten und sie ist auch nicht dessen Aufgabe. Ebensowenig können größere Gemeinschaften diese Aufgaben erfüllen. Ihre Größe erschlägt alle wertvollen Ansätze, die sich in einem Kinde regen möchten. Wenn man dem Menschen eine Betätigung unmöglich macht oder sie ihm ganz abnimmt — selbst wenn es Schwierigkeiten sind — dann hat er ja keine Gelegenheit, seine Anlagen zu entwickeln, seine Kräfte zu trainieren. Er bleibt oder wird schwach und ein willfähiges Instrument. Das ist der wichtigste vorbereitende Schritt, um auf kaltem Wege in kollektive Lebensformen zu gelangen. Es braucht dann nur mehr einen geringfügigen Anstoß zum endgültigen Kollektivstaat, weil solche Menschen ja ohnedies wünschen, der Staat möge Ihnen alles abnehmen und sie auch völlig versorgen.

Sicherlich gibt es junge und alte Menschen, die ganz und gar auf die Hilfe ihrer Mitmenschen angewiesen sind und für die wir in Heimen und Anstalten sorgen müssen, und es wird immer unser lebhafter Wunsch und Wille sein, dort, wo es notwendig ist, zu helfen. Aber sogar Menschen, denen wir nichts zutrauen, oder bei denen wir glauben, ihnen alles abnehmen zu müssen, haben oft den dringenden Wunsch, das hat schon der Herr Vorredner gesagt, einmal selbst etwas zu machen, und wenn es das geringste wäre. Es ist direkt das Kriterium eines menschenwürdigen Daseins, selbst aktiv sein zu können und nicht wie eine Sache versorgt zu werden. Darum ist der wichtigste Grundsatz aller Hilfeleistung und aller Fürsorge für junge und alte Menschen, daß die Fürsorge immer nur so weit reichen darf, um die Kräfte des einzelnen zu unterstützen, nicht aber, um ihm seine Aufgabe selbst abzunehmen. Aus dieser Haltung des Subsidiaritätsprinzips werden wir sicher auch zu neuen Wegen der Hilfeleistung finden, die unserem heutigen Leben besser angepaßt sind. Wie schon gesagt wurde, stammen einige Formen der Fürsorge vielfach aus einer Zeit, die hauptsächlich materiell helfen zu müssen glaubte. Heute liegen über die sicher wichtige materielle Hilfe hinaus viele Notwendigkeiten der Hilfeleistung in erster Linie im Bereich des Menschlichen und Seelischen. Niemals in der Geschichte der Menschen waren gerade die menschlichen Beziehungen so von Grund auf in Frage gestellt und zerstört worden wie in unserer Zeit. Denken Sie an die vielen alten Menschen, die einsam inmitten der anderen leben, im gleichen Haus oder in einem Altersheim. Ebenso ist es mit den Kindern. Wir glauben im Zeitalter des Kindes zu leben und alles für die Kinder zu tun. Es fragt sich nur, ob das, was wir als „alles“ betrachten, auch das Richtige ist. Wenn Sie heute in einer Straßenbahn oder in der Eisenbahn fahren, sehen Sie oft Kinder, die ausgesprochen ernst und ganz unkindlich sind. Wir sehen sofort, daß solche Kinder nicht in einer Umwelt aufwachsen, die ihnen gemäß ist. Wenn es

vielleicht auch nicht richtig ist, zu sagen, daß vieles, was junge Menschen heute falsch machen, geschieht, weil sie nicht glücklich sind, so können wir zumindest feststellen, daß ein schlimmes Kind dabei niemals wirklich glücklich ist. — Menschliche, seelische und im unmittelbarsten Sinne soziale Hilfe kann aber niemals durch Institutionen geboten werden, sondern nur durch einzelne Menschen.

Daher begrüßen wir es sehr, daß die Landesfürsorge die Erziehungsberatung in den einzelnen Bezirken ausbaut, ebenso wie die Elternberatung und Elternschulung. Wir wünschen aber auch, daß die Maßnahmen zur Familiengründung gefördert werden und haben da eine Menge Vorschläge im Laufe der Zeit von verschiedenen Vereinigungen, ob das nun der Familienbund oder sonst eine Institution war, gehört. Neu daran wäre nun, wenn solche Vorschläge auf breiter Basis verwirklicht werden könnten. Z. B. wäre ein Schritt, der uns Frauen als wichtig erscheint, daß die Mütter, die auf die Ausübung eines Berufes verzichten, weil sie Kinder zu versorgen haben, eine finanzielle Hilfe bekommen. Fragen Sie nur, wieviele Mütter gerne zu Hause bleiben möchten, wenn sie es finanziell könnten! Sie werden sehen, daß es eine große Zahl solcher Mütter gibt. Ergänzend zu solch einer Mütterbeihilfe ist aber notwendig, daß wir den Frauen, wenn sie später in ihren Beruf zurückkehren wollen, diese Möglichkeit wieder eröffnen. Verlassene Kinder sollte man mehr als bisher in bestehende Familien einzugliedern versuchen. Jeder Versuch, echte kleinste Gemeinschaften zu bilden, soll unterstützt werden und ist wertvoll. Auch die Kinderdörfer, von denen ich ausgegangen bin, sind eine Möglichkeit, solche familienähnlichen Verhältnisse zu schaffen und wir möchten bei dieser Gelegenheit nur erwähnen, wie wichtig es ist, daß solche Kinderdörfer nicht allzu groß werden. Ich habe das Kinderdorf in Mödling angeschaut, es sind dort 40 solcher Familienhäuser und der Leiter, Dr. Gmeiner, hat mir bestätigt, daß das zu groß ist. Diese so großen Kinderdörfer sind nicht mehr in die Umwelt einzugliedern, sondern fast schon ein Fremdkörper in der übrigen Welt.

Ich habe über alles so ausführlich gesprochen, weil darin wirklich soviel Grundsätzliches über die Fürsorgeleistungen deutlich wird und weil es unseren Standpunkt kennzeichnet.

Nun will ich in Kürze noch einige Einzelheiten anführen, die uns sehr notwendig erscheinen. Wir haben vor einem Jahr das Jugendschutzgesetz erlassen und mit Absicht den Erziehungsberechtigten viele Rechte eingeräumt, so daß der unmittelbare Erziehungsberechtigte wirklich verantwortlich sein kann für den Jugendlichen, der ihm anvertraut ist. Nun zeigt es sich, daß die Polizei keine Handhabe hat einzuschreiten, wenn die Jugendlichen in Gasthäusern Alkohol vorgesetzt bekommen, sobald ihn der Erziehungsberechtigte bestellt hat, oder den Jugendlichen aus dem Gasthaus zu weisen, wenn der Erziehungsberechtigte den Aufenthalt für gut hält. Wir wollen nicht dem Erziehungsberechtigten dieses Recht abschneiden, aber die Bevölkerung aufklären, daß die Erziehungsberechtigten, seien es die leiblichen Eltern oder sonstige Erwachsene, auch Erziehungsverpflichtete sind. Ich möchte aufmerk-

sam machen und mit Hilfe der Presse hoffe ich immer weder darauf hinweisen zu können, daß das Recht der Erziehung vor allem eine Pflicht dem jugendlichen Menschen gegenüber ist.

Ein weiterer Punkt ist die Auszahlung der Kinderbeihilfe. Immer wieder zeigt es sich, daß die Kinderbeihilfe den ärmsten Pflegekindern und den unehelichen oder alleinstehenden Müttern nicht ausbezahlt bzw. zu spät ausbezahlt wird. Ich möchte bitten, daß die Bezirkshauptmannschaften solche Fälle sammeln, um dann unmittelbar belegen zu können, daß in der Praxis die derzeitigen Auszahlungsmöglichkeiten nicht ausreichen. Es wird gesagt, das Gesetz schaffe ohnedies den notwendigen Raum. In der Praxis reicht er aber nicht aus und wenn wir diese Fälle sammeln, gelingt es uns vielleicht, eine Auszahlungsmodalität zu erreichen, die auch diesen ärmsten Menschen gerecht wird. Es wäre zu wünschen, daß die Beihilfen jene Erziehungsberechtigten oder Elternteile erhalten, die das Kind tatsächlich versorgen. Dieser Forderung wird entgegengehalten, daß dann die Auszahlung oder Erfassung zu große Schwierigkeiten machen würde. Vielleicht könnte man da den Fortschritt der Technik ausnützen. Wir haben heutzutage Maschinen, die es in unglaublich rascher Weise ermöglichen, daß solche Fälle herausgesucht und mit der Hollerithmaschine bearbeitet werden. So könnte man die Menschen erfassen, die die Kinder versorgen, und diesen wirklich die Kinderbeihilfe direkt auszahlen.

Weiters habe ich schon in den letzten Jahren angeführt, daß leider die Jugendamtsleiter in den Bezirken nur vorübergehend diese Aufgabe zu erfüllen haben. Gerade auf dem Gebiete des Jugendamtes ist es aber notwendig, erfahrene und eingearbeitete Beamte einzusetzen, sie also nicht immer wieder auszutauschen. Es zeigt sich zu oft, welche Schäden entstehen, wenn Mißgriffe psychologischer Art erfolgen. Das Mißtrauen der Bevölkerung in die Hilfeleistung der Fürsorge ist bekannt und wir stellen immer wieder fest, daß gerade wirklich arme, hilfsbedürftige Menschen darum mit der Fürsorge nichts zu tun haben wollen. Das ist aber nicht der Sinn solcher Ämter, hier müßten wir ändern.

Bezüglich der Schwererziehbaren gibt es noch einige Wünsche, die ich bereits voriges Jahr eingebracht habe. Es müßte möglich sein, bessere Ausbildungsmöglichkeiten für sie zu schaffen. Für die Mädchen haben wir nur zwei Möglichkeiten und für die Buben in Hartberg auch zuwenig Berufe. Wenn es in Korneuburg möglich ist, 19 Berufsmöglichkeiten für diese jungen Menschen zu schaffen, müßte es auch in Steiermark möglich sein, etwas mehr auf diesem Gebiete zu tun. Weiter möchte ich um den guten Willen aller Beteiligten bitten, daß die nachgehende Fürsorge und die Gerichte mit den Heimen besser zusammenarbeiten. Wir alle wissen aus den Erfahrungen des letzten Jahres, daß es da manchmal zum Versagen kam und doch vielleicht manche Tragödie vermieden worden wäre, wenn man rechtzeitig die notwendige Querverbindung geschaffen hätte. — Die Erzieher sind in solchen Heimen vor eine besonders schwierige Aufgabe gestellt und wenn wir auch ihren Idealismus nicht finanziell abgelten können, so müssen wir

doch trachten, sie finanziell etwas besser zu stellen. Solche Erzieher sind im allgemeinen in die unterste Besoldungsstufe eingereiht und das ist für diese wahrhaft schwierige Aufgabe, die eigentlich Tag und Nacht weitergeht, für die es keine Dienststunden gibt, zuwenig. Dieses menschliche Problem kann man nicht einfach ad acta legen; wenn man wirkliche Erzieher braucht, muß man sie in finanzieller Hinsicht ein wenig besser stellen.

Die Beobachtungsstation, für die wir hier schon einen Antrag gestellt haben, ist noch nicht verwirklicht worden. Vielleicht läßt sich da doch einmal ein Weg finden, daß sie in wirtschaftlicher Hinsicht an ein Heim angegliedert werden könnte, aber nicht gebunden an das Heim der schwer erziehbaren Kinder, weil es nicht gut ist, wenn Kinder, die zur Beobachtung kommen, irgendeinen Kontakt mit den Heimkindern haben. Die Leitung müßte eine ärztliche sein, weil dann die Kassen auch einen Teil der Kosten übernehmen. Nicht die materielle Ausgestaltung eines solchen Heimes ist das Wichtigste, sondern der Geist der menschlichen Hilfeleistung. Ich habe das gerade im Beobachtungsheim in Mödling gesehen, das denkbar einfach eingerichtet ist im Äußerlichen und wo doch die menschliche Hilfe eine besonders gute zu sein scheint. Es gibt dort auch keine großen Schwierigkeiten, Erzieher zu finden; eine Aussprache mit dem Leiter hat bewiesen, daß sie im allgemeinen die Möglichkeit haben, auszuwählen unter den Erziehern, die sich dafür melden. Es liegt also immer wieder an den Menschen, was wir fürsorglich für diese benachteiligten Kinder machen können. Vielleicht läßt sich ein Heim, das schon vorhanden ist und nicht voll ausgenützt wird, für diese andere Aufgabe verwenden. Beim „Mütter und Kind“-Heim scheint das der Fall zu sein. So wertvoll dieses Heim in seiner Idee ist, so hat es sich doch in der Praxis erwiesen, daß es nicht voll belegt ist, und es wäre vielleicht zu erwägen, die schon bestehenden Baulichkeiten einem anderen Zweck zuzuführen, für den sie notwendiger gebraucht würden. Denken wir nicht nur an die körperlich benachteiligten Kinder, die eine Rehabilitation brauchen, sondern denken wir auch an die geistig oder seelisch Geschädigten, für die wir auch etwas tun müssen.

Dies Anregungen, zu der noch manch andere hinzuzufügen wären, möge man nicht als Kritik an der Arbeit aller jener auffassen, die in der Fürsorge tätig und für sie verantwortlich sind, denn wir wissen, wie groß die Bemühungen sind und danken auch allen, insbesondere der Beamtschaft und allen Fürsorgerinnen dafür. Aber Fürsorge ist etwas unmittelbar mit dem Leben Zusammenhängendes und daher ist auch immer etwas Neues notwendig. Meine Anregungen sind auch keine Eintragungswünsche, sondern immer wieder von der Bevölkerung geäußert. Mögen sie daher im Sinne jener Worte ernst genommen werden, die mir der Herr Landeshauptmann sagte, als ich bei einer Fürsorgemaßnahme auch die politische Seite zur Diskussion stellen wollte. Er sagte: „Das Politische ist hier nicht wichtig, die Hauptsache ist, daß man den Menschen hilft.“ (Lebhafter Beifall bei ÖVP.)

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung auf 2 Stunden. Sie wird um 15.15 Uhr fortgesetzt.

(Wiederaufnahme der Sitzung um 15.15 Uhr.)

Präsident: Ich nehme die zu Mittag unterbrochene Sitzung wieder auf, zur Behandlung steht die Gruppe 4.

Abg. Vinzenz Lackner: Hoher Landtag! Zum Kapitel Fürsorge haben einige meiner Vorredner mit Berechtigung darüber Klage geführt, daß es schwer ist, Körperbehinderte in Betriebe einzugliedern. Man kann in den großen Betrieben davon ein Lied singen, wie schwer es ist, einen jungen Menschen unterzubringen. Man ist allzusehr geneigt, diese Unterbringung mit Almosen abzugelten. Handelt es sich um einen jungen Menschen, so kann man ihn nicht mit Almosen abgelden, sondern man ist verpflichtet, ihm eine Existenzgrundlage zu bieten, damit er das Gefühl zurückbekommt, ein vollwertiger Mensch zu sein und ein nützliches Mitglied der Menschheit zu werden. Ich kann einen Fall anführen, wo einer Kinderlähmung hatte, der Vater frühzeitig starb und er mit der Mutter bitterer Not ausgesetzt war. Die Mutter war des öfteren dem Selbstmord nahe, man mußte höchste Instanzen in Anspruch nehmen, damit man diesen Menschen in eine Telephonvermittlung hineinbrachte, wo er zur vollen Zufriedenheit arbeitet und ein wertvolles Mitglied der menschlichen Gemeinschaft ist. Daß Fürsorge Geld kostet, ist selbstverständlich. Wenn heute der Abgeordnete Wegart eine Ziffer genannt hat von über 40%, so hat er die Fürsorge und das Krankenwesen zusammengezogen und dadurch entsteht ein falsches Bild, weil das verschiedene Aufgaben sind und nicht alles Wohlfahrtsangelegenheit ist.

Nun zu Ihrem Märchen von Walt Disney, dieses Märchen ist nicht modern, sondern der Sinn des Märchens ist alt und ich werde Ihnen — verzeihen Sie, wenn auch ich zur Verlesung greife — ein solches Märchen vortragen, wie es vor 60 Jahren schon geklungen hat. Wenn der Herr Abgeordnete Wegart erklärt, das kann weder Sache der SPÖ noch ÖVP allein sein, so ist das ein erfreulicher Fortschritt, wenn er sich auch nur mit einem lachenden und einem weinenden Auge dazu bekennt und unter einem schon wieder zum Ausdruck bringt, daß er Sorge hat, daß auf diesem Gebiet zu viel geschieht. Ganz anders sprach Frau Abgeordnete Egger, die wiederum der Befürchtung Ausdruck verliehen hat, daß zuwenig geschieht. Man sieht, es ist in Ihren Reihen keine einheitliche Auffassung. (Abg. Wegart: „Sie haben nicht aufgepaßt, sonst würden Sie nicht solchen Unsinn verzapfen!“) Es läßt sich nicht immer alles auf einen Nenner bringen und das ist der Unterschied in Ihrer Fraktion. Der Weg der sozialpolitischen Gesetzgebung ist ein langer Weg, er führt von der Klostersuppe über die Einleger ins Armenhaus, Wärmestube, Altershaus, da sind viele Jahrzehnte darüber vergangen. Wenn wir heute schöne Altersheime besitzen, ist das ein Fortschritt, der den Stempel vor allem der sozialistischen Gemeinden trägt, dort hat es begonnen. (LH. Krainer: „In Hartberg gibt es keine sozialistische Gemeinde.“) (Abg. Dr. Kaan: „Sie haben nicht aufgepaßt, Abg. Wegart hat das ohne

hin gesagt.“) (Abg. Wegart: „Euer dicker Bruder war sogar im Altersheim in Hartberg!“) Herr Landeshauptmann, wenn ich Ihnen da vielleicht ein Beispiel sagen darf. Die Gemeinde Fohnsdorf hat unter Führung des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Horvatek ein schönes Altersheim gebaut, wie es Frau Abg. Egger vorschlägt, mit Zimmer für Ehepaare, damit sie auf ihre alten Tage nicht zerrissen werden. (Zwischenruf: „Spielt keine Rolle, kommt aus derselben Fraktion.“) Dieses Altersheim wurde, bevor es eingerichtet werden konnte, leider nicht seiner Bestimmung übergeben. 1934 wurde es von einem Regierungskommissär des Ständestaates in ein Bürohaus umgewandelt und das ist es seither geblieben. Jetzt erst ist es wieder möglich nach 1945, die Gemeinde in andere Büroräume unterzubringen und das Altersheim seinem ursprünglichen Zweck zuzuführen. Dabei kommen die Fohnsdorfer jungen Werksarbeiter zu Wohnungen, weil jetzt die Rentner die Wohnungen für die Aktiven besetzt halten.

Zu diesem viel gelästerten Wohlfahrtsstaat, wenn ich da an die Worte Wegarts denke, muß gesagt werden, daß die Arbeiter und Angestellten diesen Wohlfahrtsstaat zum größten Teil aus ihrer eigenen Tasche bezahlen müssen. Der sozialpolitische Fortschritt ist untrennbar mit dem Wachsen der Sozialistischen Partei und abhängig von dem Einfluß der Sozialisten, den sie in den gesetzgebenden Körperschaften haben, verbunden. Ich kann Ihnen einen Bericht vor ungefähr 60 Jahren vorlesen. Es ist das ein Kapitel unserer damaligen Gesetzgebung, wie es in der Landtagsstube hier behandelt wurde. „Durch Landesgesetz vom 20. September 1868 wurde die schrankenlose Ehefreiheit von den Liberalen wieder gewährleistet, aber dieses liberale Geschenk hatte üble Folgen. Es wurden Familien gegründet, die den Gemeinden zur Last fielen und die Existenz der übrigen Familienmitglieder in Gefahr bringen. Das erste Kind dieser Ehe ist schon der 3. Bettler in der Familie.“ Wenn Sie sich das nun anhören vor 60 Jahren! (Zwischenrufe.) Ich würde es Ihnen gerne zur Verfügung stellen, sie geben es mir aber ja nicht mehr zurück. (LH. Krainer: „Das sind mehr als 60 Jahre.“) Darf ich Ihnen ein Stück des Aufrufes vorlesen an die katholischen Bauern der Ober- und Mittelsteiermark im Februar 1899? Dieses Gesetz der Ehefreiheit wollte man in den 80iger Jahren wieder zurückdrehen (LR. Prirsch: „Passen Sie auf, daß Sie mit Tschadek nicht in Konflikt kommen!“) und es wurde auch zurückgedreht und deshalb muß ich Ihnen ein Stück weiter vorlesen: „Sind aber diese Ehepaare arbeitsunfähig geworden, so wurden sie in die Heimatgemeinde samt ihrer Familie abgeschoben und die Gemeinde muß zahlen, muß die Erhaltungskosten zahlen für die unbekanntenen Leute.“ Eine solche Einstellung war damals gegeben und wenn man heute zwischen den Zeilen liest ... (Zwischenrufe.) (Abg. Sebastian: „Wollen Sie bestreiten, daß die Zustände so waren?“) (Abg. Dr. Pittermann: „Zeigt nur, daß es damals keine ÖVP gegeben hat!“) Ich habe genau hingehört und meine, daß es zwischen den Zeilen des Abg. Wegart auch so ähnlich geklungen hat, daß wir den Weg lieber zurückgehen sollen. Man

macht aus der Not eine Tugend. Schauen Sie darauf aus, daß man da mitstimmt. Ich kann Ihnen nicht helfen, ich muß Ihnen das entgegenhalten, auf sozialpolitischem Gebiet ist eben die Sache so. Sie rennen heute erst, wenn Sie ein Schnalzerl kriegen und das Schnalzerl müssen Sie von uns kriegen. (Beifall bei SPÖ.)

Landesrat **Maria Matzner**: Hoher Landtag! Abg. Stöffler hat in der Generaldebatte darauf hingewiesen, daß sich die ÖVP zum Bau des Fürsorgeheimes Radkersburg bekenne. Ich freue mich darüber. 1955 hat es in diesem Hohen Hause keine allzufreundliche Debatte zum ersten Mal über diesen Bau gegeben. Im Vorjahre war im außerordentlichen Voranschlag des Landes Steiermark der notwendige Betrag für den Bau des Landesfürsorgeheimes vorgesehen, konnte aber niemals bedeckt werden. Ich freue mich auf das Bekenntnis dazu, daß wir für alte, kranke und bresthafte Menschen ein Heim bekommen. Ich wiederhole in diesem Zusammenhang nur, was Abg. Wegart festgestellt hat, daß wir Sozialisten in der steiermärkischen Landesregierung oder in irgendeiner anderen öffentlichen Körperschaft keineswegs die Absicht haben, die Staatsallmacht zu verstärken und nur im Wege der öffentlichen Hand die öffentliche Fürsorge durchführen. Wir hatten vor 1934 5 Fürsorgeheime zu einem Zeitpunkt, in dem die Lebenserwartungen der Menschen wesentlich geringer waren als heute. Heute nach 1945 haben wir 3 Fürsorgeheime. Die Errichtung von Fürsorgeheimen ist, sofern nicht anderswo eine Fürsorge getroffen ist, eine gesetzliche Verpflichtung des Landes Steiermark. 1959 war es möglich, eine Bedeckung für die 1. Bauetappe des Fürsorgeheimes Radkersburg zu finden, gleichzeitig ist im außerordentlichen Voranschlag 1960 ein Betrag von 1.900.000 S vorgesehen, womit wir glauben, daß die erste Bauetappe tatsächlich abgeschlossen werden kann. Wie Ihnen aus den Beratungen im Finanzausschuß nicht unbekannt ist, ist im ordentlichen Voranschlag noch eine Post enthalten, falls der Baufortschritt rascher vor sich geht, daß ein Darlehen aufgenommen werden könnte, um die Fertigstellung des Baues des Fürsorgeheimes zu beschleunigen.

Die Allmacht des Staates oder der Eintritt der öffentlichen Gebietskörperschaften in die Fürsorge ist keineswegs etwas, was die Sozialisten deshalb wollen, damit sie mehr Staatsmacht ausüben. Es würde vollkommen genügen, in Vergleich zu ziehen, wie wenig wir bezüglich der Versorgung der alten Menschen in Heimen gegenüber den Gemeinden tun. In den Siechenhäusern des Landes sind 603 Betten, in 50 Gemeinde-Altersheimen 1173 Betten. In 9 Bezirksaltersheimen, davon sind 2 für bettlägerige, also für schwerkranke alte Leute vorgesehen, haben wir 963 Betten. Insgesamt stehen uns in Altersheimen der öffentlichen Hand 2136 Betten zur Verfügung, dazu kommen 603 Betten in den Landesfürsorgeheimen, und nun sagen Sie mir, daß diese geringe Bettenanzahl bei weit über 1 Million Einwohnern in diesem Land und bei einem Großteil alter Bevölkerung in diesem Land bedeutet, daß wir, die Sozialisten alles dazu beitragen, um nur ja die ganze Fürsorge von der öffentlichen Hand

aus zu tätigen. Ich glaube, diese Zahlen sind ein besserer Beweis als alle Worte, die in diesem Zusammenhang verloren werden können.

Die Frau Abg. Egger hat schon im vorigen Jahr darauf hingewiesen, daß es notwendig wäre, im Zusammenhang mit der Ausbildung der schwer Erziehbaren eine größere Anzahl von Berufsausbildungsmöglichkeiten zu schaffen. Ich glaube, daß Frau Abg. Egger und auch die anderen Damen und Herren des Hohen Hauses wissen, daß wir uns bemühen, hier eine Erweiterung herbeizuführen. Im Verlaufe des Jahres 1959 ist es uns auch gelungen, die sogenannte Lehrlingsabteilung am Rosenhof einzurichten. Es sind dort 25 Lehrlinge untergebracht, die bei einzelnen Meistern in Graz ihre Ausbildung erhalten, aber im Rosenhof wohnen. Diese Lösung ist meiner Meinung nach eine vorbildliche und erstrebenswerte, aber sie ist unmöglich in kleineren Orten. Dort, wo sich sowieso Erziehungsheime befinden, haben wir die Lösung gefunden, einen Teil des Hauses für eine Lehrlingsunterbringung vorzusehen. Im Voranschlag für 1960 ist es uns außerdem gelungen, für eine neue Metallwerkstätte in Hartberg finanziell vorzusorgen. Wir haben zwar nicht die Absicht, die Lehrlingsausbildung dort durchzuführen, sondern wir denken daran, etwas zu tun, was wir auch auf anderen Gebieten, z. B. bei den Körperbehinderten mit Erfolg versucht haben, nämlich hier eine Erprobungswerkstätte einzurichten. In einem Heim wie Hartberg ist es ohne weiteres möglich, eine größere Anzahl von Jugendlichen beisammen zu haben, die den einen oder anderen Beruf im Heim erlernen sollen oder müssen. Das Bestreben dieser Erziehung ist es, den Jugendlichen so rasch als möglich in eine normale Umwelt zu bringen und ihn nicht allzu lange in einem Heim zu belassen. Wir hoffen, daß es uns durch die Erweiterungswerkstätte Hartberg möglich sein wird, so vorgeschulte und schulisch weiterhin ausgebildete junge Leute in Meisterlehren unterzubringen, sie zumindest in normaler Arbeit unterzubringen, ohne daß sie eine abgeschlossene Berufsausbildung haben.

Korneuburg ist eine ausgezeichnete Ausbildungsanstalt für schwer erziehbare Menschen, weil sie fast alle Berufe umfaßt, aber ich muß dazu sagen, daß die Fertigstellung dieser Anstalt das Land Niederösterreich 60 Millionen Schilling gekostet hat. Wenn ich nun weiß, wie sparsam wir sind und wie wir immer mit erhobenem Zeigefinger auf dem Gebiet der Fürsorge sparen müssen, und wenn der Herr Abg. Wegart gemeint hat, wir können nur das ausgeben, was wir einnehmen und das richtig verteilen, dann ist für das Land Steiermark immer wieder die Frage aktuell, können wir alle diese Werkstätten im eigenen Land erbauen oder sollen wir versuchen, in Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern hier bessere und zweckmäßigere Lösungen zu finden. Zumindest gehen augenblicklich die Beratungen auf dem Gebiet der Schwersterziehbaren dahin, daß wir für alle Bundesländer ein Heim beschaffen wollen, dort schwierigste Fälle und schwer kriminelle Jugendliche hinbringen, denn für diese muß ja die Berufsausbildung in einem Heim erfolgen. Ich bitte Sie nur, davon Kenntnis zu nehmen, daß wir ununterbrochen bemüht sind, im Geist

der neuen Zeit hier Verbesserungen zu erreichen, um das Zweckmäßigste für diese jungen Menschen zu leisten.

Ich möchte noch einmal auf die Ausführungen der Frau Abg. Egger im Vorjahr zurückkommen, wo sie verlangt hat, daß wir bei der Schulausspeisung eine Apfelaktion durchführen sollen. Darauf möchte ich antworten, daß wir bei der Schülerspeisung fast 52.000 kg Apfel ausgegeben haben.

Weiters darf ich berichten, daß der Jugendwohlfahrtsbeirat, der im Gesetz vorgesehen ist, sich schon konstituiert hat und daß zu hoffen ist, daß es im Jahre 1960 zwischen der Abteilung der Steiermärkischen Landesregierung und den Vertretern der freien Jugendwohlfahrt zu einem Gedankenaustausch kommt, der sich befruchtend auf die ganze Jugendwohlfahrt auswirken wird. Im Vorschlag 1960 ist erstmalig Vorsorge getroffen, daß wir Mittel für Heimhilfen zur Verfügung stellen können. Noch einmal muß ich auf das alte Problem zurückkommen, daß wir viele alte Menschen haben, die nicht in ein Heim gehen, obwohl sie einsam sind und verwaisten. Ihre Pflege über eine Erkrankung hinaus ist ein Erfordernis einer modernen Fürsorge, wie wir sie zu leisten haben. Und gerade ich kann sagen, daß wir uns im Land Steiermark seit Jahren bemühen, nicht nur durch die Gemeinden, sondern auch durch die Fürsorgeverbände die Anstellung von Heimhilfen zu erreichen. Was wir auf dem Gebiet tun können, um die Aufgaben der freien Wohlfahrt zu fördern und zu unterstützen, soll geschehen. Es soll nun versucht und ausgebaut werden die Tätigkeit der Heimhilfen innerhalb der Vereinigungen der freien Wohlfahrt. Das ist das eine, was wir tun müssen, wobei selbstverständlich diese Heimhilfen nicht nur den alten Leuten, sondern auch den Müttern und ganzen Familien zur Verfügung gestellt werden. Alle Bestrebungen in dieser Richtung sind nicht nur eine finanzielle Ersparnis für die Gebietskörperschaften und Familienangehörigen, sie sind auch die Voraussetzung dafür, daß die Familien beisammen bleiben können, bis die schonungsbedürftige Mutter wirklich wieder gesund ist.

In ihren Ausführungen hat Frau Abg. Egger heute darauf hingewiesen, daß das Jugendschutzgesetz eine Handhabe bieten sollte, daß auch die Erziehungsverpflichteten erfaßt werden könnten, wenn sie nicht darauf achten, daß die ihnen anvertrauten Jugendlichen verwaisten. Wir haben uns im zuständigen Fürsorgeausschuß des Steiermärkischen Landtages selbstverständlich eingehend gerade mit der Fassung einer solchen Bestimmung beschäftigt und ich muß sagen, die sozialistische Fraktion im Fürsorgeausschuß ist unterlegen, weil sie der Meinung war, daß man eine allgemeine Klausel einbauen müßte, die es der Exekutive ermöglicht, hier vorzugehen. Außerdem möchte ich noch sagen, es ist richtig, daß auch der Verfassungsdienst einer solchen allgemeinen Klausel die Zustimmung nicht erteilt hat. Hinsichtlich der Auszahlung der Kinderbeihilfe befinden wir uns alle auf einer Ebene. Immer wieder erleben wir es in der Praxis, daß die Auszahlung der Kinderbeihilfe an den berufstätigen Kindesvater sich verhängnisvoll auswirkt. Sie

wird nicht abgeführt und nach wie vor sind wir der Meinung, und zwar alle Mitglieder des Hohen Hauses, die Forderung zu unterstützen, daß die Kinderbeihilfe jener Stelle ausgezahlt wird, wo sich das Kind tatsächlich befindet und wo es erzogen wird. Das ist eine Forderung, die scheinbar furchtbar schwer zu erfüllen ist. In der Angelegenheit Mütter- und Kinderheim müßte es doch — wir sind seit einigen Wochen damit befaßt — zu ermöglichen sein, daß in diesem Heim untergebrachte Mütter ihrem Beruf nachgehen können. Wir glauben, daß, falls der Belag des Heimes gesichert ist und sofern die Mütter gesund sind, sie so rasch als möglich in ihr Berufsleben zurückzuführen wären. Wir werden alles tun, um den Belag in diesem Hause zu sichern und ich bin davon überzeugt, daß es uns gelingen wird. Die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung ist gerade damit begründet, daß wir da und dort in der Presse lesen, daß Mütter ihr neugeborenes Kind töten, weil sie es ihren Angehörigen nicht sagen können, daß sie ein Kind zur Welt bringen sollen. (LH. Krainer: „Die guten Hirtinnen haben die gleiche Einrichtung!“) Nicht ganz dieselben! (Abg. Dr. Kaan: „Nach den gleichen Gesichtspunkten!“) Dieser Zustand darf nicht sein in einem Lande, wo wir alle überzeugt sind, daß wir das Beste zu tun bereit sind. Die Frage, ob wir nicht dieses Mütter- und Kinderheim stilllegen und sinnbehinderte Kinder hineinbringen sollen, können wir nicht in dieser Form beantworten. Wir müssen uns mit dem Problem der sinnbehinderten Kinder befassen und trachten, vorsichtig hier einen Ausweg zu finden. Aber ich glaube, daß die Liegenschaft in Wetzelsdorf für solche Zwecke zu klein ist. Bei einer solchen Station für Kleinkinder oder schulpflichtige Kinder muß auch eine ausreichende Therapiemöglichkeit gegeben sein, weil hier der Arzt ein großes Wort zu sprechen hat. Wenn wir gemeinsame Gedanken und Sorgen in der Richtung haben, werden wir sicherlich zu einer Verständigung auf diesem so engen Gebiet der Fürsorge kommen. Ich möchte fast sagen, daß die Anlernung für irgendeine mechanische Arbeit gerade für solche jungen Menschen dringend geboten erscheint. Schließlich soll uns kein Mensch zu gering sein, daß man nicht versucht, ihn in die Gemeinschaft einzugliedern, das Beste aus ihm herauszuholen und ihm das Gefühl zu geben, daß er selbst es wäre, der sich erhält, versorgt und sein Bestes ebenfalls der Gemeinschaft gibt.

Darf ich auf die Ausführungen des Herrn Abg. Wegart noch in einigen Sätzen zurückkommen. Es ist furchtbar schwierig, wenn davon gesprochen wird, daß die Sozialpolitik, wie sie die Sozialisten fördern und verlangen, eine Angelegenheit ist, die immer wieder davon ausgeht, den Menschen nur vom Staate her zu erfassen und alles gesetzlich zu regeln. Es wird so dargestellt, als ob diese Art der gesetzlichen Sicherung des Notstandes der Menschen nur dort individuell sei, wo nicht die Sozialisten die Forderung erheben, also auf Seite der ÖVP. Wenn ich das schwarz auf weiß charakterisiere, kann man entnehmen auch aus der vorherigen Rede des Herrn Abg. Wegart, was die ÖVP verlangt, ist individuell, was die Sozialisten verlangen, ist eine gesetzliche Regelung auf verschie-

denen Gebieten, die sozialistische Gesetzgebung ist eine Verstärkung der Allmacht des Staates und die ist zumindestens heute zu 40% ein Weg direkt nach Moskau.

Gestatten Sie mir, daß ich genau so überspitzt, also absichtlich in dieser Art, eine Zusammenfassung der Auffassungen darlege, wie wir als Sozialisten diese im gleichen Zusammenhang zum Ausdruck bringen. Wir wollen durch eine finanzielle Entlastung der Familie der berufstätigen Mutter es ermöglichen, daheim zu bleiben und ihre Familie zu betreuen. Es müssen natürlich dafür gesetzliche Maßnahmen getroffen werden. Oder glauben Sie, daß die auch von Ihnen geforderte Mütterhilfe ohne gesetzliche Regelung möglich ist? Die Voraussetzung einer solchen Maßnahme ist die Aufbringung der Mittel und die Erfassung schließlich und endlich jener Frauen, die dieser Mutterhilfe teilhaftig werden sollen. Es ist nicht notwendig, daß wir in diesem Hohen Hause uns gegenseitig Propagandarede halten. Ich glaube, daß wir alle gemeinsam in der heutigen Zeit die Verpflichtung haben, dort, wo es notwendig ist, Fürsorge von der öffentlichen Hand zu leisten — die ja subsidiär ist. Das ist heute und vor allem in Österreich notwendiger, als wir es alle miteinander wünschen, dort wo die freie Wohlfahrt oder dort wo die Familie oder der Einzelmensch sich selbst nicht helfen kann, ihn etwas zu unterstützen. Die Grundsätze der Fürsorge, wie sie die Sozialisten sehen, sind in dieser Richtung. Täuschen wir uns nicht! Der Mensch, der heute darüber entscheidet, ob ein anderer hilfsbedürftig ist, ist noch nicht soweit, daß er es ehrlich und offen erkennen würde. Er braucht Gesetzesgewalt, damit er seine Pflichten, welche ihm gegeben sind, auch erkennt. Er wird heute, wenn er eine Wohnung hat, Verdienst hat und gesichert ist in seiner Lebensexistenz noch nicht erkennen, daß er freiwillig auf einen Anteil zugunsten der Notleidenden verzichten muß.

Was ist hilfsbedürftig, was ist notleidend? Ich möchte Sie jetzt vor den Weihnachtsfeiertagen fragen, ob Sie nicht alle eine Fülle von Briefen erhalten haben, in denen sich nackte Not und Elend offenbaren. Solange das besteht, haben wir nicht genug getan auf dem Wege der Sozialpolitik. (Starker Beifall bei SPO.)

Abg. Dr. Rainer: Hoher Landtag! Die Ausführungen des Herrn Abg. Lackner zwingen mich, doch Stellung zu nehmen, und zwar nicht deswegen, weil ich gegen ihn etwas hätte, sondern deswegen, weil sonst die Zuhörer und die späteren Leser des Protokolles dieser Sitzung zur Meinung kommen könnten, daß es wirklich stimmt, was er gesagt hat. Das ist aber nicht der Fall. Ich möchte das widerlegen. Er hat die Behauptung aufgestellt, daß die moderne Sozialpolitik über das Einlegersystem und die Armenhäuser zu den heutigen Höhepunkten geführt habe. Das ist aber nicht richtig. Die moderne Sozialpolitik, die zum Beispiel die gesetzliche Festsetzung der Arbeitszeit usw. regelt im engeren Sinne, beginnt mit der Bekämpfung der Arbeit der Jugendlichen und Kinder. Es waren hier zunächst keine Fürsorgemaßnahmen, sondern ist der Ausgangspunkt der modernen Sozialpolitik Preußen.

Im Jahre 1828 wurde in Westfalen durch einen Bericht des Generals Horn festgestellt, daß die jungen Rekruten zum großen Teil untauglich waren, weil sie als Kinder bereits in den Bergwerken und Fabriken arbeiten mußten. (LR. Fritz Matzner: „Bitte um das Büchel, woher Sie das haben.“) (Abg. Sebastian: „Was muß das für eine schöne Zeit gewesen sein, daß man darauf erst kam, als die Jugend ausgehoben wurde!“) Nun haben das preussische Königreich und auch die Österr.-Ung. Monarchie das Gesetz geschaffen, das eine Beschränkung der Jugendarbeit gebracht hat und damit hat die soziale Gesetzgebung ihren Anfang genommen.

Das Zweite ist, daß in einem Zwischenruf die Behauptung aufgestellt wurde, daß mit dem Wachsen der SPO, mit dem Wachsen der Anzahl der Mandate der SPO die Verbesserung der Lage der Arbeitnehmerschaft bei uns eingetreten ist. Ich will nicht stundenlang reden, aber glauben Sie mir, auch die Wissenschaftler sind sich darüber einig, daß das entscheidende Verdienst für den heutigen Lebensstandard nicht die heutigen sozialen Gesetze, nicht eine Partei hat, sondern die Technik, die Maschine. Wenn wir heute noch die wirtschaftlichen Bedingungen des Jahres 1899 hätten, dann hätten wir keine 45-Stunden-Woche und nicht den heutigen Lebensstandard. Es ist nicht richtig, wenn sich eine Partei das Verdienst dafür zuschreibt, den heutigen Stand der Sozialgesetzgebung als ihre Erfolge anzuführen. Wenn Sie jemandem danken wollen, dann danken Sie den Technikern, den Wissenschaftlern, die es uns ermöglichten, daß wir heute ein Leben führen können, wie wir es führen. (Abg. Sebastian: „Das ist ein historisches Verdienst der Sozialistischen Partei!“) Damals, als im deutschen Reichstag und auch in Österreich die erste Sozialgesetzgebung gemacht wurde, war das noch eine kleine Minderheit. (Abg. Sebastian: „Das Bismarckgesetz haben Sie vergessen!“) Über solche Binsenwahrheiten brauchen wir uns nicht zu streiten. Aber-sagen Sie mir nur eines: wieso gibt es das, daß es in Amerika den Arbeitnehmern so gut geht, dort war nämlich nie ein sozialdemokratischer Abgeordneter. (Beifall bei ÖVP.) (LR. Fritz Matzner: „Dort haben die Gewerkschaften diese Aufgabe übernommen!“) Aber keine Sozialisten. Ich muß Ihnen sagen, als der Aufstieg der amerikanischen Arbeitnehmerschaft begann, waren auch noch keine Gewerkschaften, sondern diese Gesetze sind von den dort gewählten Vertretern beschlossen und ausgeführt worden. (Abg. Sebastian: „In Amerika haben sie sogar ein Untersagungs-gesetz gehabt. Dort gibt es keine Kartelle!“) (Abg. Stöffler: „Es gibt ja auch genug sozialistische Kartelle!“)

Ich möchte nur zum Abschluß noch sagen, Tatsache ist, daß eine moderne Partei nur die ist, die erkennt, daß ein weiterer Fortschritt nur miteinander und nicht gegeneinander möglich ist. Wenn wir hier leicht klassenkämpferische Töne — wenn auch etwas verschämt — hören, so ist das für die Zukunft nicht richtig. Modern ist eine Partei nur, wenn sie erkennt und auch danach handelt, daß der Fortschritt nur im Mitarbeiten und Aufeinander-abstimmen möglich ist. (LR. Fritz Matzner: „Das tun wir ja ständig!“) (Beifall bei ÖVP.)

Abg. **Wegart**: Hohes Haus! Ich hätte mich nicht zu Wort gemeldet, wenn der Herr Abg. Vinzenz Lackner und die liebe Frau Matzner, die sehr liebe Frau Maria Matzner, mich nicht zitiert hätten und ich darauf Antwort geben muß. Meine Damen und Herren, so liegen die Dinge nicht, daß das alles, was der Wegart gesagt hat, finstere Reaktion ist, finstere Mittelalter und Dinge von gestern. (Abg. Vinzenz Lackner: „Aber zu dem Märchen paßt das!“) Das haben Sie eben nicht verstanden, sonst hätten Sie darüber nachgedacht.

Aber es handelt sich jetzt darum, daß Sie mir etwas unterschieben, was ich gar nicht gesagt habe. Ich habe nicht mehr und nicht weniger getan, als den Versuch unternommen, Gedankengänge in eine neue Richtung der Sozialpolitik aufzuzeigen. Die Probleme, die vor 70 und 80 Jahren bestanden haben, sind heute vorüber und gelöst. Vor uns stehen neue Probleme und neue soziale Fragen, und mit diesen Gedankengängen versuchen wir, diesen neuen Problemen an den Leib zu rücken, das ist der Sinn gewesen, nicht mehr und nicht weniger. Wenn das nicht reichen sollte, möchte ich noch etwas hinzufügen. Seit 1945 wurden keine Sozialgesetze, weder in diesem Haus noch im Parlament, gegen die Stimmen, sondern nur mit den Stimmen der Volkspartei beschlossen. Seit 1945 ist der soziale Fortschritt unseres Landes untrennbar mit der Volkspartei verknüpft. (Beifall bei ÖVP.) Wie Ihnen die Luft ausgegangen ist bei den Beratungen des ASVG., haben Sie nach dem „Reaktionär“ Raab gerufen und unter seinem Vorsitz ist dann das ASVG. ausgehandelt worden. (Zustimmung bei ÖVP.) Und heute berufen Sie sich darauf, wie sozial und fortschrittlich Sie sind. Es ist erschütternd, was Sie an geistigen Dingen zu den neuen sozialen Fragen zu sagen haben, weil Sie sich eines solchen Zitates, eines alten Ladenhüters bedienen, woschon der Bücherwurm drinnen ist. (1. LH.-Stellv. Horvatek: „Lesen Sie das sozialistische Parteiprogramm, dort werden Sie alles finden!“) Ich kann mich jedenfalls nur freuen, daß die Dinge, die ich gesagt habe, bei Ihnen auch gesessen sind. Wenn wir vom sozialen Fortschritt reden, von der Vollbeschäftigung, von Renten und Pensionen, dann möchte ich nur sagen, Sie schenken ja niemandem etwas, das müssen wir uns ja alles selbst erarbeiten und bezahlen. (Rufe: „Sehr richtig!“ bei ÖVP.) Da gibt es nämlich nur eines, daß gewissenhaft gewirtschaftet wird, damit wir am Ende auch zu den paar Schilling Renten und Pensionen kommen und so den Fleiß des Lebens ernten können. Dabei haben Sie kein Verdienst. Wenn jemand sich bei uns darum gekümmert hat, daß ordentlich gewirtschaftet wird, dann ist es die Volkspartei. (Abg. Sebastian: „Haben Sie schon die 23 Millionen vom Haselgruber?“) (Abg. Bammer: „Die Antwort haben Sie schon am 10. Mai bekommen!“) Vielleicht werden wir eines Tages noch die Antwort darauf bekommen, daß es nicht darum geht, nur hinauszuerwerfen. Zwischen Ihnen und uns besteht ein großer Unterschied, Sie wollen den Menschen verstaatlichen, wir wollen den Staat vermenschlichen. (Lebhafter Beifall bei ÖVP.)

Berichterstatter Abg. **Hofbauer**: Ich verzichte auf das Schlußwort und ersuche die Abgeordneten, den Ansätzen der Gruppe 4 die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Ich bringe die Gruppe 4 zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 4 zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschiebt!)

Die Gruppe 4 ist angenommen.

Wir behandeln nun die

Gruppe 5: „Gesundheitswesen und körperliche Ertüchtigung.“

Berichterstatter ist Abg. **Rauch**. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Rauch**: Hoher Landtag! Die Gruppe 5 des ordentlichen Landesvoranschlags 1960 ergibt mit einer Ausgabensumme von 318,764.400 S gegenüber den Ausgabenposten 1959 eine Vermehrung der Aufwendungen um 24,352.600, was einer Erhöhung der Ausgaben um 8'27% entspricht. Die eigenen Einnahmen und Vergütungen aus anderen Verwaltungszweigen für diese Gruppe werden für 1960 mit 220,275.400 S veranschlagt. Auch diese Posten des Voranschlags zeigen eine Erhöhung gegenüber dem Voranschlag 1959, und zwar um 7,414.000 S oder um 3'48%. Die sehr bedeutenden Mehrausgaben der Gruppe 5 des Voranschlags 1960 sind in erster Linie durch die notwendigen Steigerungen für den Personalaufwand, der für 1960 um 16,598.400 S oder um 10'7% höher veranschlagt werden mußte als im Vorjahr, entstanden. Auch die Ausgaben für den Sachaufwand sind für 1960 höher zu veranschlagen gewesen um 7,754.220 S, das sind 6'33%. Die ziffernmäßig großen Aufwendungen sind für den Betrieb, die Erhaltung und die Ausgestaltung der Landeskranken-, Heil- und Pflegeanstalten in Steiermark erforderlich. Hiefür sind Gesamtausgaben im Betrage von 302,435.000 S vorgesehen, davon für den Personalaufwand allein 164,672.100 S, also um 16,171.900 S oder um 10'9% mehr als für 1959 veranschlagt. Dies steht mit der Einführung der 45-Stunden-Woche, die eine Vermehrung des Personalstandes laut Dienstpostenplan verursacht und mit der Tatsache, daß die Bezüge der öffentlichen Bediensteten des Landes erhöht werden müssen, in ursächlichem Zusammenhang. Eine Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen im ordentlichen Voranschlag ergibt, daß für die Bedeckung des Abganges ein Aufwand von 98,489.000 S erforderlich ist.

Der Finanzausschuß hat sich mit den Ansätzen des Voranschlags für die Gruppe 5 eingehend beschäftigt und den Beschluß gefaßt, dem Hohen Hause die Annahme dieser Voranschlagsziffern zu empfehlen.

Abg. **Krempl**: Hoher Landtag! Anlässlich der Behandlung der Gruppe 5 hier im Hohen Hause ist es unsere vornehmste Pflicht, allen Ärzten, dem Pflegepersonal, den Diplom- und Hilfsschwestern, den Verwaltern und der Beamtschaft der Krankenhäuser unseren besonderen Dank und die Anerkennung auszusprechen. Dieser Beruf, glaube ich, ist wohl einer der schwersten überhaupt. Wenn

das Leben von Berufung abhängt, so trifft dies wahrlich für diesen Beruf besonders zu. Es gehört viel Opfergeist und Selbstüberwindung dazu, den kranken Menschen zu pflegen und zu betreuen. Diese kranken Menschen, mag es sich um körperliche oder um geistige Gebrechen handeln, zählen zu den ärmsten Mitgliedern unserer Gesellschaft. Jeder von uns, der schon krank und in einem Krankenhaus war, wird das bestätigen. Ich glaube, es ist nicht notwendig, all das menschliche Elend, das ein Krankenhaus in sich beherbergt, zu schildern, und es ist leicht verständlich, daß bei dieser Überbeanspruchung des Krankenhauspersonals da und dort Unzulänglichkeiten entstehen, die in der Öffentlichkeit aufgegriffen und kritisiert werden. Es ist nun einmal die Aufgabe eines Abgeordneten, die Augen offen zu halten und nicht nur Lob, sondern dort, wo es notwendig ist, auch einen Tadel auszusprechen und sich zu bemühen, Unzukömmlichkeiten, wo er sie wahrnimmt, abzustellen. Wenn mitunter bemängelt wird, daß die ärztliche Betreuung der Kranken oder jener, die nach Verkehrsunfällen an den Sonn- und Feiertagen in ein Krankenhaus eingeliefert werden, unzulänglich ist, müssen wir diese Behauptung zugeben. Bedenken Sie, es geht nach einem Straßenverkehrsunfall oft um Sekunden, ob das Menschenleben gerettet wird oder verloren ist. Also auch diese mangelhafte ärztliche Betreuung, die da und dort auftritt, könnte unter Umständen ihren Grund im Mangel an organisatorischen Maßnahmen haben. Ich glaube, daß gerade diese Berufsgruppe auf das freie Wochenende einen ganz besonderen Anspruch erheben kann. Weniger, glaube ich, daß man als Ursache annehmen kann, daß die persönliche Einstellung der Ärzte zu ihrem Beruf die Ursache einer mangelhaften ärztlichen Betreuung der Kranken sein könnte. Ich darf das zuständige Referat recht herzlich ersuchen, alle Krankenhäuser, die dem Lande unterstehen, in dieser Hinsicht überprüfen zu lassen, so daß Beschwerden dieser Art die Öffentlichkeit nicht mehr zu beschäftigen brauchen.

Ein weiteres Problem der Krankenhäuser ist der Raummangel in manchen Landeskrankenhäusern, so daß bei Epidemien, die des öfteren auftreten, die Krankenzimmer zu klein und die Betten zu wenig werden. Wo das der Fall ist, bedeutet es aber keinen Dauerzustand und soll nicht Anlaß einer Kritik sein. Worüber aber gesprochen werden muß, das ist der akute und unerträgliche Raummangel, wodurch die Krankenhausverwaltung gezwungen ist, buchstäblich die Krankenbetten in ein kleines Zimmer hineinzupferchen, so daß nicht nur die ärztliche und pflegerische Versorgung unmöglich gemacht wird, sondern es ist auch nicht möglich, daß die Besucher, die ihre Angehörigen im Krankenzimmer besuchen, mit einem Sessel sich zum Bett setzen können, weil kein Platz dafür vorhanden ist. So ähnlich ist der Zustand in der I. chirurgischen Abteilung des Landeskrankenhauses Graz. Ich darf Ihnen auch die Sätze eines Fachmannes vorlesen, der diese Zustände in dieser Abteilung so schildert: „Es ist im Landeskrankenhause in der I. chirurgischen Abteilung trotz äußerstem Pflichteifer und größter Gewissenhaftigkeit sowohl auf Seite der Ärzte wie der Schwestern und des Wartepersonals aus räumlichen Gründen der Weg zwischen den

Betten und den oft auf dem Boden auf Matratzen liegenden Patienten stark behindert. Ich glaube, daß dieser Zustand in einem Krankenhaus schlechthin doch wohl unmöglich ist. „Dieser Fachmann gibt als Ursache der Überbelegung im Krankenhaus auf der I. chirurgischen Abteilung die zunehmende Anzahl der Straßen-Verkehrsunfälle an. Gestern hat Abg. Wegart in einer eingehenden Schilderung die wachsenden und zunehmenden Straßen-Verkehrsunfälle in einer Statistik aufgezeigt. Ich glaube daher, daß es mir erspart bleiben kann, Ihnen diese Ziffern noch einmal zur Kenntnis zu bringen. (Abg. Scheer: „Sehr richtig!“) Ich bitte, Sie von der sozialistischen Fraktion können, das ins Lächerliche ziehen. Wenn Sie glauben, daß das so lächerlich ist, daß die Kranken auf dem Boden liegen müssen, ist das Ihre Angelegenheit. (Abg. Hofbauer: „Da hört sich doch alles auf!“) (Weitere Zwischenrufe.) Das ist nicht notwendig, Herr Landeshauptmann.

Hohes Haus! Es ist aus den angeführten Gründen daher nicht ganz verständlich, wenn davon gesprochen wird, daß die I. chirurgische Abteilung des Landeskrankenhauses aufgelassen und hiefür eine Spezialabteilung eingerichtet werden soll. Ich glaube, auf diese Art und Weise wird man dieses Problem der Überbelegung nicht lösen können. Ich glaube, es wird der Steiermärkische Landtag sich doch konkret in der nächsten Zeit überlegen müssen, ob man nicht durch einen Neubau eines Krankenhauses bzw. der chirurgischen Abteilung diesen Katastrophenzustand beheben kann. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. Bammer: Hohes Haus! Die Behandlung der Gruppe 5 gibt mir Gelegenheit, auf verschiedene Probleme hinzuweisen. Der Landtag hat vor 5 Jahren das Steiermärkische Landessportgesetz beschlossen. Sowohl bei der Beratung im Gemeinde- und Verfassungsausschuß und auch sonst hat es nicht an Stimmen gefehlt, die gefürchtet haben, daß die Allmacht der Verwaltung, von der heute schon so viel gesprochen worden ist, auf ein Gebiet ausgedehnt wird, das sich eigentlich selbst verwalten müßte und bei dem es nicht notwendig sei, gesetzliche Vorschriften und Regelungen eintreten zu lassen. Es hat die Beratung des Landessportgesetzes nicht zuletzt deshalb stattgefunden, weil die führenden Funktionäre der steirischen Dachorganisationen, sowohl die der Union, des ASKO und des Allgemeinen Sportverbandes dieses Gesetz für notwendig hielten. Wir dürfen heute mit Befriedigung sagen, daß diese Fachleute recht gehabt haben.

Es ist keine überflüssige und übertriebene Reglementierung und Organisierung im Sportleben eingetreten, sondern es ist eine notwendige und wohl-durchdachte Ordnung in den Dachverbänden und in den Vereinen zu beobachten. Die Sportorganisationen als Organe dieses Gesetzes mit dem Landes-sportrat und dem Präsidium haben in diesen letzten 5 Jahren sehr erfreuliche Fortschritte in der steirischen Sportbewegung zustande gebracht. Wir haben durch die zwar nicht sehr reichlichen finanziellen Mittel, die das Land in der Budgetpost „Landessportförderung“ veranschlagte, doch erreichen können, daß einige an chronischem Geldmangel lei-

dende Sportarten, wie Leibesübungen, Turnen, Schwimmen, in der Steiermark wieder neuerlich aufgeblüht sind und eine bessere Tätigkeit in ihren Vereinen und Verbänden entfalten konnten. Mancher Zusammenbruch einer für den Körper wertvollen Sportart ist durch die Unterstützung, die das Land über die Landessportorganisation geleistet hat, vermieden worden. Ich darf darauf hinweisen, daß gerade durch die Veranstaltung internationaler Wettbewerbe in Graz oder in anderen steirischen Städten der Jugend wertvoller Anreiz für eine eigene sportliche Betätigung gegeben wurde, was wir uns ja alle so sehr wünschen, weil die Jugend dadurch von der Straße ferngehalten wird. Leider haben diese Sportveranstaltungen des Landes nicht den finanziellen Erfolg gebracht, den sie sich erhofften und den sie so sehr brauchen würden. Aber wir wissen wenigstens, daß die Schuljugend und die Jugend in den Lehrbetrieben, die ja keine hohen Eintrittspreise zahlen konnte, sehr begeistert diese Veranstaltungen besucht hat und dadurch wertvollen Anreiz für eine eigene sportliche Betätigung gefunden hat. Wir werden in der Landessportorganisation wahrscheinlich im kommenden Jahr diese Tätigkeit auf das gesamte steirische Gebiet auszudehnen versuchen und auch in einzelnen Städten größere Veranstaltungen durchführen, die auch draußen der Jugend Vorbild sein können.

In der Voranschlagspost der Gruppe 5 haben wir die Mittel für die Sportförderung. Der Bedarf beläuft sich auf 1.300.000 S. Ich darf hinweisen, daß derzeit einschließlich der Subvention an den steirischen Schiverband 775.000 S veranschlagt sind. Wenn wir sagen, daß mit 10% dieser veranschlagten Summe sowohl der Personal- als auch der Sachaufwand und Organisationsaufwand gedeckt wird, dann können wir feststellen, daß eine rationelle Auswertung der Förderungsbeträge zum Wohl der Sportausübenden erfolgt.

Ich möchte nach diesem Überblick auf diese letzten 5 Jahre des Bestehens der steirischen Landessportorganisation vor allem den politischen Referenten Herrn Landesrat Dr. Koren ersuchen, daß er der Landessportorganisation und den in ihrer Tätigkeit seit Jahrzehnten bewährten Funktionären der Dachverbände auch jene Mündigkeit zuerkennt, die sie sich bei Betrachtung dieser Rückschau sicher verdient haben, daß man den Sportorganisationen das zuerkennt, was man dem Landesjugendreferat seit eh und je zuerkannt hat, nämlich die Selbständigkeit in der Verwaltung, in der Einteilung und Budgetierung der Mittel, die als Budgetpost veranschlagt sind. Es ist für die Funktionäre nicht sehr ermutigend, wenn sie bei allen Veranstaltungen, die sie zum Wohle der sportausübenden Jugend durchführen wollen, immer sagen müssen, wir sehen es ein, diese oder jene Veranstaltung ist notwendig, wir werden das oder jenes machen, wenn es uns von der Landesregierung genehmigt wird. Wir würden uns wünschen und Herrn Dr. Koren einladen; diesen Mandataren und Funktionären der Landessportorganisation eine Probezeit zuzuerkennen und ihr dann eine großzügigere Behandlung zuteil werden zu lassen.

Ich möchte noch auf eine Frage zu sprechen kommen, über die der Herr Abg. Stöffler schon im Ge-

meinderat gesprochen hat. Der Herr Abg. Stöffler hat auch dort als wertvoll hingestellt, daß sich sowohl die Fachleute als auch die Funktionäre und Freunde des Sportwesens und des Bundesministeriums für Unterricht auf ein Projekt für eine Kunsteisbahn in Graz zu einigen bereit sind. Es soll im Anschluß an das Liebenauer Stadion eine Freiluftkunsteisbahn gebaut werden. Wer weiß, daß in Wien, Linz, Innsbruck und Klagenfurt überall schon solche Kunsteisbahnen bestehen, wird verstehen, daß die Wintersporttreibenden — und zwar die Aktiven und Funktionäre — der zweitgrößten Stadt Österreichs es auf die Dauer nicht aushalten, daß sie, bedingt durch das Grazer Wetter, ihre Wettbewerbe nie mit Sicherheit ansetzen können, daß sie durch unsere milden Winter bereits angesetzte Veranstaltungen immer wieder absagen müssen. Ich darf daher das Hohe Haus und das Referat ersuchen, bei den Budgetberatungen für das Jahr 1961 jene Mittel einzusetzen, die geeignet sind, das Vorhaben, das nunmehr im Einvernehmen mit dem Bund realisiert werden könnte, auch wirklich zu ermöglichen.

Wir stehen auch hier auf dem Standpunkt, daß es bei der Förderung der sportausübenden Jugend besser ist, vorzubeugen als zu heilen. Jede sportliche Anlage führt doch dazu, daß mehrere hundert junge Menschen einer körperlichen Ertüchtigung nachgehen und dadurch von der Straße ferngehalten werden.

In diesem Sinne verstehen wir unsere Tätigkeit in der Landessportorganisation. Ich darf auch an den Herrn Referenten Landesrat Dr. Koren und an den Herrn Landesfinanzreferenten die Bitte richten, für das kommende Jahr die notwendigen Mittel für die Kunsteisbahn in Graz vorzusehen. (Beifall bei SPO.)

Abg. DDr. Stepantschitz: Vor etwa 2 Jahren haben die Chinesen ein Schiff auf Reisen geschickt, voll beladen mit Eierpulver, das man gegen harte Devisen eintauschen sollte. In England wurde das Eierpulver untersucht, eine Probe entnommen und festgestellt, daß dieses Eierpulver verseucht ist. Es enthielt eine Art typhusähnlicher Krankheitserreger. Die Ladung wurde abgewiesen und weiter nach Hamburg gefahren, dort hat sich das gleiche Schauspiel wiederholt, aber einige Tage, nachdem in Hamburg die Schiffsladung abgewiesen worden war, wurde dieser Krankheitserreger bei einem Patienten festgestellt. Die Nachforschungen ergaben, daß das Schiff nur ein paar Kilometer weitergefahren war und in Bremen unbeschadet die Ladung löschen konnte.

Die Geschichte wäre für uns nicht so bewegend, wenn nicht eine große Zahl von Tonnen dieses verseuchten Eierpulvers auch nach Österreich gekommen wäre. Was wären die Folgen? Ich kann Ihnen die nüchternen Zahlen bekanntgeben: 128 Krankheitsfälle, 3 Todesfälle und 48 Dauerausscheider. Das ist beachtlich. Es gibt Unfälle und es kann immer etwas passieren. Die Folgerungen, die sich durch das Einschleppen einer neuen Seuche ergeben, gehen weit darüber hinaus. Wir wissen, daß ein Großteil unserer Bevölkerung diese Keime zu sich genommen hat, daß es eine unbestimmte Zahl

von Dauerausscheidern gibt, und wir wissen nicht, wie dieser Krankheitserreger sich später einmal auswirkt, wenn er mehrere Menschen passiert hat. Wir wissen sehr wohl, daß die Keime in ihrer Gefährlichkeit sich im Laufe von mehreren Passagen ändern können. Es ist dies passiert zu einer Zeit, in der die Stellen aller Behörden, aller gesetzgebenden Körperschaften aufs eifrigste bemüht waren, mit den hier heimischen Seuchen fertig zu werden, und dennoch ist also eine neue Seuche eingeschleppt worden. Es wird daher die Forderung laut nach Vermehrung der Gesundheitsinspektoren. Aber, meine Herren, ein verseuchtes Eierpulver, das tonnenweise eingeführt wird, kann nicht in Hintertupfung festgestellt werden. Zur Zeit der Einführung muß eine entsprechende gesetzliche Untersuchung vorgeschrieben und durchgeführt werden. Im konkreten Fall ist dieses Eierpulver auf seine Backfähigkeit überprüft worden, und die soll ausgezeichnet sein.

Ich erzähle das, weil ich im gleichen Zusammenhang auf unsere Bemühungen, die Kinderlähmung einzudämmen, zu sprechen kommen will. Ich möchte Herrn Landesrat Koren für seine Initiative auf diesem Gebiet danken. Es ist die Zeit zu kurz, um Endgültiges sagen zu können, fest steht aber, daß von allen österreichischen Bundesländern die Steiermark führend ist. Gegen 200.000 Personen wurden bei uns geimpft, die Erfolge sind durchaus befriedigend.

Hohes Haus! Vor einigen Monaten ist lebhaft diskutiert worden die Einrichtung eines sogenannten Volksgesundheitsdienstes. Ich will vorwegnehmen, daß die Bekämpfung von Seuchen schon wesentlich etwas ist, was wir als Volksgesundheitsdienst verstehen. Der Sozialminister hat im Parlament und anlässlich eines Interviews, das er einer Wochenzeitung gegeben hat, erklärt, daß er nicht beabsichtige, unter dem Titel Volksgesundheitsdienst etwas Neues einzuführen, sondern vielmehr der Meinung ist, daß das jetzige Prinzip unserer Krankenkassen genüge und es nur darauf ankomme, diese Krankenkassen zu reformieren. Ich darf diese Feststellung begrüßen und jetzt auf die Krankenkassen zu sprechen kommen.

Um Irrtümer zu vermeiden, muß ich eines vorwegnehmen: es ist selbstverständlich, daß die Krankenkasse notwendig ist. Ich glaube, daß unsere Krankenkassen, wie sie heute sind, besser sind als ihr Ruf. Wenn wir dennoch Kritik üben, so müssen wir eine positive Kritik üben im Interesse des Volksganzen, im besonderen dann, wenn wir bessere Kassen wünschen. Der allgemeine Zug zur schablonenhaften Vermassung wird kaum wo sichtbarer als bei unseren Krankenkassen. Hier ist die Beziehung zwischen Menschen weitgehend verlorengegangen und von einem unpersönlichen Apparat verdrängt worden. Dieser Zustand hat nachteilige Folgen, nicht nur für den einzelnen, sondern auch für die zweckmäßige Gebarung der Anstalten. Lieber werden auch große Beträge bezahlt, bevor man sich zu einer menschlichen Lösung eines Falles entschieden hat, lieber nimmt man Verärgerungen und Verzögerungen durch eine sinnlos gewordene Verbürokratisierung in Kauf, bevor man es wagt, an die mögliche Änderung bevorstehender Verordnungen zu denken. Da kann ein Patient mehrere Wo-

chen länger im Krankenhaus bleiben, weil der zur Anschaffung eines Stützmieters fehlende Betrag nicht aufgebracht werden kann. Dieser Patient hat eine schwere Wirbelsäulenoperation mitgemacht und darf aus medizinischen Gründen ohne Stützmieter nicht aufstehen. Die Krankenkasse bezahlt dieses Mieter nur teilweise, den Restbetrag von 200 S hätte der Patient beizutragen. Der Patient ist aber völlig mittellos, da er schon Monate vor der Operation arbeitsunfähig war. Das Mieter kann also nicht bezahlt werden und der Patient bleibt in einem Krankenhausbett weiterhin liegen. In einem Bett, für das die Krankenkasse brav und willig täglich über 50 S bezahlt; in 4 Tagen also mehr als der strittige Betrag ausmachen würde. Das sieht der zuständige Chefarzt der Krankenkasse auch ein. Aber eine außerordentliche Leistung an Mitglieder kann nur von einem bestimmten Ausschuss bewilligt werden, und der tagt nur sehr selten. Also heißt es zuwarten und natürlich auch zahlen. Bis endlich nach Alarmierung durch das Krankenhaus die Fürsorge einspringt und den Fall nach Anlaufen beträchtlicher Kosten für die Krankenkasse erledigt.

So muß also das Krankenhaus Sorge dafür tragen, wie dem Patienten die Entlassung ermöglicht wird. Auf der anderen Seite verlangt man vom Krankenhaus aber auch, daß von ihm ausführlich begründet wird, warum eigentlich der und jener im Krankenhaus als Patient behandelt wird. Und diese sogenannten Verlängerungsanträge müssen bearbeitet werden, obwohl sie eine wesentliche zusätzliche Belastung der Verwaltungsarbeit bedingen und nach übereinstimmender Ansicht der Chefarzte, der Krankenkassen- und der Spitalsärzte vollkommen sinnlos sind, denn es ist sich ohnedies jeder darüber im klaren, daß man den Angaben der behandelnden Ärzte ja doch auf alle Fälle glauben muß. Man belastet aber trotz allem die Krankenhäuser mit weiteren Aufgaben, obwohl diese ohnedies nur etwa die Hälfte der anfallenden Kosten verrechnen und darüber hinaus noch Sonderabatte gewährt werden.

Diese geschilderte Maßnahme kann aber auch zu geradezu gefährlichen Komplikationen führen. Jedes Kind weiß heute, daß ein Herzinfarkt eine schwere Krankheit ist, die oft den Tod zur Folge hat und auf alle Fälle eine vielwöchige Behandlung erfordert. Aber bei der Bundeskrankenkasse weiß man das scheinbar noch nicht. Da kann es passieren, daß ein Verlängerungsantrag, auf dem die Diagnose „Herzinfarkt“ verzeichnet ist, „mangels ärztlicher Begründung“ abgelehnt wird. Wenn man weiß, mit wieviel Mühe und Sorge die auch äußerst kostspielige Behandlung in einem solchen Falle verbunden ist, wird man verstehen, daß die Aufforderung an den behandelnden Arzt, sich noch zu rechtfertigen, warum er für die Behandlung so lange braucht, und einem anonym bleibenden Direktor die Bedeutung eines Herzinfarktes zu erklären, als freche Herausforderung aufgefaßt wird. Da man aber auch gleich dem schwerkranken Patienten mitteilt, daß ihm ein weiterer Spitalsaufenthalt vorerst nicht bewilligt und ein solcher erst von weiteren Formalitäten abhängig gemacht wird, dann setzt man ihn in fahrlässiger Weise einer Aufregung aus, die bei der Eigenart der genannten Erkrankung den Tod des Patienten bedeuten kann.

So werden also aus dem Ungeist der Kassenbürokratie denn doch Dinge gemacht, die einmal aufgezeigt werden müssen, weil sie im Interesse der Versicherten dringend einer Abhilfe bedürfen.

Man hat sicher auch bei den Kassen den Willen zum Sparen. Aber nicht im eigenen Bereiche, sondern das sollen die behandelnden Ärzte besorgen. Sie sollen vor allem billiger und weniger rezeptieren. Da hat man sich ein feines System zurechtgelegt. Man hat sich aus der Summe der in Evidenzzahlen aufliegenden Behandlungsfälle einen Durchschnitt errechnet, und der Arzt, der den Durchschnitt überschreitet, ist schon einmal suspekt, und wer ihn zu hoch überschreitet, wird vorgeladen und hat sich wie ein Angeklagter zu verantworten. Man übersieht natürlich, daß ein Durchschnitt aus niederen und auch hohen Leistungen resultiert und daß eine Ausschaltung der überdurchschnittlichen Leistungen den Durchschnitt solange drücken muß, bis sich die Ausgaben für Medikamente praktisch aufhören; dann könnten sich die Kassen wohl anderen Aufgaben zuwenden. Evidenzzahlen hin, Evidenzzahlen her, evident ist dabei nur das eine, daß das genannte System völlig unmöglich ist.

Dabei liegen die durchschnittlichen Medikamentenkosten in Österreich mit 115 S im Jahr pro Einwohner weit unter dem europäischen Durchschnitt. So werden in Schweden für denselben Zweck 270 S ausgegeben, in der Schweiz sogar 600 S. In den USA sind die Ausgaben seit 1945 für den Medikamentenaufwand um 1100% gestiegen und betragen jetzt 540 S pro Kopf und Jahr.

Sicher gibt es auch das, was man als Medikamentensucht bezeichnet und was allgemein abgelehnt werden muß. Aber es muß andererseits auch festgestellt werden, daß die durchschnittliche Lebenserwartung in Österreich um immerhin Beträchtliches niedriger ist als z. B. in den genannten Ländern. Die entsprechenden Zahlen lauten:

Österreich: Männer, eine durchschnittliche Lebenserwartung	61'9 Jahre,
Frauen	67 Jahre;
Schweiz: Männer	66'4 Jahre,
Frauen	70'9 Jahre;
USA: Männer	67'8 Jahre,
Frauen	73'7 Jahre.

Sicher ist die höhere Lebenserwartung in anderen Ländern nicht nur im höheren Medikamentenverbrauch begründet.

Aber die Zahlen müssen doch zu denken geben. Wenn man mit irgendwelchen Pauschalierungen die Ärzte einengt und sie bei der Verschreibung von Medikamenten mit Bedrohung ihrer Existenz unter Druck stellt, so muß sich das gefährlich auswirken.

Wir wollen also im Interesse der Volksgesundheit eine Reform der Krankenkassen. Das ASVG ist leider den kleinen Kassen feindlich eingestellt und läßt eine Neugründung von solchen nicht zu. Dann muß man aber doch wenigstens eine Demokratisierung der bestehenden Krankenkassen herbeiführen. Man muß kleinen Gemeinschaften von Versicherten ein Eigenleben ermöglichen. Nur so wird die unbedingt erforderliche Selbstkontrolle der Versicherten möglich sein, die in konkreter Beachtung des

Falles alle Übergriffe von seiten der Behandler und der Behandelten ausschalten und an die Stelle der Nummern wieder Menschen setzen können. Und noch eines. Die freie Arztwahl ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Warum verweigert man den Versicherten so hartnäckig das Recht, sich auch seine Versicherung wählen zu können? Eine gesunde Konkurrenzierung würde sich jedenfalls vorteilhaft auswirken.

Wir brauchen wieder die Autorität und Verantwortlichkeit des Arztes genauso wie das Vertrauen der Patienten zu einem freigewählten und in seiner Tätigkeit unabhängigen Arzt. Wir brauchen vor allem Krankenkassen, die nicht durch Verordnungen und Statuten eingeengte enteelte Apparate sind, sondern die denkenden und mitfühlenden Menschen die Möglichkeit geben, als echte Vermittler den Notleidenden Hilfe angedeihen zu lassen.

Heute sind unsere Kassen in weitem Bereich verknöcherte, monopolisierte Zwischenhändler auf dem Gebiete des Gesundheitswesens geworden. Sie haben für fast alles eine Verordnung oder ein Rezept. Es fehlt nur das Rezept zur Behandlung kranker Krankenkassen. Und gerade dieses wäre aktuell, denn es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Würde, Freiheit und Sicherheit des Menschen. So viel über die Krankenkassen.

Der Volksgesundheitsdienst beschränkt sich aber nicht nur auf die Verhütung von Seuchen und auf die Krankenkassen, es gibt darüber hinaus zweifellos noch eine große Zahl von Aufgaben, die der Öffentlichkeit zufallen. Ich darf feststellen, daß auch auf diesem Gebiet der Landesvoranschlag für das kommende Jahr erfreuliche Ansatzpunkte bietet. Es soll eine Stelle eingerichtet werden, an der die frühzeitige Erkennung einer Krebserkrankung ermöglicht wird. Weiter wird es notwendig sein, daß das Land Steiermark sich intensiv mit der Heranbildung von Säuglingsschwestern befaßt, denn wir werden eine große Zahl davon in Zukunft brauchen. Wir müssen dabei daran denken, daß die Spezialisierung sich nicht nur auf die Ärzte beschränkt, sondern auch im Schwesternberuf bereits Platz gegriffen hat. Eine Säuglingsschwester muß eine andere Berufsausbildung erfahren als eine andere Krankenschwester, und es wird sich daher als zweckmäßig erweisen, schon von Grund auf eine Trennung zwischen diesen beiden Berufssparten vorzunehmen. Wir werden eine Tatsache zu beachten haben, auf die ich besonders aufmerksam machen will, nämlich, daß die Zahl der Frühgeburten im Laufe von zwei Jahren von 8 Prozent auf 14 Prozent angestiegen ist. Das ist nicht nur ein medizinisches Problem, sondern das ist auf die Frauenarbeit zurückzuführen, und es ist schon öfter auf diesen Punkt auch von meinen Vordnern hingewiesen worden. Es ist auch darauf hingewiesen worden, daß man versuchen soll, die Hebammen in diese Frage einzuschalten, man muß den schwangeren, arbeitenden Frauen erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Es ist auch von der Landesregierung in dieser Frage einiges vorgesehen, nur ist die Durchführung etwas langsam.

Darf ich mich nun der Stellung der Ärzte im Rahmen des Gesundheitsdienstes zuwenden. Die Lage der Ärzte hat sich durch die Tatsache, daß

der Stellenplan nicht erfüllt werden kann, verschärft. In vielen Krankenhäusern ist es so, daß es bereits ausgeschlossen ist, den Ärzten die notwendige Freizeit zu gewähren, die Arbeit dieser Ärzte ist mit gewaltigen Mehrleistungen verbunden. Wir wissen, daß dieser Zustand in einem Jahr noch ein bedeutend ernsterer wird. Wir sind der Meinung, daß es nicht der Sinn sein kann, daß das Land an einem Ärztemangel profitiert, sondern daß das Land den Ärzten mehr zahlen soll. Man wird schon im Hinblick auf die 45-Stunden-Woche die Mehrleistung entlohnen müssen, und es wurde schon darauf hingewiesen, daß der hiefür notwendige Betrag im Budget vorgesehen ist. Ich darf hoffen, daß sich auch die Frage der Spitalsärzte in Kürze einvernehmlich wird regeln lassen. Von den praktischen Ärzten wurde gesagt, daß sie glänzend verdienen, auch im Parlament wurde diese Frage angeschnitten. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß die Beträge, die im Durchschnitt 10.000 S ausmachen, kein Verdienst sind, sondern ein Umsatz. Der Arzt muß ja seinen Haushalt, seine Ordination, sein Fahrzeug, sein Telefon bezahlen, er hat keinen Urlaub, er hat keine Altersversorgung, er bekommt das Geld nur 12mal und nicht 13- oder 14mal, das muß man alles berücksichtigen. Wenn man schon Zahlen nennt, so muß das alles erklärt werden. Es heißt z. B., es gibt zu wenig Zahnärzte. Es wissen aber viele nicht, daß der Beruf des Zahnarztes zusätzlich zum Medizinstudium noch 4 Semester Studium verlangt. Es ist derzeit auch nur eine geringe Zahl inskribiert. Es wird daher notwendig werden, darauf aufmerksam zu machen, daß Ärzte, die Zahnheilkunde studieren wollen, vom Land ein Stipendium bekommen.

Ich möchte noch einmal als Erinnerungspost anmelden die große Bedeutung, die wir alle den Distriktsärzten und Schulärzten zumessen. Schauen Sie, daß diese Distriktsärzte und Schulärzte, die ständig die Verbindung zum Volke aufrecht erhalten sollen, die Möglichkeit dazu haben, ihren Aufgaben auch gerecht zu werden. Nur dann wird es möglich sein, eine gesunde einsatzfähige Jugend im breiten Ausmaß heranzuziehen.

Zum Schlusse möchte ich noch auf das Defizit der Krankenanstalten zu sprechen kommen. Das Defizit der Krankenanstalten belief sich auf 74 Millionen Schilling im vergangenen Jahr, darüber hinaus wurden für Bauten, die im ao. Haushalt finanziert wurden, von 51 Millionen Schilling 33 Millionen Schilling für Krankenanstalten verwendet. Es sind jedenfalls immer steigende Beträge, die wir für die Krankenhäuser und die Neuerrichtung von Krankenhäusern aufwenden. Ich will nicht eine Diskussion heraufbeschwören, was notwendig und zweckmäßig und überflüssig ist, sondern ich will feststellen, daß wir diese gewaltigen Leistungen begrüßen und stolz darauf sind. Wir wissen, daß es die Aufgabe des Landes ist und bleiben muß, für jene einzutreten, die sich nicht selbst helfen können. Ich will allen jenen danken, die in diesen Krankenanstalten ihren nicht leichten Dienst tun und im kommenden Jahr erst die 45-Stunden-Woche erlangen werden. Wir freuen uns, daß die in diesem Budget bedeckten Beträge für die Errichtung des Kinderspitals vorgesehen sind und vom Finanzministerium bereits die Zusage vorliegt, daß der

Bund seinen Anteil dazu leisten wird. Wir freuen uns, daß die bedeckten Beträge für die Errichtung des neuen Operationstraktes für die chirurgische Klinik und für die endgültige Fertigstellung des Krankenhauses in Wagna, das in diesem Jahr teilweise eröffnet worden ist, vorliegen.

Darf ich noch einige Anregungen zu diesen Krankenhäusern bringen? Wir stellen fest, daß wir uns klar und ohne Umschweife zur jetzigen Führung der Krankenhäuser bekennen. Wir wissen, daß die Behandlung der Patienten in den Krankenhäusern von Jahr zu Jahr kostspieliger wird. Was wir hier zu sagen haben, bitte ich durchaus positiv auffassen zu wollen. Die Isolierabteilungen sind in mehreren Krankenhäusern aufgelassen worden, und es konnten mehrere dieser Abteilungen, die heute nicht mehr notwendig sind, anderen Zwecken zugeführt werden. So ist in Fürstenfeld ein Personalhaus entstanden, in Voitsberg eine Geburtsstation, und es ist eine durchaus erfreuliche Entwicklung und dankbar festzustellen, daß hier zweckmäßig etwas durchgeführt wurde, was die Zeit ermöglicht hat. Es wird darüber hinaus notwendig sein, daß ganz allgemein bei unseren Krankenanstalten auf eine Schwerpunktbildung gesehen wird. Es wird nicht möglich sein, überall, an jedem Ort alles zu tun. Es wird notwendig sein, festzulegen, wo der entsprechende Schwerpunkt entsteht, der für die größten Eingriffe eingerichtet ist. Es wird weiter notwendig sein, sich nach Mitteln und Wegen umzusehen, wie man die innere Organisation unserer Krankenhäuser noch bessern kann. Das ist einzig möglich durch eine Vereinfachung. Es wird vor allem notwendig sein, daß man sich überlegt, ob man nicht bei Planung der Krankenanstalten auch einen Arzt der Sanitätsdirektion heranzieht. Heute ist es so, daß der Sanitätsdirektor Prüfungskommissär für Staatsbürgerkunde bei den Schwestern ist und andererseits Juristen die Planung der Krankenanstalten beurteilen. Ich darf mir da nur die bescheidene Bemerkung erlauben, daß mir das verkehrt vorkommt. Es müßte doch eine Möglichkeit gegeben sein, daß man ärztlicherseits auch Menschen heranzieht, die einen Überblick haben und bei den Krankenhausneubauten auch gefragt werden. Ich weiß, was der Herr Landesrat mir hier antworten wird, daß er eine Koordinierung beabsichtigt. Wir haben aber z. B. eine Stelle zur Behandlung von körperlich Versehrten mit Unterwasserbehandlung auf der chirurgischen Klinik und eine ähnliche Institution in der Nervenklinik, eine Neuanlage ist im Kinderspital nun auch noch vorgesehen. Schaffen wir doch lieber ein Zentrum, das diese Behandlung in geeignetem Maße für alle Patienten rationell durchführt.

Zum Schlusse möchte ich noch zu sprechen kommen auf die großen und dankbarst anzuerkennenden freiwilligen Leistungen auf dem Gebiete des Sanitätswesens. Ich möchte hier erwähnen das Rote Kreuz mit seiner großen Anzahl von freiwilligen Helfern, die aktiv mithelfen im Gesundheitsdienst des Landes und durch Schaffung einer Einrichtung für 1 Reservespital einen wertvollen Beitrag getan haben, weiters an die Leistung der geistlichen Schwestern im vergangenen Jahr. 10 Millionen

Schilling sind dem Lande durch ihre Arbeitskraft erspart worden. Man sagt allgemein, wir leben in materiellen Zeiten, es ist aber dann doch so, wenn es zu einer Katastrophe kommt, ist die ganze Welt bereit, zu helfen. Übersehen wir über diesen Einsätzen bei besonderen Anlässen nicht die Notwendigkeit, zu helfen dort, wo immer Not ist. Die Opfer von Verkehrsunfällen, die einsamen Kranken, die Krebsleidenden, alle bedürfen unserer Hilfe. Wir werden diese Hilfe weiterhin leisten müssen und wollen. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß genug Mittel bereitgestellt und daß sie gut eingesetzt werden. Wir dürfen feststellen, daß wir mit dem bisher Erreichten zufrieden sein können und daß es möglich sein wird, auf diesem Gebiete erfolgreich in Zukunft gemeinsam zu arbeiten. (Allgemein sehr lebhafter Beifall.)

Abg. **Neumann:** Hoher Landtag! Es sei mir gestattet, die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses von den Krankenanstalten auf die Sorge für die Jugend zu lenken. Es ist im Zusammenhang mit den Krankenanstalten und mit der Erhaltung der Gesundheit im Laufe dieser Voranschlagsverhandlungen sehr oft im positiven Sinne von der Jugend gesprochen worden. Es sei mir als langjährigem Jugendführer gestattet, für diese positiven Bemerkungen ein Wort des Dankes zu sagen. Ich möchte im Anschluß an den Abg. Bammer zu Kapitel 5, Unterabschnitt 561, „Allgemeine Jugendförderung“ einige Worte sagen.

Dieser Unterabschnitt sieht 1,761.000 S für die Jugendförderung vor. Hohes Haus! Es ist mir ein Bedürfnis, auch dafür, für diese betonte Jugendförderung des Landes Steiermark, dem Lande den Dank der jungen Generation zu übermitteln. In der Jugendförderung steht das Land an der Spitze aller österreichischen Bundesländer. Ich glaube, daß damit unser Land sich ein Denkmal im Herzen unserer Jugend und damit ein Denkmal für die Zukunft gesetzt hat. Ein schönes Sprichwort sagt: Man mag Häuser und Schlösser bauen, sie werden zerfallen, man mag Reiche gründen, sie werden zusammenstürzen; wer aber in die Herzen der Jugend baut, der baut für die Ewigkeit. Aus der Praxis können wir immer wieder feststellen, daß die Gelder mit derselben Liebe und Verantwortung, mit der sie vom Lande über das Landesjugendreferat aufgebracht werden, auch stets Verwendung finden. Seine oberste Aufgabe sieht das Landesjugendreferat darin, die Jugend in Gemeinschaften zusammenzuführen, die Jugend zur Gemeinsamkeit in den einzelnen Jugendverbänden zu gewinnen, um über diese Gemeinschaft der Jugend schon in jungen Jahren den Gemeinschaftssinn zu wecken, zu verstärken und zu fördern. Die Jugend wird dadurch für ihre späteren Aufgaben in der Familie, im Berufe, für ihre Aufgaben im Dorfe und in der Stadt, letzten Endes für ihre Aufgaben im Staate vorbereitet. Es sind an tausend uneigennützig tätige Jugendführer, die gemeinsam mit den Verantwortlichen im Landesjugendreferat, an der Spitze die Herren Professor Dr. Moser, Frank und Steiner, die weit über die Dienstzeit hinaus unterwegs sind, bereits 30% der gesamten steirischen Jugend in Jugendverbänden erfaßt haben.

Sie alle, Hohes Haus, kennen die fruchtbringende Tätigkeit der Jugendgemeinschaften. Ich möchte zunächst die Alpenvereinsjugend erwähnen. Ich möchte weiters die Tätigkeit der katholischen Arbeiterjugend, der katholischen Landjugend, der Gewerkschaftsjugend erwähnen, wir haben vom Kulturreferenten gehört, daß diese Jugend wesentlich beteiligt war an der Verschönerung unserer Heimat, an der Verschönerung von Bildstöcken usw. Von der Sportjugend hat Abg. Bammer gesprochen, ich kenne die Tätigkeit auch in der Turn- und Sportunion, wo ich selbst Mitglied bin, und man könnte noch von vielen anderen Verbänden reden. Ich möchte noch den Bund steirischer Landjugend erwähnen. Der Bund steirischer Landjugend ist eine Organisation, die rund 10.000 Mitglieder umfaßt, und seine Aufgabe ist nicht nur, die Landjugend fachlich und kulturell zu ertüchtigen, es hat dieser Bund steirischer Landjugend auch große wirtschaftliche Leistungen vollbracht. Es wurden z. B. 19 Millionen Forstpflanzen versetzt. Es ist diesem Bund steirischer Landjugend gelungen, durch sein mutiges, entschlossenes und sicheres Auftreten unserem Berufsstand neue Kraft und neuen Mut zu verleihen. Ich glaube, daß der Bund steirischer Landjugend dem Staat damit den größten Dienst erwiesen hat.

Hohes Haus, ich möchte auch noch auf eine besondere Schwierigkeit in der Jugendarbeit unserer Jugendverbände hinweisen. Vielfach sind unsere Jugendverbände noch gezwungen, ihre Heimstunden in Wirtshäusern abzuhalten. Ich kann wohl sagen, daß das nicht die richtigen Heime und Bildungsstätten für unsere Jugend sind. Auch hier war die Jugend nicht untätig. Die Jugend hat selbst die Initiative ergriffen. Es sind bis heute im Landesjugendreferat 250 Ansuchen für den Bau von Jugendheimen eingelangt, wofür eine Eigenleistung von 9 Millionen Schilling nachzuweisen ist. Unsere Bitte geht dahin, daß das Land noch mehr als bisher seine Aufmerksamkeit dem Bau von Jugendheimen widmet. Wir wissen schon, daß der Bau von Jugendheimen oder die Förderung der Jugend vor allem auch Aufgabe unserer Gemeinden ist. Wir wissen ebenso, daß Hunderte, vor allem von unseren schwachen Landgemeinden, nicht in der Lage sind, ihren Aufgaben nachzukommen, und Abg. Sebastian hat in seiner gestrigen Budgetrede von jenen Gruppen gesprochen, an denen das Wirtschaftswunder vorübergegangen ist. Er hat aber nicht unsere finanzschwachen Gemeinden erwähnt. Wenn es unabsichtlich war, möge es verziehen werden, wenn es eine Absicht war, dann muß ich sagen, ist es nicht vereinbar mit seinen Grundsätzen. Er hat erklärt, daß er Wahrhaftigkeit, Ritterlichkeit und Loyalität in den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellen möchte. Wir wissen, daß an diesen hunderten finanzschwachen Gemeinden das Wirtschaftswunder vorübergegangen ist und daß diese Gemeinden nicht in der Lage sind, die Jugend zu fördern. Es soll daher unsere Aufgabe sein, diese Gemeinden in ihrer finanziellen Besserstellung zu unterstützen, damit auch diese Gemeinden ihren Aufgaben gegenüber der Jugend nachkommen können. Ich möchte sagen, wir sollen nicht nur Kulturhäuser in den Gemeinden bauen und nicht nur Kulturreferate bei den

Gemeinden errichten, weil sich diese manchmal mit Aufgaben befassen, die ihnen nicht zustehen würden. Ich möchte sagen, nicht nur Kulturhäuser und Kulturreferate, sondern auch Jugendheime für unsere Jugend in den einzelnen Gemeinden sollen errichtet werden. Unsere Jugend sieht Kultur nicht nur von der Warte des Kulturhauses, des Kulturreferates bei den Gemeinden, unsere Jugend ist Pfleger der Kultur. In diesem Hohen Hause ist auch über Altersheime viel gesprochen worden, wir freuen uns, daß dafür viel Verständnis herrscht. Es wird Grundsatz einer guten Jugend sein, auch für das Alter zu sorgen. Aber nicht nur Alters-, sondern auch Jugendheime!

Hoher Landtag, zu einer besonderen Aufgabe des Landesjugendreferates zählt es auch, den guten und wertvollen Film zu fördern. Man ist mit Erfolg bemüht, den guten und wertvollen Film in der Bevölkerung und Jugend zu verbreiten. Wir würden wünschen, wenn die vom Steiermärkischen Landtag bereits vor einem Jahr ergangene Empfehlung auf Steuerermäßigung für wertvolle Filme in allen Gemeinden zur Durchführung käme.

Hohes Haus! Eine besonders schöne und besonders erfreuliche Einrichtung für unsere Jugend sind die Jungbürgerfeiern, die heute in allen Gemeinden zur Durchführung kommen. Ich sehe immer wieder das feierliche und ernste Gesicht der Jugend, wie sie aus der Hand des Bürgermeisters den Jungbürgerbrief in Empfang nimmt und über die staatsbürgerlichen Pflichten und Rechte aufgeklärt wird.

Aber, Hand auf das Herz, nicht alles, was die Jugend vom Staat heute hört, ist immer erfreulich. Es ist leider so, daß die Politik bei der Jugend keinen sehr guten Klang hat. Die Jugend versteht unter Politik die Parteien, die sich auf Bundesebene im Koalitionspakt alles aushandeln und auspackeln, so daß oft die von der Verfassung bestimmten demokratischen gesetzgebenden Stellen nicht mehr richtig zum Tragen kommen. Es möge unser steirisches Beispiel gelten. Im Steiermärkischen Landtag ist es noch so, daß die gesetzgebenden Stellen wirklich diskutieren, daß beraten wird, daß die Möglichkeit besteht, abzustimmen, und daß Demokratie grundsätzlich herrscht. Wenn Dr. Hueber erklärte, er ist glücklich und froh darüber, daß die Freiheitlichen keine Verantwortung für dieses Budget des Landes getragen haben, dann muß ich Ihnen sagen, Herr Dr. Hueber, die steirische Jugend ist stolz auf jene Männer, die in diesem Land seit 1945 die Verantwortung getragen haben und dieses Land durch ihre demokratische Haltung und Verantwortung bewußt zu einem besseren Leben für alle Bewohner geführt haben. (Beifall bei ÖVP.) (Abg. DDr. Hueber: „Das ist eine Vermessenheit, junger Kollege, wie Sie so im Zusammenhang mit der steirischen Jugend sprechen können! Auch wir haben eine Jugend, die aber nicht in Ihrem Geist erzogen wird!“)

Hoher Landtag, wir sollen an eines immer denken, machen wir die Jugend vertraut mit den Problemen der Gegenwart und der Zukunft. Sie wird immer ein williges Ohr für alle Probleme haben. Die Jugend wird vor allem ein helles Ohr haben für die Bestrebungen eines Staates, die dazu ange-

tan sind, mit den Nachbarländern in eine enge wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit unter Wahrung der Eigenständigkeit zu treten. Sie wird immer den Gedanken eines wirtschaftlich vereinten Europas vertreten. Die Jugend, sie ist bereit, nicht mit den Waffen in der Hand, jedoch in Gemeinschaft und geistigem Wettstreit in wirtschaftliche Zusammenarbeit mit allen Ländern zu treten, sie ist bereit, Brücken zu schlagen von Herz zu Herz, von Stand zu Stand, von Land zu Land.

Was soll aber die Jugend darüber denken, wenn, wie wir vom Generalredner gehört haben, Minister Kreisky den Russen zu hörig und deshalb ablehnend gegenüber der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft war? Was soll man denken, wenn Herr Dr. Pittermann erklärt, wir können mit Ländern keine enge Verbindung eingehen, die andere Weltanschauungen als wir vertreten. (Landesrat Maria Matzner: „Unerhört, er fängt schon wieder an!“) Dies kann sich manchmal direkt unverantwortlich auf unser Bestreben auswirken, die Jugend mehr als bisher für das öffentliche Leben zu interessieren und zu gewinnen. (Abg. DDr. Hueber: „Besonders dann, wenn die Korruption in der Volkspartei aufhört. Zahlen Sie die 23 „Haselgruber“-Millionen zurück, dann wird sich die Jugend für Politik interessieren.“) Das ist nicht die ÖVP. (Abg. DDr. Hueber: „Zahlen Sie die 23 Millionen zurück. Das stößt die Jugend ab, diese Korruption. Dafür hat die Jugend ein Ohr.“) Das ist nicht Sache der ÖVP. (Abg. DDr. Hueber: „Wer hat die 23 Millionen, die Holzer von ihm kassiert hat? Der Polcar hat sie eingesteckt. Raab hat gesagt, er zahlt sie zurück. Ja, am St. Nimmermannstag! Kommen Sie nicht mit einem solchen Mist daher hier im Landtag.“) (Abg. Dr. Pittermann: „Sie haben schon einmal die Jugend verführt.“) Wir sollen immer offen mit unserer Jugend diskutieren und offen mit ihr sprechen. Ich möchte noch eines erwähnen, daß unsere Jugend ein helles Ohr für jene Worte hat, die wir immer von unserem Landeshauptmann hören, der immer wieder erklärt, daß wir in Steiermark am südöstlichen Ausgang des deutschen Sprachraumes unsere abendländischen Grenzen zu verteidigen haben, daß diese Grenze nicht nur Landesgrenze, sondern Kulturgrenze darstellt, und für solche Worte hat die Jugend helle Ohren, und wir besprechen mit der Jugend diese Probleme. (Abg. DDr. Hueber: „Auch für Eure Steuerhinterziehungen hat die Jugend ein helles Ohr!“) (Landesrat Pirisch: „Wir haben keinen Rechtsanwalt zum Vertuschen gebraucht.“) (Abg. DDr. Hueber: „Das ist doch zu dumm! Ich werde doch nicht Ihre Sache vertuschen.“) (Abg. Dr. Pittermann: „Wieviele haben Sie verdient dabei?“) (Verschiedene Zwischenrufe, Lärm, Glockenzeichen.) Auch für diese Dinge hat die Jugend ein helles Ohr. Fehler können immer passieren. Es muß erst untersucht werden, wieweit Fehler vorliegen, und der Charakter eines Menschen zeigt sich, wenn die notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Für diese Dinge hat sich die Jugend ein gesundes Ohr bewahrt. (Abg. Bammer: „Die Wähler auch!“) Ich möchte noch auf eines hinweisen. Unsere Jugend braucht immer wieder Vorbilder. (Zwischenruf Abg. DDr. Hueber.) (Gegenruf: „Hören Sie

endlich auf!") (Abg. DDr. Hueber: „Sie werden mir doch nicht Zwischenrufe verbieten können.“)

Die Jugend braucht Vorbilder, und ein solches Vorbild wurde der steirischen Jugend durch das steirische Gedenkjahr, durch den Erzherzog Johann von Österreich vor Augen geführt in wirtschaftlicher, kultureller, in schulischer und sozialer Hinsicht, in Heimatliebe und Treue. Verpflanzen wir dieses Vorbild in die Herzen unserer Jugend, sie wird es uns reichlich danken. Geben wir ihr Vorbilder und Ideale, geben wir ihr aber auch als Land die finanzielle Möglichkeit, sich auf ihre späteren Aufgaben vorbereiten zu können. Die Jugend wird immer bereit sein, mit uns die Heimat zu gestalten. Möge es in gemeinsamer verantwortungsvoller Arbeit immer gelingen, das Antlitz der Heimat so zu gestalten, daß es den Verantwortlichen zur Ehre, dem Land und seinen Bewohnern stets zum Nutzen und Segen gereicht. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. Gruber: Hoher Landtag! Wenn man in den letzten Jahren die Entwicklung der Debatte in diesem Hohen Hause über die Gruppe 5 beobachtet hat, so ist sehr erfreulich, welche Wendungen sich hier bei Betrachtung der Dinge doch schon vollzogen haben. Waren es einstmals die Krankenanstalten, die zu unqualifizierbaren Angriffen der ÖVP geführt haben, so kann uns heute das, was Abgeordneter Stöffler nun in der Generaldebatte gesagt hat, nur erfreuen. Wir begrüßen es außerordentlich, daß er sich zur Ansicht durchgerungen hat, daß für den Sektor der Krankenhäuser mehr und mehr getan werden müsse, weil die Frage der Volksgesundheit von so eminenter Bedeutung ist, daß sie nicht mehr am Rande behandelt werden kann. Eine Erhöhung dieser Posten ist also notwendig, und einige besonders erfreuliche Posten sind der Bau der Kinderklinik in Graz, der Ausbau des Landeskrankenhauses Leoben und noch einige weitere Ausbaumöglichkeiten.

Für mich als Vertreter des Bezirkes Bruck fällt in diese erfreulichen Betrachtungen ein kleiner Wermutstropfen. Wir haben mit unserem Landeskrankenhaus außerordentlich große Sorgen. Es ist ein altes Objekt, das vor zirka 80 Jahren erbaut wurde. 1931 ist die chirurgische Abteilung dazugebaut und in den letzten Jahren ist eine Reihe von wirklich anerkennenswerten Verbesserungen vorgenommen worden. Die Bevölkerung des Bezirkes Bruck ist sehr stark angewachsen. Die schnelleren und besseren Straßen führen bedauerlicherweise gerade in diesen Gebieten dazu, daß die Unfallsziffern ständig im Steigen begriffen sind, so daß das vor der Jahrhundertwende errichtete Landeskrankenhaus Bruck an der Mur in keiner Weise mehr den Anforderungen von heute gewachsen ist. Im Landeskrankenhaus Bruck haben wir 118 Betten in der Chirurgie, 112 Betten in der Internen, 80 Betten in der Frauenabteilung und 46 Betten in der Infektionsabteilung. Diese Betten sind nicht alle in den Zimmern aufgestellt, sondern zum Teil auf den Gängen und in den Nebenräumen. Im abgelaufenen Jahr 1959 mußten über 150 Menschen, die Aufnahme suchten, abgewiesen werden, weil einfach keine Betten frei waren. Es ist allgemein bekannt, daß wir noch immer an einem starken Mangel an Spitalsbetten leiden, und mir hat

erst vor ein paar Tagen ein Fachmann gesagt, daß auch in Graz 1000 Krankenbetten fehlen sollen. Trotzdem kommt es oft vor, daß Verkehrsunfälle, welche in den Krankenhäusern Leoben und Bruck abgewiesen werden, nach Graz fahren müssen.

Im Jahre 1945 hat man sich schon Gedanken um den Neubau des Landeskrankenhauses Bruck gemacht. Es waren dies sehr weitgesteckte Pläne, man wollte das Krankenhaus von dem Verkehrsdreieck, wo es jetzt ist, in eine ruhigere Gegend verlegen. Das ist daran gescheitert, daß die erforderlichen Mittel nicht aufzubringen waren und andererseits Bedürfnisse in den anderen Bezirken vorhanden waren, die bevorzugt behandelt werden mußten. Nun müßte aber Bruck dringend an die Reihe kommen. Es würde die Möglichkeit bestehen, auf dem vorhandenen Grundstück einen Erweiterungsbau vorzunehmen. Bei einer Besprechung der verantwortlichen Stellen in Bruck wurde der Gedanke geäußert, daß es zweckmäßig wäre, die Isolierabteilung abzutragen und durch einen Neubau zu einer Trennung der chirurgischen und internen Abteilung zu kommen und die Isolierabteilung im Anbau des Hauptgebäudes unterzubringen. Es gibt auch eine Reihe anderer Gedanken. Leider ist aber im Budget für das Jahr 1960 noch kein Betrag vorgesehen. Ich würde die Anregung machen, sich im nächsten Jahr grundsätzlich mit der Planung des zukünftigen Neubaus auseinanderzusetzen, so daß, wenn in den Jahren 1961 oder 1962 Mittel zur Verfügung sind, die Planung entsprechend ausgereift ist, und ein wirklich zweckmäßiger und allen Anforderungen entsprechender Erweiterungsbau oder Neubau für das Landeskrankenhaus Bruck an der Mur errichtet werden könnte.

Nun gestatten Sie mir, daß ich noch zu einem anderen Problem Stellung nehme. Die Krankenkassen sind wiederum die Zielscheibe der Angriffe der ÖVP und es gibt eine Reihe von Vorschlägen, wie man sie verbessern und reformieren könnte. Ich habe Gelegenheit gehabt, im heurigen Jahr eine Studienreise durch die Vereinigten Staaten zu machen. Ich habe eine Reihe von privaten Krankenkassen besucht und darf sagen, daß diese sehr froh wären, wenn sie eine ähnliche Krankenkassenorganisation hätten, die die finanziellen Lasten für die Patienten trägt, wie das bei uns der Fall ist. Es geht viel weiter. Es ist so, daß man Klage darüber führt, daß bei der Bevölkerung hinsichtlich der Zahnbehandlung ernstliche Mängel auftreten, weil durch das Barbezahlen die Behandlung so lange hinausgeschoben wird, bis sie unbedingt notwendig und nicht mehr zu umgehen ist. Es ist auch nicht unbekannt, daß es gerade bei den Eisen- und Stahlarbeiterstreiks darum gegangen ist, daß die Unternehmer die Sozialversicherungslasten übernehmen sollten. Es zeigt sich also auch in diesem Land der Freiheit sehr stark das Bestreben nach einer Sozialversicherung und nach einer Vereinigung in einer Gemeinschaft, die die Risiken besser tragen kann als der einzelne.

Nun noch ein paar Worte zum Abgeordneten Neumann, der sich als Vertreter der steirischen Jugend bezeichnet hat. Wenn Sie sich als Vertreter der steirischen Jugend fühlen, dürfen Sie nicht nur von der ÖVP-Jugend sprechen, sondern auch auf

die Leistungen der anderen Organisationen hinweisen. (LH. Krainer: „Hat er gemacht!“) (Zwischenruf bei OVP: „Besser aufpassen!“) Und auf den Angriff, den Sie gegen den Abg. Bammer gestartet haben, zurückkommend, möchte ich Sie schon bitten, bei der Wahrhaftigkeit, Ritterlichkeit und Loyalität zu bleiben.

Abschließend darf ich feststellen, um zum Ausgangspunkt zurückzukommen, daß ich an die Landesregierung die dringliche Bitte richte, die verantwortlichen Stellen mit der Planung des Landeskrankenhauses Bruck vordringlich zu befassen. (Beifall bei SPO.)

Abg. Hans Brandl: Hoher Landtag! Zur Errichtung und zum Ausbau von Jugendherbergen ist ein Betrag von 300.000 S vorgesehen. Auf Grund eines Antrages der sozialistischen Fraktion ist zweckgebunden von dieser Summe ein Betrag von 150.000 S für die Jugendherberge in Mariazell vorgesehen worden. Der Jugendherbergensverband, dem die Jugendherberge in Mariazell untersteht, hat das gemietete Objekt samt Grund käuflich erworben und damit die Voraussetzung für einen Umbau geschaffen, der dringend notwendig ist. In 60 Betten wurden im Jahr 1958 8000 Nächtigungen erzielt. Daß Mariazell, dieser weltbekannte Wallfahrtsort, der aber auch als Wintersportplatz und Fremdenverkehrsort seine Anziehungskraft hat, die wandernde Jugend haltmachen läßt, ist verständlich.

Gestatten Sie mir aber, meine Damen und Herren, daß ich zu den Jugendherbergen im allgemeinen und zum Jugendproblem im besonderen einiges sage. In Österreich betreuen das Jugendherbergswesen zwei Vereine, die, wie könnte es anders sein in unserem Land, in ihrer Führung politisch orientiert sind, aber natürlich in ihrem Wirkungskreis selbstverständlich jeden Gast gleich behandeln und aufnehmen, der kommt.

Der Jugendherbergensverband und das Jugendherbergengewerk besitzen in Österreich 70 Herbergen. In den 9 Herbergen des Jugendherbergverbandes in der Steiermark, in denen 700 Betten zur Verfügung stehen, werden im Jahre durchschnittlich 60.000 Nächtigungen erzielt. Die Benützung durch die Ausländer ist erfreulicherweise im Ansteigen begriffen und hat im vergangenen Jahr ein Drittel der Nächtigungen erreicht. In anderen Staaten ist das Jugendherbergwesen schon seit längerem entsprechend besser ausgebaut. Während bei uns erst nach 1946 die ersten Ansätze von Jugendherbergen festzustellen sind, feiert man in Deutschland bereits das 50jährige Jubiläum der Jugendherbergen. Die finanzielle Unterstützung durch den Staat, durch Land und Gemeinden ist in Deutschland bedeutend besser. Der Landesverband Rheinland des Jugendherbergengewerkes zum Beispiel, der alle politischen Jugendorganisationen einschließt, hat umgerechnet auf den Kopf der Bevölkerung pro Einwohner 1 S aus Mitteln des Landes Rheinland zur Errichtung und zum Ausbau von Jugendherbergen erhalten. Dazu kommen noch die Mittel des Bundes, des Bundesjugendplanes, der dort sehr stark dotiert ist. In Österreich wurde das wiederholt verlangt, leider aber bestehen keine Mittel der Länder, Bezirke und Städte; dagegen wirkt der

Beitrag, den wir von unserem Land aus zur Verfügung stellen, sehr bescheiden und es ist dringend an der Zeit, in näherer Zukunft hier etwas mehr zu tun.

Die Jugendherbergen haben nicht nur den wandernden jungen Menschen billige Verpflegung und Unterkunftsmöglichkeiten zu sichern, Schulturnusse, Kinderturnusse und Skikurse sind nicht nur aufzunehmen, sondern sie haben auch eine größere Erziehungsaufgabe. Das sind die Treffpunkte, wo echte menschliche Kontakte geschlossen werden, wo Herkunft und politische Gesinnung, Rasse und Religion keine Bedeutung haben und wo die jungen Menschen in gemeinsamen Erlebnissen die landschaftlich schöne Gegend unbeschwert genießen können. Die Heime sind aber auch Stützpunkte für wandernde Menschen, die trotz schmaler Geldbörse noch große Ziele vor sich haben und oft unter großen Entbehrungen, aber mit recht offenen Herzen sowohl das eigene Land als auch fremde Länder kennen und lieben lernen. Unsere Steiermark ist ohnehin ein an Naturschönheiten reich gesegnetes Land und ein immer größerer Strom von Menschen ergießt sich in den Urlaubsmonaten in unsere schönen Gebiete. Unsere Jugendherbergen nehmen nur einen kleinen Teil der jungen Menschen auf, und zwar jenen Teil, der mit Idealismus und Genügsamkeit mit dem Fahrrad, mit dem Moped, wenn es geht mit einem Motorrad sich die Schönheiten unserer Heimat erschließen will. Mit Ausnahme der Jugendherbergen von Schladming, Trautenfels und Neuberg hat der Jugendherbergensverband die Jugend durchwegs in gemieteten Objekten untergebracht, die oft den primitivsten Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Bezüglich der Forderung der Jugend nach dem Ausbau von Heimen stimme ich dem Abg. Neumann zu. Es ist zum größten Teil Sache der Gemeinschaft, zum großen Teil aber Sache des Staates. Wir alle, die wir die Verantwortung tragen sollen, dürfen uns nicht nur einer negativen Kritik über unsere Jugend anschließen, sondern wir haben den Problemen auf den Grund zu gehen; daß die Jugend von heute andere Ideale anstrebt als jene von anno dazumal, ist verständlich. Sie ist freier und unabhängiger, aber in ihrem Denken auch kritischer geworden. Die stürmische technische Entwicklung der letzten Jahrzehnte, die für eine Generation vom Beginn des Autos bis hinauf zu den Weltraumraketen geführt hat, sie hat auch unserer Jugend den Stempel aufgedrückt.

Diese stürmische Entwicklung hat aber auch Veränderungen in der gesamten Gesellschaftsform hervorgerufen. Viele Vorurteile sind gefallen und abgebaut worden und auch Privilegien mußten abgebaut werden. Die arbeitenden Menschen haben es auch in diesem Jahrzehnt einer gewaltigen technischen Entwicklung verstanden, durch ihre Organisationen sich eine Stellung in diesem Staate zu erkämpfen, ihr eigenes Leben dadurch besser zu gestalten und heute in Staat und Regierung mitzureden, aber auch mitzuverantworten. Der ununterbrochene Kampf der Gewerkschaften um bessere Bedingungen und bessere Löhne im Rahmen des Möglichen, der von den Sozialisten stets unterstützt wird, hat auch dahin Sinn und seine Auswirkung gefunden, daß heute ein Großteil der arbeitenden

Menschen sich auch einen bescheidenen Urlaub innerhalb oder auch außerhalb unseres Landes ver-gönnen kann. Die technische Entwicklung hat aber auch dazu geführt, daß den Menschen die schwersten Handgriffe abgenommen werden konnten, hat dazu geführt, daß es möglich wurde, von einstens unbegrenzter Arbeitszeit heute zu einer gesetzlichen Arbeitszeit und zu einer Verkürzung der Arbeitszeit zu kommen. Daß selbstverständlich eine verkürzte Arbeitszeit neben allgemeinen wirtschaftlichen Problemen auch das Problem der Freizeit auf-wirft, ist verständlich. Ich glaube, wir dürfen nicht in den Fehler vieler in unserem Lande verfallen, die glauben, diese 45-Stunden-Woche, die momen-tan besteht, ist falsch, führt dazu, daß die Jugend mit dieser gewonnenen Freizeit nichts mehr anfan-gen kann. Ich glaube, die Mitverantwortlichen in diesem Land und Staat haben die Pflicht, hier helfend einzugreifen und der Jugend bei ihren Pro-blemen, mit denen sie zu kämpfen hat, und die ja auch unsere allgemeinen Probleme sind, zu helfen und sie zu beraten. Wir werden diese Probleme nicht mit den Methoden von einst, sondern nur mit einem fortschrittlichen Denken überwinden können. Es herrscht manchmal in der Bevölkerung, und auch in diesem Hause ist schon darüber Klage geführt worden, die Anschauung, daß die Jugend von heute zu wenig Interesse am politischen Ge-schehen im allgemeinen hat. Ich gebe dies zu, möchte aber zu bedenken geben und dabei auf die Worte des Herrn Abgeordneten Neumann zu spre-chen kommen, der behauptet, die Jugend habe ein helles Ohr für alles, was in der Politik geschieht. Persönlich glaube ich, Herr Kollege Neumann, daß die Jugend auch ein offenes Ohr gehabt hat für den Debattenredner der ÖVP zu Beginn dieser Budget-debatte, dessen Rede dauernd nur von Lob für die eigene Partei und Herabsetzung des politischen Gegners durchzogen war, von dem schließlich jeder Österreicher weiß, daß er mit in der Regierung sitzt. Ich glaube, die Jugend, und vor allem die Landjugend hat auch ein offenes Ohr dafür, wenn im „Steirischen Bauernbündler“ z. B. im Zusammen-hang mit anderen Problemen steht, daß Vizekanzler Dr. Pittermann mit der Landwirtschaft nur eines gemeinsam hat, daß er ein hohes Vieh ist. (Rufe: „Hört, hört!“ bei SPÖ.) (Abg. Wegart: „Der eine ist ein Raubritter und der andere ist eben ein hohes Vieh!“) (Verschiedene Zwischenrufe, Unruhe, Glockenzeichen.) Ich habe das vorausgesehen. (Abg. Scheer: „Steht schon so in seinem Manuskript!“) Meine Damen und Herren, wir dürfen ja nicht ver-gessen in bezug auf die Probleme der Jugend und in bezug auf die Beteiligung der Menschen am poli-tischen Leben, daß ja in den vergangenen Jahrzehnten politische Mitverantwortung oft mit großer persönlicher Benachteiligung verbunden war, und daß die hohen Ideale der Menschheit, wie Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit, für die einst junge Menschen gekämpft haben, von den Diktatoren verzerrt und auf den Schlachtfeldern zweier Kriege zu einer bitteren Enttäuschung geworden sind. Ist es uns in unserem Land zum größten Teil gelun-gen, die materiellen Schäden dieser unglückseligen Zeit zu überwinden, so liegen die moralischen Aus-wirkungen doch tiefer als wir glauben.

Der Jugend wieder den Glauben an das Schöne, an das Ideale und an das Gute am Menschen und an der Politik zu geben ist nach all dem Gesägten keine leichte Aufgabe. Sie muß aber hinaus über Parteigrenzen gelöst werden, um jene Ordnung zu erhalten, die die Freiheit der Menschen sichert, aber auch jenen Weg zu gehen, um der Jugend den technischen und sozialen Fortschritt zum Segen wer-den zu lassen. (Beifall bei SPÖ.)

Abg. Koller: Hohes Haus! Die Oststeiermark darf sich glücklich schätzen, ein Kleinod wie Bad Gleichenberg in ihren Grenzen zu haben. Für den volks-wirtschaftlich und währungspolitisch so wichtigen Fremdenverkehr bedeuten Heilbäder und Kurorte eine besondere Werbekraft. Heilquellen mit ihren geheimnisvollen Kräften und wissenschaftlich er-probten Kurmitteln bewegen in ausschlaggebender Weise Heilungssuchende immer wieder dazu, zur Linderung ihrer Leiden diese Orte aufzusuchen.

Das bekannteste Heilbad in der Steiermark ist Bad Gleichenberg, das seit seinem 125jährigen Be-stand tausenden Kranken Heilung und Linderung gebracht hat und statistisch nachweisbar im Jahre 1959 die höchsten Übernachtungszahlen erzielte. Die Gesamtfrequenz gegenüber der Vorkriegszeit hat sich mehr als verdoppelt, und das entspricht einer Steigerung, wie sie andere und verkehrsmäßig oft besser gelegene Bäder in Europa nicht erreicht haben. Die Frequenz der letzten Jahre weist pro Saison über 15.000 Besucher mit zusammen 250.000 Übernachtungen auf. Im heurigen Jahr sollen es noch mehr sein. Allein schon daraus geht die Be-deutung dieses Ortes für unsere Steiermark her-vor. Und dies alles, obwohl der Ausländerbesuch, der devisenmäßig und für die Investitionstätigkeit des Ortes von besonderer Bedeutung wäre, noch immer einigiges zu wünschen übrig läßt.

Bad Gleichenberg war, das ist Ihnen allen ja be-kannt, in den letzten Kriegsmonaten schwer mitge-nommen worden. Es war Kampfplatz, der dreimal den Besitzer wechselte, und hat dementsprechend große Zerstörungen erlitten. Daß die Spuren dieser Ereignisse heute restlos verschwunden sind und daß das Heilbad heute mit seinen modernen Kur-einrichtungen zu den am besten eingerichteten Badeorten Europas zu zählen ist, verdankt es vor allem der beispielgebenden und beachtlichen Pri-vatinitiative. In 10jähriger Aufbauarbeit konnte mit den Mitteln des Gleichenberger Aktienvereines um 12 Millionen Schilling ein neues Kurhaus ent- stehen, das allen Anforderungen entspricht. Diese Erneuerung wird in wenigen Jahren durch die völ-lige Erneuerung der noch schadhafte und über-alteten Objekte vollendet sein. Während in ande-ren Heilbädern des In- und Auslandes analoge Herstellungsarbeiten nur unter Beiziehung bedeu-tender öffentlicher Mittel geschehen sind, hat hier die Privatinitiative der Allgemeinheit einen un-schätzbaren Dienst erwiesen. Dies sei mit Dank hier festgestellt. Der Kurkommission von Bad Gleichenberg obliegt auch für die Zukunft als verpflich-tende Aufgabe die Neugestaltung der 1945 teils zerstörten, teils stark mitgenommenen Gesellschaf-ts-räume, die für das Kurleben dieses Ortes von größ-ter Bedeutung sind. Es handelt sich hier um Lese-

und Konzertsäle und um einen Saal für repräsentative Veranstaltungen. Es ist bekannt, daß die finanzielle Lage der Kurkommission keine Aussicht bietet, diese Ausgestaltung selbst zu tragen. Hier müßte zur Erfüllung dieses Vorhabens das Land helfend eingreifen. Es schiene mir nur recht und billig, verehrte Mitglieder dieses Hohen Hauses, und diese Bitte möchte ich besonders an den zuständigen Referenten richten, daß das Land in großzügiger Weise dieses noch ungelöste Problem lösen hilft.

Ein weiterer Umstand für die Entwicklung dieses Bades ist aber auch, daß es verkehrsmäßig besser erschlossen wird. Die Bahnverbindung von Wien nach dem Westen, die in die Kompetenz der Österreichischen Bundesbahnen fällt, ist ein ständiges Sorgenkind. Die Fahrplankonferenzen und die Fahrplanbesprechungen sind in dieser Hinsicht nicht immer leicht und zufriedenstellend, und ebenso nicht die Zufahrtsstraßen, deren Kurvenbereinigung und Verbreiterung eine dringende Notwendigkeit ist.

Die Stärke dieses bekannten Ortes liegt aber neben seinen Heilquellen vor allem in seiner einmaligen Ruhe. Es ist Bad Gleichenberg wohl ein moderner Kurort, aber kein moderner Rummelplatz geworden. Es ist das Bestreben der Verantwortlichen dieses Ortes, durch Lärmbekämpfung und innere örtliche Erziehung alles dazu beizutragen, diesen Ruf als Ort der Ruhe weiterhin zu erhalten. Ich darf abschließen und den Wunsch ausdrücken, daß durch Mithilfe des Landes unser Bad Gleichenberg weiterhin ein so bedeutender Faktor des steirischen Fremdenverkehrs sei, der dem Heilungsuchenden das bietet, was er sich von diesem Ort erwartet, und will allen Stellen und allen Personen danken, die zu dieser so hohen Entwicklung des für unser Heimatland bedeutenden Ortes beigetragen haben. (Beifall bei ÖVP.)

2. Präsident **Operschall**: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich gemäß § 46 der Geschäftsordnung aufmerksam machen, daß es nur den Mitgliedern der Landesregierung und sonstigen Regierungsvertretern gestattet ist, schriftlich abgefaßte Vorträge vorzulegen.

Ich erteile nunmehr dem Abg. Dr. Rainer das Wort.

Abg. Dr. **Rainer**: Hoher Landtag! Da heute schon über die Krankenhäuser gesprochen wurde, möchte ich ergänzend noch einige Worte anfügen. Ich möchte erwähnen, daß die Tendenz bei den Krankenhäusern auf höher organisierte Anstalten gerichtet ist und von den Fachleuten ungefähr eine Bettenanzahl von 400 Betten als Idealfall für ein Krankenhaus, welches auch auf gewisse Fälle spezialisiert ist, angesehen wird.

Ich möchte Ihnen doch an einem Beispiel darstellen, daß selbstverständlich in abgelegenen Gegenden unseres Landes kleinere Krankenhäuser eine entscheidende und wichtige Aufgabe zu erfüllen haben und daß auch in Zukunft diese Krankenhäuser nicht überflüssig werden. Als Beispiel diene unser Krankenhaus in Bad Aussee. Dieses Krankenhaus weist 44 Betten auf, das Einzugsgebiet für diese Anstalt umfaßt 15.000 bis 20.000 Ein-

wohner. Allerdings sind im Sommer und im Winter durch den Fremdenverkehr beträchtlich mehr Menschen, und die Besucher dieses Gebietes sind auf dieses Krankenhaus angewiesen. Es gibt sicherlich viele Fremde, die nur unter der Voraussetzung sich an dem Skisport in dieser Gegend beteiligen, weil dort ein Krankenhaus ist, das ärztliche Hilfe leisten kann. Wie sieht dies nun im konkreten Fall aus? Im Jahre 1957 wurden im Krankenhaus Bad Aussee 1293 Patienten aufgenommen, dies entspricht einem durchschnittlichen Belag von 97%. Ich glaube, daß dies bereits einen steirischen Rekord dargestellt hat, 1958 waren es bereits 1318 Personen, das sind 99% des Jahresdurchschnittsbelages. Am 15. Dezember 1959 waren es 1419 Patienten. Es ist also die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in diesem Krankenhaus im Jahre 1957 von 11,7 Tagen 1958 auf 11,4, und in diesem Jahre auf 10,7 Tage gesunken; das ist erfreulich und zeigt, daß immer mehr Betten gebraucht werden, so daß die Patienten schnell das Krankenhaus wieder verlassen mußten. Es ist weiterhin interessant, daß in diesem Krankenhaus die Zahl der Geburten anstieg von 205 im Jahre 1957 auf 215 im Jahre 1958, und heuer auf 274.

Ich möchte darauf hinweisen, daß dieses Krankenhaus vor allem im Winter die Verletzten aus dem Skigebiet der Tauplitz zu betreuen hat. Es waren im vergangenen Jahr 240 Sportverletzte aus dem Tauplitzgebiet in das Krankenhaus gekommen, was ungefähr einem Drittel der Verunglückten in diesem Gebiete entspricht. Alle anderen Verletzten mußten weiter, entweder nach Ischl, Rottenmann oder Kalwang transportiert werden und wegen Platzmangels mußten immer wieder Patienten abgewiesen werden. Die Verletzten, die irgendwie noch transportfähig waren, mußten in anderen Krankenhäusern Aufnahme suchen, um sich nicht der Gefahr auszusetzen, umsonst nach Bad Aussee zu fahren.

Für den ambulatorischen Betrieb mangelt es an Räumlichkeiten und an Personal, in einem einzigen Raum, der zugleich septischer Operationsaal ist, werden Untersuchungen und müssen desgleichen auch Behandlungen in diesem Raum durchgeführt werden. Im Jahre 1958 haben wir 1633 ambulato- rische Patienten und 2721 Röntgenfälle zu betreuen gehabt. Es ist erklärlich, daß diese Lage unbefriedigend ist, aber es ist erfreulich, daß im ao. Voranschlag ein Betrag von 3 Millionen Schilling vorgesehen wurde, wovon zumindest 2 Millionen Schilling abgedeckt sind. Wenn das Krankenhaus noch 40 Betten dazu bekommt, wird es nicht nur wirtschaftlicher zu führen sein, sondern auch allen Ansprüchen der heimischen Bevölkerung als auch der Fremden, die in dieses Gebiet kommen, um hier Sport zu treiben, genügen.

Zum Bau des Krankenhauses in Schladming durch die evangelische innere Mission, wovon ich bereits im vergangenen Jahr gesprochen habe, ist zu berichten, daß der Bau im Rohbau fertig ist und daß durch die Hilfe des Landes und des Herrn Landeshauptmannes, der für diesen Zweck Bedarfszuweisungen 1958 und 1959 gegeben hat, die Fertigstellungsarbeiten bereits angelaufen sind. Es werden weitere Mittel heuer aus den Bedarfszuweisungen

und dem Landesbudget, und zwar eine halbe Million Schilling, zur Verfügung gestellt. Ich möchte danken dem Herrn Landeshauptmann für diese großzügige Hilfe, aber auch dem Herrn Landesrat Prirsch, der hier für die Erbauung des Schwesternheimes die Mittel und den billigen langfristigen Kredit aus dem Wohnbauförderungsfonds zur Verfügung gestellt hat. Ich glaube, daß das Land in diesem Falle das Geld besonders günstig angelegt hat. Der Herr Landesrat Schachner-Blazizek wird hier in den nächsten Jahren mit keinem Abgang rechnen müssen. Diese Sorge hat ihm der Verein freiwillig abgenommen. (Landesrat Dr. Schachner-Blazizek: „Mit unserer Hilfe!“) Beschlossen, Herr Landesrat, hat es der Landtag, und Sie haben es beantragt, die Landesregierung hat es beschlossen, und man darf sagen, und das werden Sie mir bestätigen, daß es bedeutend weniger Geld kostet als die landeseigenen Anstalten tatsächlich kosten. Stellen wir uns vor, wenn wir im Lande keine solche Privatanstalten hätten, dann wäre es notwendig, noch einige Krankenhäuser zu bauen, die uns jährlich soundsoviele Millionen kosten würden. (Landesrat Dr. Schachner-Blazizek: „Wir sind ja froh, daß wir sie haben!“) Ich glaube, daß auch in Zukunft, wo immer eine Privatinitiative im Sinne des Subsidiaritätsprinzips eine Aufgabe des Landes übernimmt, diese unterstützt und gefördert werden muß. (Beifall bei SPÖ.)

Abg. Dr. Pittermann: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Aus gegebenem Anlaß komme ich auf den Antrag zurück, den ich im Finanzausschuß einbrachte und den in dankenswerter Weise die anderen Parteien des Hohen Hauses übernommen haben. Der Antrag lautet: „Die Landesregierung wird aufgefordert, zu untersuchen, ob durch Errichtung einer entsprechenden Anstalt allen an Kinderlähmung Erkrankten eine entsprechende Nachbehandlung ermöglicht werden kann.“ Daß die anderen Parteien diesen Antrag aufgenommen haben ist deshalb dankenswert, weil ich ihn dadurch seiner Realisierung nähergerückt betrachte. Hohes Haus! Wir haben uns vor einigen Jahren mit einer Kinderlähmungsepidemie auseinanderzusetzen gehabt. Sie wissen, daß diese Krankheit ob ihrer heimtückischen Art und Weise nicht nur Todesfälle, sondern auch Rekonvaleszenten zur Folge hat, die letzten Endes durch ihre Versehrtheit in gewissem Sinne der Allgemeinheit zur Obsorge zufallen. Die Landesregierung hat schon damals bei Entdeckung des Polioerums die nötigen Maßnahmen ergriffen, eiserne Lungen wurden angeschafft und der Schwerpunkt auf die Schutzimpfung gelegt. Ich darf einige Zahlen erwähnen, die vielleicht schon bekannt sind. Es sind im Jahre 1958 als 1., 2. und 3. Impfung 379.000 Personen geimpft worden, im Jahre 1959 109.295, das sind zusammen fast 600.000 Impfungen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht verabsäumen, den Dank den Ärzten auszusprechen, die unter gewiß nicht leichten Bedingungen diese Massenimpfungen durchgeführt haben, und darauf hinweisen, daß noch Impfhonorare für die erste und zweite Impfung in der Höhe von rund 2 Millionen

Schilling ausständig sind, was ich hiemit urgieren möchte.

Das Grundlegende meines Antrages ist die Tatsache, daß das Schreckliche an dieser Krankheit ihre Folgeerscheinungen sind, die nur dann erfolgreich bekämpft werden können, wenn sie sofort behandelt werden. Also nur eine sofortige Behandlung gewährleistet auch in schweren Fällen eine Heilung fast bis zu 100%. Aber wie gesagt nur unter dieser Voraussetzung. Wie sieht es nun auf diesem Gebiet bei uns und in anderen Bundesländern aus? Wir haben in Hermagor und in Baden bei Wien je eine Anstalt, die sich ausschließlich mit der Behandlung dieser Rekonvaleszenten nach der Kinderlähmung befassen, in Steiermark besteht bisher nur eine private Anstalt, die in Tobelbad. Sie gehört zum Krankenhaus der Arbeitsunfallversicherung. Nun hat sich gezeigt, und das war der Anlaß, weshalb ich diesen Antrag einbrachte, daß die Behandlungen, obwohl sie teilweise durch die Kassen refundiert werden, für Unbemittelte unerschwinglich sind. Eine solche Behandlung, die sich aus Elektro-Therapie und Unterwasserbehandlung zusammensetzt, kostet 100 Schilling pro Tag. 30 Behandlungen sind notwendig, das sind also 3000 Schilling, wovon die Krankenkasse sage und schreibe 140 Schilling refundiert. Der langen Rede kurzer Sinn ist, daß nur ein etwas zahlungskräftigeres Publikum seine Kinder dieser teuren Nachbehandlung unterziehen kann, ganz abgesehen davon, daß auch diese Kostenträger wegen der langen Dauer der Nachbehandlung finanziell verbluten. Andere wieder resignieren, wenn sie zusehen müssen, wenn ihre Kinder, die im Anfangsstadium noch auf Heilung Aussicht haben, langsam zu mehr oder weniger großen Krüppeln werden. Ich wäre nicht schon lange Jahre in der Öffentlichkeit tätig, wenn ich mir nicht auch Gedanken darüber gemacht hätte, wie ein solcher Antrag realisierbar wäre, der ja die Einrichtung einer Anstalt, eines entsprechenden Personals voraussetzt und daher etwas kostet. Diese Kosten sollen meiner Meinung nach alle beteiligten Kreise tragen, und nicht nur die öffentliche Hand allein. Es müßten sich eben die entsprechenden Kreise zusammensetzen, um zu prüfen, ob und wie und wann die Errichtung einer solchen Anstalt möglich wäre. Wir haben heuer rund 109.000 Impfungen durchgeführt. Diese wurden durch Spesenbeiträge der Eltern in der Höhe von 10 bis 12 Schilling unterstützt. Ich weiß mich nicht nur mit denjenigen, die fürchten müssen, an Kinderlähmung zu erkranken, oder die fürchten müssen, daß ihre Kinder erkranken — es gibt kein Alter, das vor dieser Krankheit schützt — sondern auch mit der gesamten Bevölkerung eines Sinnes, wenn ich glaube, daß zu diesen 12 Schillingen ganz gern noch ein bescheidener Betrag hinzubezahlt werden würde, der dann zusammen mit dem vom Land zur Verfügung gestellten Betrag ohne weiteres ausreichen würde, die Bedeckung für die Personalkosten zu gewährleisten. Nehmen wir einmal als Zuschlag 3 Schilling pro Impfung an, dann wären dies bei 109.000 Impfungen 300.000 Schilling. Damit wäre das Team bezahlt, das für die Betreuung dieser Kranken in Frage kommt. Das wäre die Anregung von mir,

die ich zu studieren ersuche. Die Unterbringung der Kranken müßte natürlich ebenfalls noch gelöst werden. Die bisher in Baracken eingerichteten Abteilungen für Elektrotherapie sind nur ein unvollkommener Ersatz. Die Behandlung der Kinderlähmung basiert nicht nur auf der Elektrobildung allein, sondern auch auf dem Schwimmen und der Unterwasserbehandlung. Das erkrankte Kind kann man nun nicht der Elektrotherapie in einer Abteilung unterziehen und dann zur nächsten Station gehen, wo es die Unterwasserbehandlung erhält. Daher ergibt sich die Notwendigkeit, diese Behandlung geschlossen und in einem Zuge durchzuführen, von selber.

Ich bitte nun zum Schluß, diesen Antrag einer Prüfung zu unterziehen und auch die Anregungen, sowohl auf ihre Stichhaltigkeit als auch auf die Möglichkeit ihrer Ausführung, zu prüfen, weil ich mich mit der steirischen Bevölkerung in dieser Angelegenheit eines Sinnes weiß und weil ich der Überzeugung bin, daß niemand von uns sicher ist, ob er nicht heute oder morgen in die Lage, diese Institution zu benutzen, kommt. Ich glaube, daß sich daher von selbst die Verpflichtung ergibt, in dieser Hinsicht etwas zu tun. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Scheer: Hohes Haus! Meine Ausführungen zu dieser Gruppe waren daraufhin vorbereitet, mich über den steirischen Sport zu verbreitern, aber Abg. Bammer ist mir in dieser Hinsicht vorgekommen, und ich kann mir dadurch manches ersparen. Darf ich mich zunächst einmal seinen Ausführungen anschließen, die darin gipfeln, einmal die Aufmerksamkeit des Steiermärkischen Landtages auf die Notwendigkeit der Unterstützung des breiten Massensportes in der Steiermark, aus dem letztlich der Spitzensport herauskommt, hinzulenken.

Daß die Landessportorganisation das größte Verdienst daran hat, wollen wir gerne zugeben und noch hinzufügen, daß sie die administrativen Arbeiten für den Handball, den Fußball, den Basketball, für die Leichtathletik und das Eishockey übernommen hat und heute auch von anderen Verbänden dazu gezwungen wird, solche rein administrativen Arbeiten zu übernehmen. Dadurch werden Funktionäre dieser Verbände frei für die sportlichen Aufgaben, und das ist durchaus zu begrüßen.

Das Thema der Kunsteislaufbahn konnte noch nicht gelöst werden. Es handelt sich um ein altes Koalitionskind, das nicht geboren werden konnte, weil die beiden Sportverbände sich über die Farbe des Kindes nicht einigen konnten (Abg. Dr. Pittermann: „Wir warten auf Euch!“) (Heiterkeit) und welche Farbe das Geld vorstrecken soll. Es steht nunmehr dem Vernehmen nach zu erwarten, daß die Kunsteisbahn in Graz geschaffen wird, nachdem in Wien bereits drei, in Innsbruck eine, in Klagenfurt eine und in Linz eine bestehen und die Steiermark weit genug in dieser Angelegenheit ins Hintertreffen geraten ist. Ich will hoffen, daß im Jahre 1961 die Kunsteisbahn in Graz Wirklichkeit werden wird.

Was noch zu errichten wäre ist das Hallenbad in Graz, weil das Bad zur Sonne und das Bad in Lie-

benau für die Öffentlichkeit nicht den Rahmen geben, der notwendig wäre. (Abg. DDr. Freunbichler: „Sie waren gestern nicht da, als das besprochen wurde.“) Das wäre eine Frage, die die Grazer Stadtverwaltung gemeinsam mit dem Lande zu erörtern hätte. (Landesrat Pirrsch: „Ihnen fehlt der gestrige Tag.“) Genau so ist es mit dem Bau einer Sporthalle, wobei die Landesturnhalle nur ein kümmerliches Dasein als Sporthalle fristet beziehungsweise den Namen einer Sporthalle überhaupt nicht verdient. Soweit zu den Dingen des Sports, die wir unterstreichen müssen. Wir werden im Steiermärkischen Landtag Einfluß nehmen, daß der Steiermärkische Landtag und die Öffentlichkeit darauf hingewiesen werden, daß wir in unseren Bemühungen einig sind, dem Sport mehr Mittel zuzuwenden als bisher.

Herr Abg. Dr. Rainer hat ein leidiges Thema der gesamten österreichischen Innenpolitik berührt. Es wird immer gesagt, der Herr Landeshauptmann habe dort und dorthin 1 Million gegeben. Wir müssen von dieser Diktion wegkommen. Der Herr Landeshauptmann kann nichts geben, wenn nicht der Steuerträger in den Säckel gibt. Ich will auch den Herrn Landesrat Matzner bezüglich der Bedarfszuweisungen von dieser Usance nicht ausnehmen. Auch von ihm heißt es: Der Gemeinde so oder so, weil dort ein sozialistischer Bürgermeister ist, hat Landesrat Matzner 500.000 S gegeben. Bei Hochwasserkatastrophen kommen der Herr Landesrat Matzner und der Herr Landeshauptmann, sie greifen in die Tasche und sagen: da habt ihr 200.000 oder 500.000 Schilling. Das steht dann auch immer in den Zeitungen. Das Geld gibt nicht die Volksvertretung, sondern die Bevölkerung, der treue Steuerzahler, der muß zahlen, damit etwas gegeben werden kann.

Wie wäre nun diese Frage anders zu lösen? Sie ist in den Uranfängen verbaut. Wir teilen die Steiermark ein in Gemeinden, die einen ÖVP-Bürgermeister, und in solche, die einen SPO-Bürgermeister haben. Jede Gemeinde hat einen großen Bedarf an Bedarfszuweisungen. Es liegt in der Hand dieser beiden Regierungsmitglieder, diese Gelder nach ihrem Partei-Gutdünken zu verwalten und zu verteilen. Wir sind der Meinung, es müßte eine objektive Kommission diese Gelder nach der Bedürftigkeit der Gemeinden verteilen. (Abg. Dr. Rainer: „Das hat der Herr Landeshauptmann beantragt.“) Der Herr Landeshauptmann ist bereits 8 oder 10 Jahre Landeshauptmann, er hätte im eigenen Wirkungskreis die Möglichkeit gehabt, diese Dinge längst zu machen, er hat es aber nicht beantragt. Die Sache könnte erledigt sein, er braucht nur danach handeln, er hat 10 Jahre lang brav und treu diese Geschäftsordnung der Landesregierung, die schon 3 Jahre mit Mehrheit durch die ÖVP geführt worden ist, angewendet. Wir wollen Taten sehen und weniger Worte und Erklärungen hören. Der Landtag hat einhellige Beschlüsse gefaßt und nicht einmal diese Beschlüsse sind durchgeführt worden, geschweige denn die Erklärung eines Parteifunktionärs. Wir hören, daß in alle Gemeinden immer wieder Schreiben von Regierungsmitgliedern und Mitgliedern des Steiermärkischen Landtages gelangen, wonach an diese und jene Vereinigungen

Subventionen gewährt worden sind. Die Subventionen beschließt doch der gesamte Landtag! Hier aber sieht es so aus, als ob ein Regierungsmitglied das Geld von sich aus verteilt hätte an den Verein Soundso. Es wäre ehrlich und aufrichtig und anständiger, wenn man sagen würde, der Steiermärkische Landtag hat das beschlossen und wir sind in der angenehmen Lage, den Beschluß durchzuführen. Mein Vorschlag geht also dahin, daß eine Kommission hierüber zu befinden hat und daß nicht nach parteipolitischen Grundsätzen verteilt wird.

Eines ist sicher, daß nach der bisherigen Übung nicht die Bedürftigkeit der Gemeinde die oberste Richtschnur in der Behandlung dieser Frage war. Ich konzidiere weiters, daß das eine oder andere Regierungsmitglied nach eigenem Gutdünken die Bedürftigkeit der Gemeinde geprüft hat, das will ich gar nicht bestreiten, aber es geschah nicht aus einer objektiven Warte der Gesamtheit gesehen. Es liegt auch keine Objektivität darin, daß man sagt, die Gemeinden werden in 2 Teile geteilt und jeder Teil erhält nach Gutdünken des betreffenden Regierungsmitgliedes, da das Hauptinteresse des Landes auf die Gesamtheit der Gemeinden und auf den Grad ihrer Bedürftigkeit gerichtet zu sein hat. Es ist durchaus möglich, daß in einem Jahr zwei Drittel der Gemeinden, die von der ÖVP geführt werden ... (LR. Prirsch: „Das gehört zum Redesport!“) Herr Landesrat, ich antworte nur auf das, was mein Kollege Dr. Rainer vorher vorgetragen hat. Meines Erachtens sind diese Dankadressen beim Budget an die verschiedenen Regierungsmitglieder nicht am Platze. Es kann mir niemand verwehren, daß ich diese Angelegenheit vor den Landtag bringe. (Abg. DDr. Hueber: „Da hat er recht. Das ununterbrochene Danken ist ja widerlich!“) Wenn auch der Herr Landesrat Prirsch der Meinung ist, das sei nur eine Redeübung, uns ist es ernst, für uns ist es keine Redeübung. (LR. Prirsch: „Das hat der Herr Dr. Hueber gestern besser gesagt!“) Das ist schon möglich.

Das möchte ich als das Wesentlichste in dieser Angelegenheit dem Herrn Kollegen Dr. Rainer und dem ganzen Landtag gesagt haben. (Beifall bei der FPÖ.)

Landesrat **Dr. Koren:** Hoher Landtag! Meine Wortmeldung hat ihre Ursache in den freundlichen Worten des Herrn Abgeordneten Bammer. Bevor ich zum Kernpunkt Ihrer Anfrage komme, einige kurze Bemerkungen. Sport gehört zu den Förderungsaufgaben des Landes. Aber unter dem Namen Sport verstecken sich verschiedenartige Dinge. Es heißt Sport, wenn 22 Mann auf einem Feld bei einer Zuschauermenge von 100.000 Personen einen Ball ins Tor zu bringen versuchen. Es heißt Sport, wenn ein einsamer Wanderer einen Berg besteigt. Es heißt auch Sport, wenn einige aus Spitzenleistungen zu profitieren scheinen und aus diesem Können einen Lebensberuf wählen. Ich glaube, das, was zu den Förderungsaufgaben des Landes gehört, liegt in der Mitte dieser Bereiche. Und die Mitte und das Richtige für uns liegt darin, daß wir dafür zu sorgen haben, in breiten Kreisen des Volkes den Sport als Mittel zur körperlichen Ertüchtigung und

körperlichen Erziehung zu betrachten und das Unsere beizutragen.

Die einzelnen Sportorganisationen, die, so sehr sie sich auch unterscheiden, sorgen gleichermaßen dafür, daß die einzelnen Sportausübenden die Möglichkeit haben, Sport zu treiben in dem Rahmen, der ihrem Geschmack entspricht. Es ist im großen und ganzen eine gute Zusammenarbeit unter den Sportorganisationen festzustellen. Ich begrüße die Aktivität und Initiative, die schließlich in der Abhaltung der Landessportwoche gipfeln, und wir sind bemüht, diesen Geist von der Landeshauptstadt aus auch in die einzelnen Bezirksstädte auf das Land hinaus zu verpflanzen. Sicher sind die Wünsche, die Sie in diesem Zusammenhang angeführt haben, wie Hallenbad und Kunsteisbahn, dringende Wünsche. Es ist aber notwendig, daß wir einmal zu einem konkreten Projekt kommen und zu einem Träger, der wirklich verbindlich die Sache auf sich nimmt. Ich bin in der Lage, dem Hohen Haus mitzuteilen, daß eine briefliche Zusage des Unterrichtsministeriums vorliegt, wonach der Bund bereit ist, wenn ein spruchreifes Projekt da ist, einen entsprechenden und wirklich auch spürbaren Beitrag zu leisten. Ich hoffe, daß in Zusammenarbeit mit der Stadt, deren erste Aufgabe das ja wirklich ist, und in Zusammenarbeit mit den Sportorganisationen diese Anlagen, also Kunsteisbahn und Hallenbad, endlich verwirklicht werden können. Nur nebenbei möchte ich sagen, daß geplant wird, am Turracher-See als gemeinsames Werk von Steiermark und Kärnten einen internationalen Eislaufplatz zu schaffen, eine Sache, die an sich zunächst eine Fremdenverkehrsangelegenheit ist, aber natürlich auch von den Sportfreunden sehr begrüßt werden wird.

Nun zum Kernpunkt Ihrer Frage, daß nämlich die Landessportorganisationen aus der Bevormundung des Landes entlassen werden sollen. Weil Sie das Landesjugendreferat als Beispiel dafür herangezogen haben, möchte ich folgendes sagen. Es ist da schon ein Unterschied. Das Landesjugendreferat ist ein Bestandteil des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, die Sportorganisation ist aber eine freie Zusammenschließung der Sportverbände. Immerhin möchte ich sagen, die Rechte, die die Sportorganisation hat, sind ziemlich weitgehend, und ich glaube, daß kaum einmal die Möglichkeit wahrgenommen wurde, einen Vorschlag der Landessportorganisation, wo es sich um die Ausschüttung der Subventionen handelte, zu ändern. Ich komme mir nicht wie ein Vormund, sondern eher wie der Notar der Landessportorganisation vor. Aber es ist eine gute Zusammenarbeit zwischen der Landessportorganisation und dem Amt der Steiermärkischen Landesregierung, die auch noch ausgebaut werden soll. Es ist jedenfalls eine sehr objektive Haltung festzustellen, das sieht man schon daraus, daß auch dem österreichischen Turnerbund die Subvention zugewilligt worden ist.

Ganz kurz noch etwas zu den Bemerkungen des Herrn Abg. Pittermann, der jetzt nicht hier ist, und der das sehr wichtige Kapitel der Rehabilitation der an Kinderlähmung Erkrankten aufgegriffen hat. Ich meine, daß diese Dinge selbstverständlich studiert werden müssen und dann auch ernstlich in Angriff genommen werden sollen. Was seinen Wunsch an-

langt, daß den Impfärzten das Honorar ausbezahlt werden soll, so möchte ich dazu sagen, daß es sich hier nicht um die Bezahlung der Honorare für die erste und zweite Teilimpfung handelt, sondern um die dritte Teilimpfung. Dazu möchte ich bemerken, daß die Steiermärkische Landesregierung in ihrer Sitzung vom 19. Dezember 1959 beschlossen hat, den Impfärzten auch die Honorare für die dritte Impfung noch in diesem Jahr auszubezahlen. Von dem, was Dr. Stepantschitz gesagt hat, möchte ich nur besonders unterstreichen, was in mein Ressort einschlägt. Er sprach von der Einschleppung der Seuche, die durch Lebensmittel, die durch Typhuserreger vergiftet sind, entstand. Ich meine, hier ist es wirklich so, daß die Wurzel erfaßt werden muß und daß man es nicht darauf ankommen lassen kann, erst in den Gemeinden des Inlandes die Dinge zu kontrollieren, sondern diese Kontrolle muß dort stattfinden, wo die Lebensmittel eingeschleust werden, also bei den Zollstationen, und es ist natürlich notwendig, daß hier eine strenge Kontrolle ausgeübt wird, und ich nehme diesen Appell zum Anlaß, um im Sozialministerium diesen Wunsch nachdrücklichst zu deponieren. Nichts destoweniger glaube ich aber, daß der Lebensmitteluntersuchungsdienst in diesem Lande besonders ausgebaut werden sollte, um den gesetzlichen Bedingungen zu genügen. Es wäre einmal darüber zu diskutieren, ob man dazu, wie im Gesetz vorgesehen, neben den Amtsärzten und Amtstierärzten auch die Distriktsärzte zu diesem Zweck verwenden sollte.

Nun liegt eine Eröffnung des Sozialministeriums aus dem Monat Dezember vor, wonach man Bedenken hat, die Distriktsärzte für den Lebensmittelaufsichtsdienst und das Lebensmittelinspektorat zu verwenden, da in den taxativ aufgezählten Pflichten und Aufgaben der Distriktsärzte diese Dinge nicht berücksichtigt sind. Aber auf jeden Fall müssen wir diese Dinge studieren, vor allem, ob diese Meinung stichhältig ist. Vom Sanitätsinspektorat wird ein Stand von 5 Lebensmittelinspektoren gewünscht. Ich wäre glücklich, wenn es dazu käme. Im Dienstpostenplan 1960 ist ein Posten für einen Lebensmittelinspektor vorgesehen. Es ist eine sehr wichtige Angelegenheit, die hier behandelt wird, der wir unsere ganze Sorge zuwenden werden müssen, gehört ja die Volksgesundheit zu den höchsten Gütern, die wir zu verteidigen haben. (Beifall.)

Landesrat **DDr. Schachner-Blazizek**: Die Beratungen im Finanzausschuß sind, was Intensität und Dauer anlangt, in einem auffallenden Gegensatz zu den Beratungen im Hohen Hause gestanden. Um nicht in einen falschen Verdacht zu kommen ... (Abg. DDr. Hueber: „Nämlich, zum Fenster hinauszureden.“) ... eben, und weil schon die 2. Abend-sitzung angebrochen ist, möchte ich mich darauf beschränken, nur das zu sagen, was mir auf Grund der Debatte zu den von mir vertretenen Sparten wirklich und unbedingt notwendig erscheint.

Der Herr Hauptberichterstatter hat auf die Tatsache hingewiesen, daß der Abgang der Landes-Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten wieder um ein Beträchtliches gestiegen ist. Ich möchte zunächst zu diesem Defizit ein paar erläuternde Worte sagen. Es beträgt der Abgang

im Jahre 1960 88 Millionen Schilling. Da er 1959 nur 72 Millionen Schilling betragen hat, ist er um 16 Millionen Schilling gestiegen. Es wirft sich nun die Frage auf, ob dies unumgänglich notwendig ist und warum das Defizit in diesem Ausmaß stieg. Zunächst sind die Personallasten der Spitäler sehr beträchtlich gewachsen; für die aktiven Bediensteten der Krankenhäuser um 1 Millionen Schilling, für die aktiven Bediensteten in den Heilstätten um 12 Millionen Schilling und für die aktiven Bediensteten der Heil- und Pflegeanstalten um 3 Millionen Schilling, das sind zusammen 16 Millionen Schilling. Genau jene 16 Millionen Schilling, um die der Abgang der Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten sich vermehrt hat. Das ist der 14. Monatsgehalt, die Verbesserung der Zulagen und die Einführung der 45-Stunden-Woche, die, wenn sie auch noch nicht überall eingeführt werden konnte, sich tatsächlich doch in den Ansätzen der Personalerfordernisse ausdrückt. Der Personalaufwand besteht aber nicht nur in den Personallasten für die aktiven Bediensteten, sondern auch die Pensionslasten sind gestiegen um 1½ Millionen Schilling; anteilmäßig ist daher festzustellen, daß der Sachaufwand gegenüber dem Personalaufwand sogar eingeschränkt werden mußte. Wir haben zur Erhöhung der Einnahmenseite im abgelaufenen Jahr einiges getan. Die Pflegegebühren wurden, wie Sie wissen, in zwei Etappen erhöht und neu geregelt. Auch die besonderen Gebühren für die Klassen haben eine generelle Neuregelung erfahren, die, wie ich heute mit Recht sagen kann, sich bewährt hat. Mit 1. Jänner 1960 wird der Rabatt der direkt verrechnenden Kassen in Form einer ersten Etappe gesenkt und es werden neue direkt verrechnende Kassen einbezogen, so daß das, was Abg. Dr. Stepantschitz gesagt hat, zumindest referatsmäßig berücksichtigt erscheint. Durch die Senkung der Rabatte wird die Einnahmenseite etwas verbessert. Eine Neuregelung der Ambulanzgebühren ist in Arbeit.

Hinsichtlich der Pflegegebühren wird nichts unversucht gelassen werden. Ich muß jedoch darauf aufmerksam machen, daß die Höhe dieser Gebühren im Vergleich zu jenen in anderen Bundesländern nur scheinbar geringer ist, weil wir nämlich für alle Spitäler ohne Unterschied eine einheitliche Gebühr haben. Wir könnten natürlich, so wie das anderswo der Fall ist, dazu übergehen, die Pflegegebühren in den einzelnen Anstalten verschieden hoch zu halten. Das würde aber den wirtschaftlichen Erfolg keineswegs bessern und höchstens die Verwaltung ungünstig beeinflussen.

Wenn ich Ihnen nun anhand genauer Ziffern vorführen würde, wie hoch die Pflegegebühren in anderen Ländern sind, müßte ich darstellen, wie hoch die Gebühren sind, die die Kassen zahlen, denn nicht die amtlich festgesetzten Gebühren sind maßgebend, sondern das, was die Kassen zu entrichten haben. Bei uns ist durch Mehrheitsbeschluß des Landtages eine feste Relation zwischen den von den Kassen gezahlten Gebühren und den Selbstzahlern entstanden. Zum Beweis dessen, daß in der Steiermark diese Gebühren nicht niedriger sind, möchte ich feststellen, daß die Steierm. Kassen für die Krankenhausbehandlung mehr ausgeben als die Krankenkassen anderer Bundesländer.

Zu den übrigen in der Debatte dargelegten Ansichten hätte ich folgendes darzulegen: Abg. Krempl hat meiner Ansicht nach sehr sich widersprechende Dinge dargelegt. Er hat auf der einen Seite den Ärzten und Pflegerinnen gedankt, zugleich aber Unzulänglichkeiten aufgezeigt, ohne zu bedenken, daß einzelne Fälle immer wieder vorkommen werden. (Abg. Krempl: „Das habe ich ja gesagt.“) Bedenken Sie, wenn Sie einen solchen Vorwurf erheben, daß wir immerhin rund 3 Millionen Patientenverpflegstage im Jahr abwickeln und rund 110.000 Patienten in unsere Anstalten aufnehmen, behandeln und soweit als möglich heilen. Wenn einzelne Mängel vorkommen, mag das bei der Masse der Fälle durchaus verständlich sein. (Abg. Krempl: „Sie haben nicht genau zugehört. Genau das habe ich gesagt!“) Ich hoffe, Herr Abgeordneter, daß Sie nicht gemeint haben, es sei dies eine allgemeine Erscheinung; wenn Sie das gemeint hätten, müßte ich mich nämlich ganz ernsthaft vor die Ärzte und das Pflegepersonal stellen. Sie alle erfüllen sehr gewissenhaft und nach bestem Wissen ihre Pflicht im Dienste des Gesundheitswesens und der Patienten. Herr Abgeordneter, Sie haben weiters ausgeführt, daß der Dienst an Sonn- und Feiertagen in den Anstalten für die Ärzte und das Pflegepersonal nicht geregelt ist, wie es für die Patienten wünschenswert wäre. Sie haben zwar keinen konkreten Fall genannt. Wenn Sie aber hinzufügen, daß gerade dieses Personal einen besonderen Anspruch auf geregelte Sonn- und Feiertagsruhe hätte, dann ist das etwas widersprechend. Wir haben nämlich Mangel an Ärzten und Pflegerinnen. Eine generelle Anordnung schiene mir nicht am Platze. Wenn Sie dagegen einen konkreten Fall im Auge haben, dann sagen Sie uns diesen. Wir werden untersuchen, ob sich irgendwo ein Fehler eingeschlichen hat.

Sie haben ferner auf die steigende Anzahl der Verkehrsunfälle hingewiesen und in einem Zuge über die Raumnot geklagt. An sich ist das auch widersprechend. Wenn die Zahl der Krankheitsfälle steigt, werden selbstverständlich die Spitäler in demselben Ausmaß zu klein und es treten unzulängliche Verhältnisse ein. Bauen ist schön und wäre auch mein Wunsch, aber bauen kann man nur mit dem notwendigen Geld. Und so oft ich nur die Projektierung eines neuen Krankenhauses oder einer neuen Abteilung vorlege, wird darauf hingewiesen, daß das nicht nur Baukosten, sondern neue Personalkosten, neuen Sachaufwand usw. erfordern wird. Es ergibt sich eben eines aus dem anderen als selbstverständliche Folge, und abhelfen kann man dem nur mit Geld. Wenn Sie schließlich davon gesprochen haben, daß die 1. chirurgische Abteilung in Graz aufgelöst und in Spezialabteilungen umgewandelt werden soll, dann, glaube ich, muß Ihnen etwas zugetragen worden sein, was überhaupt nicht in Betracht kommen kann. Die 1. Chirurgie ist ja die Klinik, die Unterrichtsabteilung, und von einer Auflassung derselben kann daher gar nicht die Rede sein. Vielleicht hat jemand etwas mißverstanden und gemeint, daß man da und dort noch Spezialabteilungen errichten soll. Aber von einer Auflassung der Klinik habe ich noch nie etwas gehört.

Der Herr Abg. Dr. Freunbichler hat gestern über das Defizit in den den Landes-Krankenanstalten angeschlossenen Landwirtschaftsbetrieben geklagt und empfohlen, sie zu verkaufen oder zu verschenken. Meine Damen und Herren, wir haben bei den Krankenanstalten 4 solcher Landwirtschaftsbetriebe, und zwar in Hörgas, auf der Stolzalpe, im Feldhof und in Schwanberg. Der Landwirtschaftsbetrieb Hörgas hat nach Absetzung der einmaligen, wertvermehrenden Ausgaben einen Abgang von rund 50.000 S. Der Landwirtschaftsbetrieb Stolzalpe hat einen Abgang von 3000 S, wobei die wertvermehrenden Ausgaben, wenn ich sie abziehen könnte, noch einen kleinen Überschuß ergeben würden. Feldhof hat einen Abgang von 96.000 S bei einer einmaligen wertvermehrenden Ausgabe von 13.000 S, Schwanberg hat nach Absetzung der einmaligen Ausgaben einen Abgang von rund 25.000 S. Vergleichen Sie damit andere Landwirtschaftsbetriebe des Landes und andere Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand, dann finden Sie diese Defizite bestimmt nicht sehr aufregend. Wenn darüber geklagt wird, dann dürfen wir nicht übersehen, daß diese landwirtschaftlichen Betriebe eine gewisse Bedeutung und eine ganz bestimmte Aufgabe haben. Dies zu erklären wäre mir sogar gelungen, ohne das Parkinson'sche Gesetz zu studieren. (Abg. DDr. Freunbichler: „Das hätte ich Ihnen auch zugetraut!“) Es handelt sich dabei um landwirtschaftliche Betriebe für große Anstalten mit zum Teil sehr abseitiger geographischer Lage. Die Versorgung dieser Anstalten hat dem Land oft große Schwierigkeiten bereitet. Ich bin noch keine 50 Jahre alt, und wenn ich zurückrechne, so hat die Versorgung solcher Anstalten 25 Jahre davon sehr große Schwierigkeiten bereitet. Wir alle haben solche Notzeiten erlebt. Notzeiten, in denen die Versorgung von großen Anstalten ohne Landwirtschaft sehr schwierig wäre. (LR. Priirsch: „Das gilt aber für die gesamte Agrarwirtschaft!“) Habe ich etwa schon einmal gesagt, man soll die Agrarwirtschaften verschenken, sie seien nicht notwendig? Das hier ist eben genau dasselbe Problem. Die Kontrollabteilung hat sich ja auch mit der Frage der Schweinehaltung an den Anstalten und dergleichen befaßt. (Abg. DDr. Freunbichler: „Ich habe aber von der Gruppe 8 gesprochen!“) Ich stelle fest, daß Sie bei der Gruppe 0 über die Gruppe 8 für die Gruppe 5 gesprochen haben, also über die landwirtschaftlichen Betriebe, die zu den Krankenanstalten gehören. Ich werde im übrigen diese Betriebe, die zu meiner Gruppe gehören, nur ganz kurz streifen. Wir haben ja in den einzelnen Gruppen Redner genug. (LR. Priirsch: „Regierungsmitglieder müssen sich beschränken können!“) (Heiterkeit.) (Abg. Scheer: „Auf die 5 Minuten kommt es nicht mehr an!“) Außer den Versorgungsfragen, die für diese Betriebe entscheidend sind, möchte ich noch in Erinnerung bringen, daß die Landwirtschaftsbetriebe Feldhof und Schwanberg auch eine Frage der Therapie sind. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Beschäftigung der Geisteskranken im Heilverfahren eine wesentliche Rolle spielt und die Möglichkeit einer gesunden Beschäftigung für die Insassen dieser Anstalten liegt in der Landwirtschaft. Herr Dr. Freunbichler, Sie ha-

ben ja fest mitgeschrieben. Vielleicht werden Sie dann ausführen wollen, daß diese Betriebe daher noch billiger geführt werden könnten. Ich muß Ihnen dazu sagen, daß dem nicht so ist. Die Leistungen der Pfleglinge sind auch in der Landwirtschaft sehr gering und ihre Beaufsichtigung kostet so viel, als normalerweise andere Kräfte kosten würden. Wenn Sie also das an sich nicht überragende Defizit beanstanden, dann möchte ich Sie bitten, auch diesen Gesichtspunkt zu berücksichtigen.

Was die Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Stepantschitz zur Frage der Spitalsärzte anbelangt, möchte ich dem Personalreferenten Herrn Landeshauptmann Krainer nicht vorgreifen. Ich möchte auch zur Frage der Zahnärzteausbildung nur feststellen, daß es da zwei verschiedene Wege gäbe. Der eine wäre eine eigene Ausbildung für Zahnärzte im Universitätsstudium und der andere wäre der, daß man die 2 Jahre zusätzlicher Ausbildung mit Stipendien fördert, was mir gerechtfertigt erscheint, denn auch die anderen in Fachausbildung stehenden Ärzte werden vom ersten Tag an bezahlt.

Was der Herr Abg. Dr. Stepantschitz hinsichtlich der Frage der Isolierabteilungen und der Schwerpunktbildung gesagt hat, kann ich wirklich nur unterstreichen. Sie wissen aber auch genau, daß meine ganze Planung von diesem Gesichtspunkte getragen ist. Die Heranziehung der Sanitätsabteilung zu den Planungen ist allerdings eine Forderung, die mir nicht gesagt werden mußte. Ich muß den Herrn Abgeordneten daran erinnern, daß wir vor Jahren über diese Frage miteinander geredet haben. Damals habe ich eingewendet, daß zu den Planungen die Sanitätsabteilung immer herangezogen wird. Sie, Herr Abgeordneter Dr. Stepantschitz, meinten aber, es wäre zweckmäßig, noch andere fachliche Kräfte heranzuziehen. Ich habe das für richtig erkannt und gemacht; schon beim Krankenhaus Judenburg, beim Bau von Wagna und jetzt beim Bau der Kinderklinik. Nun aber sagen Sie wieder, die Sanitätsabteilung wäre heranzuziehen und sind scheinbar nicht darüber informiert, daß jeder Bauakt zum Landessanitätsdirektor und zur Landessanitätsabteilung geht und daß der Sanitätsdirektor zu den Verhandlungen immer beigezogen ist. (Abg. DDr. Stepantschitz: „Das wird vom Spitalsreferenten der Sanitätsabteilung bestritten!“) Da müßte ich den Sanitätsdirektor bitten, das aufzuklären. Vielleicht liegt aber der Grund darin, daß der Sanitätsdirektor diese Aufgabe für so wichtig hält, daß er sie persönlich wahrnimmt und die untergeordneten Referenten nicht zuzieht.

Zu Ihren Ausführungen, Herr Abg. Dr. Stepantschitz, hinsichtlich der Krankenversicherungsanstalt der Bundesländer wäre zu empfehlen, die fehlerhafte Handhabung einer sonst notwendigen Anordnung nicht so darzustellen, als sei die Kasse in einen haltlosen, die Versicherten schädigenden und vielleicht sogar lebensgefährdenden Bürokratismus verfallen. Ich muß die Sache kurz darlegen. Im Krankenhaus ist ein Patient mit einem Myocardinfarkt gelegen; er lag zuerst 3 Wochen auf Grund der Einweisung, dann wurde die Bewilligung noch für 2 Wochen erteilt. In Wirklichkeit ist er aber in der 6. Woche noch im Krankenhause ohne eine Verpflegskostenübernahmserklärung gelegen. Da

sind Fehler geschehen. Der erste Fehler war der, daß der Verlängerungsantrag an die Krankenkasse zu einem Zeitpunkt gestellt wurde, zu dem der Patient, für den für 5 Wochen die Kosten übernommen wurden, bereits 6 Wochen im Krankenhaus war. (Abg. DDr. Stepantschitz: „Unter sechs Wochen ist noch nie ein Myocardinfarkt behandelt worden.“) Für diese Verspätung kann aber jedenfalls die Bundeskrankenkasse nicht verantwortlich gemacht werden. Der Verlängerungsantrag — und das ist der zweite Fehler — hatte als Verlängerungsgrund nur die Tatsache der Erkrankung an einem Myocardinfarkt und keine weitere Begründung ausgewiesen, obwohl der Patient zu diesem Zeitpunkt schon 6 Wochen im Krankenhaus war. Der Verlängerungsantrag ist ja erst nach 6 Wochen gestellt worden. Man nimmt aber für die Behandlung eines Myocardinfarktes 6 Wochen an; daher ist bei der Kasse der Eindruck entstanden, daß eine zusätzliche Begründung notwendig sei. In Wirklichkeit, Herr Kollege Dr. Stepantschitz, handelte es sich aber nicht um einen Myocardinfarkt, sondern um einen Reinfarkt. Wenn nun der betreffende Arzt hinaufgeschrieben hätte „Reinfarkt“, hätte die Krankenkasse erkannt, daß eine längere Behandlung notwendig ist und sie hätte die Verlängerung ohne Rückfrage ausgeschrieben. Dieser Mangel des Arztantrages hat die Kasse veranlaßt, eine schriftliche Rückfrage an das Krankenhaus zu stellen und außerdem den Patienten zu verständigen, daß sein Antrag wegen verspäteter Einbringung und nicht entsprechender ärztlicher Begründung abgelehnt werden müsse, daß aber eine Überprüfung dieser Ablehnung auf Grund ergänzender ärztlicher Unterlagen möglich sei. Das Schreiben ist das, was man einen Schuß vor den Bug nennt. Das war der Fehler der Krankenkasse, wenn überhaupt ein Fehler vorliegt. Wir sollen aber zugeben, daß er sich begründet eingeschlichen hat, denn er wäre wahrscheinlich nicht entstanden, wenn der Antrag rechtzeitig gestellt und der Reinfarkt als Begründung angegeben worden wäre. (Abg. DDr. Stepantschitz: „Der Chefarzt der Krankenkasse hatte kein Interesse für diesen Fall.“) Ich möchte mich darauf nicht weiter einlassen, sondern nur sachlich feststellen, daß die Krankenkasse auf Grund ihrer Satzungen verpflichtet ist, den Versicherten von jeder Ablehnung in Kenntnis zu setzen. Ich glaube, daß das eine ganz klare Sache ist. Das ist ein Rechtsgrundsatz in jedem Rechtsstaate. Wenn ein Berechtigter von der Ablehnung seines Antrages nicht verständigt wird, so ist das eine Verfahrensverletzung. Man kann diesen Grundsatz nicht ohne weiteres umwerfen. Die Satzungen sind auf Grund des Bundeskrankengesetzes erlassen und vom zuständigen Ministerium genehmigt. Eine negative Seite dieses Rechtsgrundsatzes ist allerdings darin gelegen, daß eine Ablehnung eines wie immer arteteten Antrages, auch einer Baubewilligung oder einer Fürsorgeunterstützung, einen kranken Menschen, der an einem Myocardinfarkt leidet, umwerfen kann. In diesem Falle nicht den Patienten, sondern die Spitalsverwaltung zu verständigen war nicht möglich, da der Versicherte der Anspruchsberechtigte ist und nicht die Spitalsverwaltung. (Abg. DDr. Stepantschitz: „In diesem Falle hat nicht der Patient, sondern die Spitalsverwaltung

angesucht.“) Ich stelle fest, daß die Verständigung auf Grund eines Verwaltungsübereinkommens vom Jahre 1950 an die Spitalsverwaltung und an den Versicherten zu ergehen hat. In diesem Falle wäre es allerdings nahe gelegen, und da hat der Herr Abg. Dr. Stepantschitz recht, daß der Arzt, der diese Verständigung anordnete, den Fall nicht mit Formular, sondern durch sein persönliches Einschreiten hätte ordnen müssen. Damit aber im Hohen Hause niemand auf die Idee kommt, daß ich etwa die Kasse aus politischen Interessen irgendwelcher Art verteidige, stelle ich ausdrücklich fest, daß der betreffende Vertrauensarzt der Kasse, der so gehandelt hat, kein Sozialist ist. Mehr sage ich dazu nicht.

Im übrigen habe ich als Referent die sachliche Seite dieses Vorganges längst geregelt. Ich habe mit der Kasse vereinbart, daß solche Fälle in Zukunft durch persönliche Anstaltsbesuche des Vertrauensarztes geregelt werden und daß auf schriftlichen Rückfragen Unnötiges unterbleibt. Ich glaube, mein möglichstes getan und einen Beitrag geleistet zu haben, um das Mißverständnis aus der Welt zu schaffen.

Die Behandlung der Krankenhausfragen kann ich mit Rücksicht auf das, was in der Debatte gesagt wurde, leider nicht abschließen, ohne auf die dargestellten Wünsche und auf die bauliche Entwicklung der Anstalten zurückzukommen. Ich darf also folgendes feststellen: Die Erweiterung des Landeskrankenhauses Judenburg ist abgeschlossen. Die Fertigstellung des zweiten Bauabschnittes in Wagna, von dem Dr. Stepantschitz gesprochen hat, ist im außerordentlichen Landesvoranschlag sichergestellt. Er wird im kommenden Jahr bezogen werden können. Das neue Krankenhaus in Wagna ist ein schönes, zweckmäßiges und solides Haus geworden und geeignet, ein Schwerpunktspital für die südliche Steiermark und das ganze Grenzland zu sein. Das Personalhaus in Knittelfeld wird im kommenden Jahr fertig und das Personalhaus in Feldbach ist so gut wie fertig. Der Bau der Frauenabteilung in Leoben schreitet gut voran. Er wird im Kreditwege finanziert. Mit der Errichtung dieser neuen Abteilung wird eine große Sorge für die Obersteiermark beiseitegeschafft werden. Im Jahre 1960 hoffen wir auch mit dem Bau der neuen Operationsaalgruppe für die chirurgische Klinik in Graz zu beginnen. Damit wird einem großen Übelstand an dieser Klinik abgeholfen werden. Die Schwierigkeiten, von denen heute gesprochen wurde, werden sich dadurch etwas lockern. Die im Voranschlag vorgesehenen Mittel werden jedenfalls ausreichen, um den Rohbau der Operationsaalgruppe herzustellen. Der Küchenumbau des Landeskrankenhauses in Graz wird fertig. Weiters haben wir kleinere Erweiterungsbauten in Mürzzuschlag und in Hartberg begonnen, in Mürzzuschlag die Erweiterung der sanitären Anlagen und der Bäder, in Hartberg die Schaffung einer Säuglings- und Entbindungsstation. Beides wird nächstes Jahr fertig. Die Frage der Abwasserbeseitigung auf der Stolzalpe glauben wir in Angriff nehmen zu können. Für das Krankenhaus Bad Aussee ist im außerordentlichen Landesvoranschlag auch ein Erweiterungsbau vorgesehen. Das Vorhaben ist mit 2 Millionen bedeckt und wir werden damit einen Schritt

vorwärts kommen. Daß in diesem Krankenhaus unzulängliche Verhältnisse sind und daß wir gezwungen sein werden, mit diesen aufzuräumen, das habe ich Ihnen ja schon anlässlich der Debatte über den Ankauf dieses Krankenhauses sagen müssen. Es ist mit seinen 37 Betten von vornherein zu klein gewesen. Heute haben wir 44 Betten. Wir haben einiges in der Zwischenzeit schon verbessert. Der nächste Schritt ist der Erweiterungsbau. Leider ist der dafür zur Verfügung stehende Raum äußerst knapp. Wir hoffen endlich, die Personalhausbauten in Leoben und Graz und wenn möglich den Bau eines Personalhauses auf der Stolzalpe in Gang zu bringen. Und wir hoffen schließlich, daß auf Grund der mit dem Bund geführten Verhandlungen unsere größte Aufgabe, der Bau einer Kinderklinik in Graz und die Lösung der Frage der 3. Chirurgie, ernstlich in Angriff genommen werden kann. Im Voranschlag sind dafür 15 Millionen vorgesehen, von denen 10 Millionen bedeckt sind.

Ich leugne keineswegs, daß überall in den Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten auch noch andere dringende Fragen baulicher Art zu lösen wären. Die chir. Abteilung in Bruck a. d. M. ist viel zu klein geworden, das wissen wir längst. Sie ist ständig überbelegt, die Operationssäle reichen nicht aus, wir werden daher auch an die Projektierung dieser Sache herangehen und versuchen müssen, eine allgemeine kostensparende, aber ordentliche Bereinigung durchzuführen. Aber, gestehen Sie selbst, die dringendste unter allen Spitalsaufgaben ist der Bau der Kinderklinik in Graz. Diese Frage muß bereinigt werden.

Ich hoffe aber auch, daß man dem Resolutionsantrag, der dem Hohen Haus hinsichtlich der Behandlung der Kinderlähmungsfälle vorliegt, näher treten kann. Es zeichnet sich hier eine mögliche Lösung ab, von der ich Sie hoffentlich bald in Kenntnis setzen kann. Ich möchte heute nicht darüber reden, bevor ich sie nicht ernstlich unter Zuziehung der notwendigen Fachleute geprüft habe.

Damit, meine Damen und Herren, glaube ich Ihnen das Notwendigste zur Debatte und zum Kapitel „Probleme der Spitäler“ gesagt zu haben. Bleibt nur, daß ich Ihnen und der Hohen Landesregierung für das Verständnis danke, bleibt, daß ich den damit befaßten Abteilungen und den Ärzten, den Verwaltern, den Schwestern und dem ganzen Hilfspersonal aller Sparten für die geleistete Arbeit danke und daß ich Ihnen, meine Damen und Herren, versichere, daß wir es bei der schwierigen und nicht immer dankbaren Arbeit auch in Zukunft in den Landesspitälern, Heil- und Pflegeanstalten so halten wollen wie bisher, und bleibt schließlich, daß ich auch den privaten Krankenanstalten meinen Dank vor dem Hohen Haus abstatte. (Allgemein lebhafter Beifall.)

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Das Schlußwort hat der Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Abg. **Rauch:** Ich verzichte.

Präsident: Wir stimmen über diese Gruppe ab. Ich ersuche die Abgeordneten, die der Gruppe 5 zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 5 ist a n g e n o m m e n .

Ich unterbreche die Sitzung bis 20 Uhr.

(Wiederaufnahme der Sitzung um 20.10 Uhr.)

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Es kommt zur Behandlung die

Gruppe 6: „Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen.“

Berichtersteller ist Abg. Ing. Koch. Ich erteile ihm das Wort.

Berichtersteller Abg. **Ing. Koch:** Hoher Landtag! Auch die Gruppe 6, welche das gesamte Bauwesen umfaßt, zeigt in ihren Ansätzen eine Reihe von Erhöhungen gegenüber dem Vorjahre. Auf der Ausgabenseite sind für 1960 264,699.800 S, Einnahmen 71,956.000 S, da sind also rund 32 Millionen für das Jahr 1960 mehr präliminiert. Mit diesen bedeutenden Summen werden auch gewaltige Privatmittel mobilgemacht, so daß auf dem Bausektor eine weitere Wirtschaftsbelebung Platz greifen wird. Für den gesamten Wohnbausektor stehen 18,542.100 S mehr zur Verfügung. Auch für die Landesstraßen sind um 10,631.000 S mehr vorgesehen. Dieses Kapital wurde im Finanzausschuß mit besonderer Anteilnahme und besonderer Gründlichkeit besprochen und es ist dort eine Reihe von Wünschen geäußert worden. Erhöhungen weisen auf die Post Wasser-, Wehr- und Wildbachverbauung. Es liegt auch ein Antrag vor, wonach die Landesregierung aufgefordert wird, beim Bund die Übernahme der Straße Eibiswald—Lavamünd zu betreiben. Weiters wurden 3 Anträge verschiedener Art zu dieser Gruppe 6 eingebracht.

Um ein Mehrfaches hat sich in den letzten Jahren die Bereitstellung der Mittel auf dem Bausektor vergrößert. Trotzdem wurden vom Landesbauamte diese unvorstellbaren Anforderungen hinsichtlich Planungen, Abrechnungen, Überprüfungen und Überwachungen ohne nennenswerte Personalausweitungen bewältigt. Ich glaube, dem Herrn Landesbaudirektor und allen seinen Mitarbeitern namens des Finanzausschusses Anerkennung und Dank aussprechen zu dürfen, insbesondere aber danke ich der gesamten Beamtenschaft des Wohn- und Siedlungswesens für ihre geleisteten vorbildlichen Arbeiten.

Ich stelle den Antrag, das Hohe Haus wolle der Gruppe 6 seine Zustimmung geben.

Abg. **Ertl:** Hoher Landtag! Wir haben mit großer Befriedigung feststellen können, daß in der Gruppe 6 Post 661,52 „Erhaltung der Straßen“ von 21 auf 23,5 Millionen Schilling erhöht und die Post 661,53 „Ausbau und Neubau von Landesstraßen“ von 55 Millionen Schilling auf 59,180.000 Schilling erhöht wurde. Es sei mir gestattet, daß ich in meinen kurzen Ausführungen mich mehr auf die obersteirischen Verhältnisse beziehe.

Wir können mit großer Genugtuung und Freude feststellen, daß in den vergangenen 5 Jahren viele obersteirischen Gemeinden in den Bezirken Judenburg, Knittelfeld und Murau sich sehr bemüht haben, ihre Gemeindestraßen auszubauen und auch viele Güterwege zu errichten, mit modernsten Weg-

baumaschinen bemüht waren, die Wege in die entlegensten Täler und Gräben zu verbessern und dadurch dem Verkehr zu erschließen. Man hat schon des öfteren gehört, die Obersteierer seien steinreich. Ich muß zur Erörterung und zur Erklärung hinzufügen: Steinreich, daß heißt mit Steinen versorgt. Diese Steine kommen dem Wegbau sehr zugeute. Wenn wir daran denken, im Grenzland einen Weg zu bauen, so muß die ganze Trasse entsprechend mit Steinen grundiert und diese herbeigeschafft werden, das beansprucht hier einen bedeutenden Mehrkostenaufwand gegenüber jenem in der Obersteiermark. Die Interessenten haben auch namhafte Beträge geleistet zum Ausbau der Gemeinde- und Güterwege, und zum Leidwesen des Herrn Kollegen Scheer, der nicht da ist, muß ich betonen, daß der Landeshauptmann in den dringendsten Fällen den bedürftigen Gemeinden mit Bedarfszuweisungen tatkräftig unter die Arme gegriffen hat. Der Herr Landeshauptmann hat im heurigen Jahr für den Güterwege- und Gemeindewegebau dieser 3 Bezirke 1,200.000 S zur Verfügung gestellt. (Abg. Sebastian: „Waren das Steuergelder oder Gelder des Landeshauptmannes?“) Ich will dem anschließen, daß es außer Zweifel ist, daß diese Beträge nicht der Landeshauptmann aus eigener Tasche geleistet hat, sondern Steuergelder der gesamten Bevölkerung und auch der Bauernschaft dazu beigetragen haben. (Zwischenruf bei SPO: „Dieser ewige Weihrauch!“)

In den letzten Jahren konnten wir interessanterweise feststellen, daß viele Ausflügler und Urlauber und auch Ausländer die Bundesstraßen zu meiden anfangen, sie flüchten in entlegene Täler und Gräben, um dort Entspannung und Erholung zu finden. Es ist sehr zu begrüßen, daß man bemüht ist, auch diese entlegenen Täler und Gräben wegmäßig zu erschließen. Von den Bundesstraßen der Obersteiermark darf ich betonen, daß der Herr Referent hier zugesichert hat, daß, wie vorgesehen, die Bundesstraße Weißkirchen—Obdach—Landesgrenze fertig ausgebaut wird. Eine große Sorge für die Obersteiermark ist noch immer die Triebener Straße von Trieben am Hohentauern, gerade im Herbst und im Frühjahr ist das Befahren dieses Weges mit wirklich großen Gefahren verbunden. Leider steigert sich von Jahr zu Jahr die Zahl der Unfälle. Vom Landesbauamte ist vorgesehen, daß ein Kanal gebaut wird, womit man feststellen will, ob sich das Gelände endlich beruhigt hat, und wenn die Voraussetzungen gegeben sind, wird dieses große Projekt in Angriff genommen. Ich darf noch besonders die Notwendigkeit des Ausbaues unterstreichen, weil von den Ausländern diese Strecke Trieben—Hohentauern schon zum größten Teil umfahren wird.

Wir haben hier auch besonders auf den errichteten Gemeinde- und Güterwegen eine unvorstellbare Frequenzsteigerung in den vergangenen Jahren erlebt. Es kommt noch hinzu die Technisierung auf dem Lande, die an die Straßen bedeutende Anforderungen gestellt hat, und leider müssen wir feststellen, daß gerade die Landgemeinden draußen beim besten Willen nicht in der Lage sind, die Straßen so zu erhalten, zu pflegen und zu betreiben, daß sie den gegebenen Anforderungen ent-

sprechen. Deswegen haben wir die vielen Anträge aus der Obersteiermark, in denen die Landesregierung ersucht wird, doch in den dringenden Fällen Gemeinde- und Güterwege als Landesstraßen zu übernehmen.

Ich verweise hier besonders auf einzelne Fälle, wie auf die Straße Oberzeiring, Hohegg, Schildern. Hier ist die Frequenz in besonderem Maße gestiegen durch den Fremdenverkehr und durch die Erschließung Lachtalhaus—Klosterneuburgerhütte. Schon 1958 wurde festgestellt, daß täglich 500 Fahrzeuge diese Strecke befahren, und deshalb möchte ich besonders bitten, diese Strecke in die Betreuung des Landes zu übernehmen. Wir haben dann noch die Straße Obdach—St. Wolfgang. Der Ort St. Wolfgang, der sich in einer wunderbaren Lage am Fuß des Zirbitzkogels befindet, übt eine besondere Anziehungskraft auf die Fremden aus und wäre die Straße, die einst im Rahmen eines Güterwegbaues erstellt wurde, auch in die Betreuung des Landes zu übernehmen. Dasselbe gilt für die Straße über Laßnitz an die Landesgrenze.

Ich möchte abschließend sehr bitten, daß die Landesregierung die vielen Anträge auf Straßenübernahmen einer gewissenhaften Überprüfung unterziehen und sich nach den gegebenen Voraussetzungen und Notwendigkeiten bemühen möge, verschiedenen Gemeinden die unerträglichen Lasten abzunehmen und diese Straßen, die derzeit noch in sehr gutem Zustande sind, in ihre Betreuung zu übernehmen. (Beifall.)

Präsident Wallner: Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Es muß erfreut festgestellt werden, daß der Ausbau des Straßennetzes der Steiermark in den letzten 10 Jahren bedeutende Fortschritte gemacht hat. Vor allem im Mittelland, in der südlichen Steiermark und im Grenzland, die jahrzehntelang dem Verkehr überhaupt nicht erschlossen waren, war es erst durch die Entwicklung der technischen Einrichtungen möglich, das Straßenbaumaterial aus dem Norden herunterzuschaffen, um dort straßenbauliche Maßnahmen durchzuführen. Ich habe schon vor Jahren hier aufgezeigt, daß der Ausbau des Straßennetzes eine Notwendigkeit ist und auch daß es unerläßlich wäre, eine kurze Verbindung von der Grenze im Gebiet Leibnitz in die Oststeiermark ins Raabtal zu schaffen. Früher mußte jeder, der eine Straße benützt hat, über Graz fahren. Ich darf feststellen, daß der Ausbau dieser Strecke so fortschreitet, daß wir in 2 bis 3 Jahren hoffen dürfen, diese Verbindung errichtet zu haben.

Wir von der Landwirtschaft interessieren uns auch sehr für den Ausbau der Landesstraßen, aber von ganz besonderem Interesse ist für uns der Wegebau von der Straße weg in die einzelnen Dörfer und zu den einzelnen Gehöften der Landwirtschaft. Hier mache ich mich zum Sprecher Hunderter von Bürgermeister, deren größte Sorge es ist, die Mittel aufzubringen, um die Wege einigermaßen instandzusetzen. Viele haben ja keine Ahnung, wie diese Gemeinde- und Interessentenwege in unseren Gemeinden aussehen, auf denen

heute mit der zunehmenden Mechanisierung und Motorisierung mit schweren Fahrzeugen gefahren werden muß.

Um hier Hilfe zu leisten, würde ich zwei Vorschläge machen. Einmal glaube ich, wird es notwendig sein, den Antrag aufzugreifen, den unsere Fraktion schon einmal hier gestellt hat, nämlich ein System von Konkurrenzstraßen zu errichten. Wir haben Verständnis dafür, daß das Land vorerst alle jene Straßenzüge aufnimmt, die schon mit Autobussen befahren werden, aber noch Gemeindestraßen sind. Wir stellen uns vor, daß es möglich wäre, einmal solche Straßenzüge, die noch in einem Zustand sind, daß sie vom Land übernommen werden können, in eine Konkurrenzstraße zwischen Land und Gemeinde zu verwandeln, wenn das Land bereit ist, pro Kilometer soundsoviel dazuzuzahlen. Denn dann werden diese Straßen unter Aufsicht der Gemeinden die notwendige Betreuung erfahren. Das zweite wäre, daß ich eintreten muß dafür, daß die Mittel, die aus den öffentlichen Beiträgen den Gemeinden zukommen, etwas gerechter verteilt werden, als dies heute der Fall ist. Wir müssen feststellen, daß in reichen Industrie- und Stadtgemeinden z. B. ein Hallenbad gebaut wird, das im Winter geheizt wird, während draußen in den Landgemeinden die Bauern Robotschichten leisten müssen wie im Mittelalter, um ihre Wege einigermaßen instandzusetzen. Hier wäre eine gerechte Verteilung im Interesse unserer ganzen Bevölkerung am Platze. Wir müssen erreichen, daß es wert ist auf dem Lande zu leben. Was für die Verbesserung der Wege geschieht, das dient der Bauernschaft und somit der Erhaltung eines gesunden Bauernstandes. Ich möchte bitten, hier mehr Gerechtigkeit walten zu lassen als bisher. (Starker Beifall.)

Abg. Bammer: Hohes Haus! Die Ziffern des Voranschlags über die für das kommende Jahr zur Verfügung stehenden Wohnbauförderungsmittel geben mir Gelegenheit, zur Frage des Wohnungsbaues, der Wohnungsvergebung und Wohnungszuteilung in unserem Land einiges zu sagen. Ich bin überzeugt, daß außer dem Artikel, der bereits vor einigen Tagen in der „Tagespost“ gestanden ist, auch andere Artikel darauf hinweisen werden, daß eine nicht unbedeutliche Erhöhung der verfügbaren Mittel im kommenden Jahr festzustellen ist. Mit diesem Bericht untrennbar sind die Hoffnungen und Wünsche zahlreicher schlecht wohnungsversorgter Familien verbunden, die entweder überhaupt keine Wohnungen haben, in Baracken schlecht untergebracht sind oder in Delogierten-Heimen und Gasthauszimmern leben.

Die Beratungen und Diskussionen über diese Probleme, die sowohl beim Bundesvoranschlag als auch in den Landtagen, besonders aber in den Gemeindestuben durchgeführt werden, sind ja bekannt. Ich möchte nur an diese Ziffern und die damit verbundenen Hoffnungen einige Betrachtungen anknüpfen. Wir sollen zuerst einmal sachlich überprüfen, ob mit diesen höheren Mitteln auch tatsächlich mehr Wohnungen im kommenden Jahr gebaut werden können. Ich möchte darauf hinweisen, daß der Bundes-Wohnungs- und Siedlungs-

fonds, der bisher für die Förderung der vorliegenden Darlehensanträge pro Wohnung 66.000 S gegeben hat, gezwungen ist, in Hinkunft, also ab 1. Jänner 1960, je Wohnung 72.000 S zu geben, und daß auch die Forderungen und Wünsche der Gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen und Gemeinden darauf gerichtet sind, schon in kurzer Zeit 80.000 S je Wohnung als Förderungssumme zu erhalten. Wir stellen daher fest, daß eigentlich mit den Mehrbeträgen nicht mehr neue Wohnungen gebaut werden können, weil nur die in den letzten Jahren eingetretenen Erhöhungen am Baukostensektor abgegolten werden. Wir stellen fest, daß sowohl die steigenden Baukosten am Materialsektor als auch die unrationelle Auswertung der Arbeitskräfte dazu führen, daß ein Abwerben der verschiedenen Spezialarbeiter erfolgt und daß daher damit untrennbar höhere Kosten auf dem Personalsektor eintreten. Wir müssen also offen zugeben, daß trotz der nun mehr zur Verfügung stehenden Mittel kaum wesentlich mehr Wohnungen gebaut werden können.

Wir haben auch zu gewärtigen, daß einvernehmlich im kommenden Jahr bei Vergebung der Mittel für die Wohnbauförderung 1954 eine wenn auch nicht volle Annäherung an die Förderungsart des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds angestrebt wird, weil es die Mieter und die Bevölkerung nicht verstehen, daß in 2 Häusern, die zu gleicher Zeit nebeneinander gebaut werden, ein wesentlicher Mietzinsunterschied besteht, der aus der verschiedenen Finanzierungsart zu erklären ist. Wollen Sie es dem Mieter erklären, daß für eine gleich große Wohnung, die zur gleichen Zeit gebaut wurde, von der gleichen Gemeinde oder der gleichen Bauvereinigung auf dem gleichen Grundstück wesentlich verschiedene Mietzinse verlangt werden? Es wird Ihnen das bei der Masse der Mieter nicht gelingen. Die zweite Frage, die sich bei Behandlung des Wohnbaues ergibt, ist die: Wird die Wohnungsnot durch die Neubauten in unserem Lande wirksam bekämpft? Wir stellen offensichtlich einen Unterschied in der Auffassung fest, was wir unter Wohnungsnot zu verstehen haben. Jeder kann derzeit in Österreich, ohne Rücksichtnahme auf sein Einkommen oder das Familieneinkommen, eine Wohnung entweder aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds oder aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds oder aus der Wohnbauförderung 1954 beanspruchen. Es ist durchaus keine Beschränkung auf Grund des Einkommens, keine Beschränkung im Hinblick auf die Bedürftigkeit und Dringlichkeit, zumindest keine generelle, keine gesetzliche. Die einzelnen Gemeinden haben es sich in Anbetracht der großen Wohnungsnot angelegen sein lassen müssen, ein strenges Auswahlssystem einzuführen. Ich darf da an die Stadtgemeinde Graz, aber auch an die Stadtgemeinde Leoben und noch andere Gemeinden erinnern. Viele Gemeinden haben ein beachtenswertes Auswahlssystem, nach dem die Dringlichkeit der Wohnungswerber beurteilt wird. Die Inanspruchnahme oder der Anspruch auf eine neue Wohnung, die aus sozialen Fonds gefördert wird, ist in den meisten Fällen mit der Aufbringung von mindestens 10% der Bausumme aus Eigenmitteln verbunden, wo-

bei die Form der Zinsvorauszahlung, die einmal stark üblich war, immer mehr durch Baukostenzuschüsse abgelöst und natürlich bei Eigentumswohnungen noch sehr wesentlich durch die anteiligen Baugrundkosten erhöht wird. Beiträge dieser Art zwischen 20.000 und 50.000 S sind bei Inanspruchnahme einer mittleren Wohnung durchaus nicht ungewöhnlich.

Es erhebt sich natürlich die Frage, wer ist in der Lage, diese Beträge innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit auf den Tisch zu legen, der Wohnbauvereinigung oder der Gesellschaft zu übergeben. Wir stellen nüchtern fest, daß bessere Verdienner, die Familien mit Mehrverdienern, manchmal leider auch der Wohnungsschacherer und Wohnungshändler am stärksten und am ehesten bei dieser Art zum Zuge kommen. Es sind nicht die Bedürftigsten, die kinderreichen Familien, die in den Genuss einer solchen Neubauwohnung kommen. Nun erhebt sich bei Freiwerden der Altwohnungen auf Grund der Übersiedlung in Neuwohnungen die weitere Frage, was geschieht mit den alten Wohnungen? Wir haben eine lebhaftete Diskussion abgeführt, ob es notwendig war, die Wohnungsbe-wirtschaftung auslaufen zu lassen. Es hat da eine wirklich heftige Diskussion gegeben, aber wer ist maßgebend, daß das Wohnungsbewirtschaftungsgesetz nicht verlängert worden ist? Es ist bei den Fraktionen, außer den Sozialisten, die Meinung durchgedrungen, man müsse von der Wohnungszwangswirtschaft wegkommen, es müsse ein freies Spiel von Angebot und Nachfrage hier eintreten, es müsse auch für die Wohnung das gegeben werden, was sie wert sei. Es muß also ein junges Ehepaar, um eine Wohnung zu halten, auf ein Motorrad oder einen Kleinwagen verzichten. In Graz stellen wir leider immer wieder fest, daß in sehr starkem Ausmaß die Besitzer der Häuser mit gerichtlichen Kündigungen, mit Klagen vorgehen und diese Klagen auch unter dem Titel „Eigenbedarf“ durchsetzen, daß sie Delogierungsanträge stellen, die gnadenweise in den kalten Wintermonaten einige Male ausgesetzt werden. Schließlich landen die Familien entweder in Fremdenzimmern, zu deren Kosten die Gemeinde eine halbe Million im Jahr zuschießen muß oder sie werden, als Folge der tristen Situation, des Nachdrängens anderer in eines der Delogierten-Heime eingewiesen. Abg. Stöffler hat gesagt, daß, kaum ein Delogiertenheim fertig ist, es auch schon bezogen wird. Kaum ist ein solches Heim errichtet, gehen frisch und fröhlich die Delogierungen weiter, die Gasthauszimmer werden wieder mit Wohnungsuchenden, mit Kindern vollgestopft. Die so freiwerdenden Wohnungen werden nicht sehr selten nicht dem ursprünglichen Zweck des Eigentumsbedarfes nutzbar gemacht, sondern werden, was sachlich festzustellen ist, an bessere Zahler vergeben, aber nicht an kinderreiche Familien, sondern an Einzelpersonen, an ausländische Studenten, die sehr häufig pro Bettstelle, per Zimmer 700 bis 800 S bezahlen und die auch in der Lage sind, noch mehr zu bezahlen. (Abg. Dr. Aßmann: „Das ist das Ergebnis Eurer Wohnungspolitik!“) Ich kann ein ganzes Haus in der St. Peter-Hauptstraße anführen, wo

nur mehr ausländische Studenten wohnen. Der Besitzer hat sich da ein sehr lukratives Unternehmen geschaffen, ein echtes Asyl. Es wird immer der Vorwurf erhoben, wenn die Hausbesitzer, sowie die Gemeinden es wagen, 8 S pro m² zu verlangen, dann werden sie Zinsgeier genannt. Ich möchte ordnungshalber darauf hinweisen, daß jeder Bauherr, sei es die Gemeinde, eine Bauvereinigung oder ein Privater, ohne daß er an einer gesetzlichen Bestimmung scheitert, die tatsächlichen Baukosten den Mietern anrechnen kann. Sowohl die Privaten als auch die Genossenschaften können die tatsächlich ermittelten Baukosten einrechnen, aber den Wohnungsuchenden, den wirtschaftlich bedürftigen Familien kann man nicht immer zumuten, die Baukosten in Form von Mietzinsen abzustatten. Durch die Gewährung verllorener Bauzuschüsse oder Verzicht auf die Verzinsung der Eigenmittel kann man zu tragbaren oder zu billigen Mieten kommen.

Ich möchte zu diesem Problem, wie man das Wohnungsproblem nicht diskutieren soll, auf etwas hinweisen, das in diesem Jahre vorgefallen ist. Die „Tagespost“ hat am 21. April dieses Jahres unter dem Titel „Heute schlafen wir auf der Straße — eine 4köpfige Familie delogiert — Dr. Speck: Ich kann nichts machen“ unter anderem geschrieben: „Das sture Festhalten der SPO an ihrer schon längst überholten Wohnungspolitik und ihr ebenso sturer Widerstand gegen die von der ÖVP ausgearbeitete Neuregelung des gesamten Wohnraumproblems fordern jeden Tag neue Opfer. Kleine Leute sind es, die auf Grund bestehender Gesetze ihr letztes Notquartier verlieren und plötzlich mit ihrer Familie und all ihrer Habe auf der Straße stehen.“ Und dann weiter unten: „Seit 7 Jahren versucht er unermüdlich, eine kleine Wohnung in Hauptmiete aufzutreiben, seit 7 Jahren ist er beim Grazer Wohnungsamt mit 44 Punkten registriert.“ Das Punktesystem besteht erst seit 1½ Jahren! „Doch alle Bemühungen blieben bisher ergebnislos, obwohl sich der ÖVP-Gemeinderat Möstl ganz besonders für ihn einsetzte. Nach der gestrigen Delogierung rief der Elektriker den Grazer Bürgermeister Dr. Speck an und bat um Hilfe. Ich kann nichts machen, war dessen ganze Antwort.“ (Zwischenruf: „Traurig!“) Ja, sehr traurig! Am Schluß dieses Artikels heißt es: „Die sozialistische Gemeinde Graz konnte der Familie mit einem Gesamteinkommen von rund 2000 S nicht helfen, vielleicht findet sich doch ein Grazer und hilft dem Delogierten aus seiner verzweifelten Lage. Was diese Berichterstattung interessant macht, 3 Tage vorher hatte in der gleichen Zeitung auf der Inseratenseite jeder die Möglichkeit, sich frei eine große Zahl von Wohnungen nach Lage und Größe auszusuchen. Ich darf einige dieser Annoncen anführen: „Eigentumswohnungsrücktritt im dritten Bezirk, 3 Zimmerwohnung, große Eigentumswohnung in zu erbauendem Hause in der Nähe des Lendplatzes, nur 16.500 S, bar notwendig nur 8000 S, 6 Zimmerwohnung im 5. Bezirk, 3 Zimmerwohnung im ersten Bezirk, 2 Zimmerwohnung im zweiten Bezirk, Aufbauwohnung im 1. Bezirk 60.000 S oder: Wohnbaubeschaffung Schießstattgasse, 3 Zimmer nur 55.000 S, oder: 2—5 Zimmer

mit Küche und Bad 57.000 S.“ Das alles ist drei Tage vor dem Artikel in der „Tagespost“, also in der gleichen Zeitung gestanden. (Abg. Dr. Pittermann: „Ich kenne einen Sozialisten, der verlangt auch 55.000 S. Aus Fairness nenne ich ihn nicht!“) Ich wundere mich nur, daß der ÖVP-Gemeinderat Möstl von Graz die „Tagespost“ nicht genauer gelesen hat. Das wäre doch das einfachste gewesen, in die Redaktion zu gehen und zu sagen, da ist ein Bedürftiger, der hat 2000 S Einkommen, er gehört also nicht zur ganz benachteiligten Schichte in Österreich, er könnte sich also eine Wohnung leisten. Warum kommt es also zu diesem Problem? Die ganze Schreibart ist so diametral entgegen dem, was in Wirklichkeit notwendig ist, daß man sich wirklich erst einmal damit befassen muß. Was nützen uns die familienpolitischen Vereine mit ihren Resolutionen?! Ich achte sie selbstverständlich. Aber sehen Sie, die 2 Zimmerwohnung mit Küche ist heute das, was Österreich braucht. 67% aller Wohnungslosen würden eine 2 Zimmerwohnung brauchen. Man liest immer die Forderung, für Kinder verschiedenen Geschlechtes gehören getrennte Zimmer. Was nützt es, wenn wir uns bemühen, durch Kinder- und Geburtenbeihilfen und Steuerbegünstigungen die Bereitschaft, Kinder in die Welt zu setzen, zu unterstützen und damit die Existenzgrundlage des Volkes zu sichern, wenn auf der anderen Seite weiter diese Wege beschritten werden und wir erkennen müssen, daß das wichtigste für eine Familiengründung, das Dach über dem Kopf, fehlt. Wenn die Wohnungen nicht nach Bedürftigkeit und Dringlichkeit, sondern nur nach Maßgabe des Geldes zur Verfügung stehen! Der, der Geld hat und sagen kann, hier sind 50.000 oder 60.000 S, der kann morgen einziehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, warum sage ich das? Ich wollte Sie nicht ärgern damit, Sie kennen die Dinge ja genau so wie wir. In Ihren Parteiberatungen wird auch ein verantwortlicher Referent zu diesen Dingen stehen und dann fragen: „Was können wir dagegen tun?“ (Lhstv. Dipl. Ing. U d i e r: „Sie verhindern ja seit 40 Jahren bewußt, daß das Mietenproblem geregelt wird. Das ist daher Ihre Schuld.“) (Abg. S c h e e r: „Das Mietenproblem ist nicht von einer Seite aus zu lösen, das muß generell gelöst werden! Das sind Einzelheiten, die nicht auf den Grund des Mietenproblems stoßen!“) Ich habe nicht ohne Absicht darauf hingewiesen, weil ich mich damit beschäftigt habe. Ich glaube nämlich, daß wir gemeinsame Anstrengungen unternehmen müssen, um bei der Vergabe von Neubauwohnungen dem Rechnung zu tragen, was notwendig ist. Die Abgeordneten, die sich damit beschäftigen, wissen bestimmt, daß in Westdeutschland z. B. die Erlangung einer Wohnung an eine Einkommensgrenze gebunden ist. 9000 Mark Jahreseinkommen ist die Grenze. Wer darüber verdient, kann eine geförderte Wohnung nicht in Anspruch nehmen. Sollen wir uns nun auf die Beschränkung der Anspruchsberechtigten auf Grund der Einkommensverhältnisse einlassen, oder sollten wir anstreben, daß wir den kinderreichen, die keinerlei zusätzliches Einkommen haben und bei denen nicht mehrere Familienmitglieder selbst

verdienen, in irgendeiner Form bei der Aufbringung der Eigenmittel helfen? Nicht vom Land aus, das ist klar. Aber man müßte sich auf der Bundesebene mit dieser Frage beschäftigen. Bei einer gewissen Kinderanzahl und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse müßten wir die Eigenmittel solcher Familien in Form eines zinslosen Kredites verstärken, nur so kann eine solche Familie zu einer Wohnung kommen, die für sie von allen Familienverbänden und von der Sozialpolitik heute gefordert wird. Es soll nicht so sein, daß nur der Finanzstarke eine Wohnung in Anspruch nehmen kann, sondern es soll auch kinderreichen Familien die Möglichkeit gegeben werden, durch Hilfe bei der Aufbringung der Eigenmittel diese unübersteigbaren Hindernisse zu bewältigen. Ich glaube, daß eine bessere Bedachtnahme und Berücksichtigung der Bedürftigen und Berücksichtigung der Notwendigkeiten einer kinderreichen Familie das Gebot der Stunde ist.

Sonst werden wir unentwegt Wohnungen bauen und verständnislose Familienerhalter vorfinden, die uns den Vorwurf machen, daß wir an der eigentlichen Wohnungsnot vorbeigebaut haben. Es wird der Letzte die Bereitschaft verlieren, unter schlechten Wohnungsverhältnissen Kinder und Staatsbürger heranzuziehen, die unbedingt notwendig sind. (Abg. Scheer: „Schuld ist die Koalitionspolitik.“) Familiengerechte Wohnungen müssen gebaut werden, in denen kinderreiche und bedürftige Familien dann einziehen können. (Beifall bei SPÖ.)

Abg. Hofbauer: Hoher Landtag! Ich will mich bei der Gruppe 6 besonders mit dem Kapitel Bundes- und Landesstraßen befassen. Zu Beginn meiner Ausführungen bin ich in der glücklichen Lage, kein Geld von Bund und Land zu benötigen. (Bravorufe.) Es handelt sich um die im Spätherbst fertiggestellte Pötschenstraße. Ich bringe das deswegen, weil Mitte November, als diese Straße fertiggestellt wurde, dies kaum in den Zeitungen publiziert wurde. (Lhstv. Dipl. Ing. Udier: „So sind wir!“) Ich glaube, daß das weniger eine Ausseer, sondern eine gesamtsteirische Angelegenheit ist. Wenn man bedenkt, daß vorher die Steigung und das Gefälle 24% betragen haben und heute bloß 7 oder 8%! Wer die neue Straße befahren hat, weiß, daß sie das Einfahrtstor von Oberösterreich, Salzburg und dem gesamten Westdeutschland und überhaupt vom Westen her ist.

Wir haben erfreulicherweise feststellen können, daß das Fremdenverkehrsreferat einen Prospekt entworfen hat, wodurch über die Wichtigkeit dieser Straße die Öffentlichkeit informiert werden soll. Ich bin der Meinung, daß unsere steirische Presse der gesamten Steiermark einen großen Dienst erweisen würde. (Abg. DDr. Freunbichler: „Gerade wurde festgestellt, daß zuviel Weihrauch gestreut wird!“) Herr Kollege Dr. Freunbichler, ich weiß nicht, ob Sie die Wichtigkeit der Pötschenstraße begreifen. Sie ist eine Angelegenheit der gesamten Steiermark, der gesamtsteirischen Interessen. Wem hier zuviel oder zu wenig Weihrauch gestreut werden soll, weiß ich

nicht. Ich weiß auch nicht, wo es in Steiermark noch Weihrauch gibt. Es ist leider Gottes so, wenn man sich in diesem Hause mit den allerernstesten Themen befaßt, daß man auf Heiterkeit stößt. Es kommt soweit, daß man noch die ÖVP fragen muß, wann die SPÖ lachen darf. Ich möchte Sie bitten, dieses Projekt ohne Weihrauch zu betrachten, ich glaube, das ist eine Bundesangelegenheit und ich glaube, wenn sich Landeshauptmannstellvertreter Herr Dipl. Ing. Udier mit dieser Straße befaßt, daß er nicht ansteht auf Weihrauch. (Lhstv. Dipl. Ing. Udier: „Ich hole mir den Weihrauch dort, wo es noch einen gibt, bei Euch nicht!“) Ich glaube also, daß es wesentlich wäre, in der Presse und auf welche Art immer, dem Ausland bekanntzumachen, daß man selbst mit einem einfachen PKW nicht mehr auf der Pötschenstraße stecken bleibt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf eine weitere Straße im Ausseer Gebiet hinweisen, und zwar auf die Koppenstraße, die 9 km lang ist und nach Oberösterreich hineinführt. Ich darf schließlich feststellen, daß auf dieser Straße, die eine Schotterstraße ist, viel geleistet wurde, daß sie aber dem immer mehr steigenden Fremdenverkehr einfach nicht mehr entspricht. Wer diese Straße schon einmal befahren hat, weiß, daß sich die Straße da und dort mit wenigen Mitteln verbreitern ließe, um diesem erhöhten Autoverkehr gerecht zu werden. Daher möchte ich mich hier an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Udier wenden, er möge sich dieses Straßenstückes besonders annehmen, weil man von dieser Straße auch nach Oberösterreich gelangt. Vielleicht ist es zweckmäßig, sich mit der oberösterreichischen Landesregierung in Verbindung zu setzen, weil die letzten 500 m nach Oberösterreich einfach zu steil für die Einfahrt sind.

Wir haben bei der Budgetdebatte vom Landeshauptmannstellvertreter Udier erfahren, daß bezüglich der Umfahrung von Bad Aussee 3 Projekte vorherrschend sind. Da dieses Ausseerland schon so oft stiefmütterlich behandelt wurde, dürfte ich wohl die Bitte aussprechen, der zuständige Referent wolle sich eingehendst mit seinen Fachleuten oder mit der Bundesstraßenverwaltung ins Einvernehmen setzen, damit aus diesen 3 Projekten eines wird. Die Ausseer haben wenig davon, wenn die Herren der Steiermärkischen Landesregierung hinauskommen und den Bauplan von Steiermark kennen und uns letzten Endes nicht die Hilfe angedeihen lassen, die uns in Aussee als erstem Kurort der Steiermark zustehen sollte.

Die anderen Straßenprojekte des Bezirkes möchte ich nicht aufrollen, weil ich nicht zu jenen Rednern zähle, die das, was im Finanzausschuß bereits erörtert wurde, hier wiederholen. Meine Bitte ist an die Presse und das Fremdenverkehrsreferat der Steiermark gerichtet, diesen Problemen, in erster Linie aber dem Pötschenstraßenproblem, das ein brennend heißer Punkt für Aussee ist, vollste Aufmerksamkeit zuzuwenden (Beifall bei SPÖ und FPÖ).

Abg. Neumann: Es sei mir gestattet, noch einmal in einem anderen Zusammenhange den Namen des steirischen Prinzen zu nennen. Neben seinen

vielseitigen Leistungen war Erzherzog Johann auch ein großer Straßenbauer und viele Straßen und Eisenbahnlinien in der Steiermark gehen auf seine Initiative zurück. Wir wollen objektiverweise feststellen, daß man sich auch nach Erzherzog Johann bis in die Jetztzeit ernstlich bemüht hat, den Straßenproblemen an den Leib zu rücken. Wenn man immer quer durch das Land fährt, muß man feststellen, daß ein Straßenstück um das andere sich im Bau befindet, Straßen werden asphaltiert, neue Straßen errichtet; wenn wir einen Blick in unseren Voranschlag tun, können wir feststellen, daß für die Erhaltung und den Neubau von Landesstraßen rund 131 Millionen S, um rund 13 Millionen S mehr als im Vorjahr, festgehalten sind. Es drängt uns, allen Verantwortlichen am Straßensektor, insbesondere dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Udier Dank und Anerkennung auszusprechen. (Abg. DDr. Hueber: „Er zahlt es ja aus seiner Tasche!“)

Trotzdem sind die Straßenprobleme im Laufe der Zeit nicht kleiner, sondern manchmal größer geworden. Durch die erfreuliche wirtschaftliche Weiterentwicklung hat auch der Verkehr in großem Umfange zugenommen und, wie jedes Licht auch Schatten bringt, konnte leider auch der Ausbau unserer Landes- und Bundesstraßen nicht immer Schritt halten. Es wurde in diesem Haus von einem volkswirtschaftlichen Spaziergang gesprochen. Ich möchte ersuchen, mit mir einen heimatlichen Spaziergang in die schöne Weststeiermark zu machen. Wenn wir in südwestlicher Richtung die Stadt Graz verlassen und uns über den Steinberg in die nördliche Weststeiermark begeben, dann erschließt sich unserem Auge nicht nur ein schönes Landschaftsbild, sondern es beginnen auch schon die ersten Straßenprobleme, die im flachen Land besonders groß sind, weil hier weniger Eisenbahnverkehr ist und die Straßen dadurch einer besonders starken Frequenz ausgesetzt sind. Zunächst einmal die Landesstraßen von Graz über Stallhofen nach Gaistal. Sie befindet sich schon im Ausbau. Aber bei dem jetzigen Tempo wird es noch 10 Jahre dauern, bis wir den Fremdenverkehrsort Gaistal erreicht haben. Diese Straße stellt auch eine wichtige Verbindung mit der Obersteiermark dar. Von Stallhofen führt eine stark frequentierte und nicht sehr gute Schotterfahrbahn nach Krens und in das Industriegebiet von Voitsberg. Von der Stubalmstraße wurde schon oft gesprochen, sie befindet sich erfreulicherweise in einem raschen Ausbau, aber trotzdem wird die Fertigstellung dieser wichtigen Verbindung mit der Obersteiermark schon sehnsüchtig von der Bevölkerung erwartet.

Hohes Haus, ich darf die Aufmerksamkeit der Begleiter meines heimatlichen Spazierganges noch auf die Perle der Weststeiermark, auf Ligist lenken. In Ligist wird die Staubbefreiung der Strecke von Ligist nach Unterwald und die Übernahme der Gemeindestraße von Ligist über Steinberg nach Deutschlandsberg und St. Stefan dringend notwendig. Von Mooskirchen führt eine Straße, auch wieder eine schlechte Schotterfahrbahn, in das Paradies der Weststeiermark, wie Deutschlandsberg immer wieder genannt wird. Die-

ses Paradies wird durch die Tatsache getrübt, daß es dort auch ungelöste Straßenprobleme gibt. Zunächst möchte ich sprechen vom unbedingt notwendigen Ausbau der Hebalalmstraße. Ich möchte auch erinnern an den notwendigen Ausbau der Straßen von Schwanberg über Wies nach Eibiswald, die sich zwar schon im Ausbau befindet, deren Fertigstellung aber sehnsüchtig erwartet wird. Dann wäre noch zu erwähnen der Ausbau der Radlpaßbundesstraße. Weiters möchte ich erinnern an die schon sehnsüchtig erwartete Fertigstellung der Grenzlandbundesstraße von Oberhaag nach Arnfels. Dann wäre noch zu erwähnen der rasche Ausbau der Landesstraße Stainz über Mettersdorf nach Preding. Zu den besonders dringenden Dingen zählt die Übernahme der Landesstraße Sobot durch den Bund und deren rascher Ausbau. Nicht nur damit dieses schöne Land dem Fremdenverkehr erschlossen wird, sondern auch um diese Straße dem Verkehr zugänglich zu machen und dadurch eine Entlastung der zu stark frequentierten Packer-Bundesstraße herbeizuführen. Weiters wäre notwendig die Übernahme der Gemeindestraße von Eibl-Lorenzen nach Mautnreck.

Hohes Haus, ich glaube mit diesem Spaziergang auf diesen nicht guten weststeirischen Straßen Sie genügend strapaziert zu haben. Sie hatten die Ehre, auch solche Spaziergänge in andere Teile unserer Steiermark heute zu machen und das wird noch lange nicht zu Ende sein. Ich möchte Sie nur noch ersuchen, mitzuhelfen, daß dieses Straßenproblem, das für die städtische Bevölkerung genau so wie für die ländliche Bevölkerung, wie für alle Berufsstände wichtig ist, endlich einer für alle befriedigenden Lösung zugeführt wird (Beifall).

Abg. Hegenbarth: Hohes Haus! Vor 3 Jahren hat der Landtag einen Resolutionsantrag angenommen. Der besagte, die Landesregierung möge prüfen, inwieweit es möglich wäre, entlang der stark frequentierten Landesstraßen Fußgängerstreifen und Radfahrwege anzulegen. Im Zuge dieses Antrages hat sich das Straßenbauamt Graz entschlossen, einige besonders gefährliche Straßenstücke auf diese Weise zu entschärfen. Von Anfang an war es Verkehrsfachleuten klar, daß eine der Hauptursachen der vielen Verkehrsunfälle darin zu suchen ist, daß eine Vielfalt der verschiedensten Verkehrsbewerber sich auf der gleichen Fahrbahn bewegt.

Man sieht z. B., daß auf der Packstraße südlich von Graz morgens zwischen 7 und 8 Uhr ganze Kolonnen von Schulkindern nach Straßgang wandern. Die Straßganger Schule hat immerhin 1240 Kinder. Weiters benützen Autobusse, Obusse, Motorräder, Mopeds, Fahrräder, Autos, tierische Fuhrwerke diese Fahrbahn, kurz, eine ganze Völkerwanderung bewegt sich auf dieser Straße. Dementsprechend sind auch die Unfallsziffern hoch. Nun hat man sich entschlossen, vor 2 Jahren von Straßgang nach Süden einen Fußgängerstreifen durch 2 Dutzend schwarz-weiß lackierte Holzpfähle von der Asphaltfahrbahn zu trennen und noch weiter südlich hat man einfach einen aufgelassenen Fußweg durch einige Lastwagenfuhren Schotter wieder benutzbar gemacht. Und der Effekt? Ich bin der Auffassung, wenn etwas gemacht wird, das dem

Land Geld kostet, ist man verpflichtet, den Nachweis zu erbringen, daß damit auch etwas Nützliches geschaffen wurde. Ich kann Ihnen hier 2 Zahlen bringen. Während auf dieser 2 km langen Strecke südlich von Straßgang in den Jahren 1955 bis 1957 7 Fußgänger den Tod gefunden haben, darunter 4 Schulkinder, hat sich in den letzten 2 Jahren gezeigt, wie man mit außerordentlich bescheidenen Mitteln, nur durch die Abgrenzung eines Fußgängerstreifens, eine Straße entschärfen kann, so daß seit damals überhaupt kein Fußgänger mehr ernstlich zu Schaden gekommen ist. Auch der verantwortliche Kraftfahrer freut sich darüber, daß ihm nicht ständig Schulkinder vor dem Kühler herumlaufen, und auch die Gendarmerie sieht darauf, daß diese Trennung streng eingehalten wird.

Es haben ja schon einige Kollegen auf die steigende Zahl von Verkehrsunfällen hingewiesen. Es haben sich auch kluge Leute damit befaßt und mit Vorschlägen nicht gespart, in welcher Weise man diesem Weltübel zu Leibe rücken kann. Ich habe mich auch bemüht, mit Verkehrsfachleuten darüber zu diskutieren. Ich hatte Gelegenheit, mit einem hohen Beamten der Grazer Verkehrspolizei darüber zu reden, der in der kurz angebundenen Art des Exekutivbeamten folgendes gesagt hat:

Herr Abgeordneter, schauen Sie, 95% der Kraftfahrer sind verantwortungsbewußte Leute, die die Mahnungen befolgen, 5% sind asozial, die sich nirgends einfügen wollen; man muß trachten, diese Leute vom Volant und vom Lenker eines Kraftfahrzeuges wegzubringen. Hohes Haus! Dazu habe ich grundsätzlich folgendes zu sagen: Wenn ich auch überzeugt bin, daß mit Strafen allein nicht alles getan ist, so muß ich doch sagen, daß das gesunde Empfinden unseres Volkes sich dagegen sträubt, wenn, wie wir dies in der letzten Zeit wiederholt erlebt haben, die Grazer Verkehrsrichter gegenüber ausgesprochenen Verkehrsbanditen eine Milde an den Tag gelegt haben, die, gelinde gesagt, unverständlich ist. Auch bei größter Vorsicht kann jemand bei Schlechtwetter, bei Glatteis in eine kritische Situation hineinschlittern, aber wir müssen grundsätzlich auseinanderhalten jene Verantwortungslosen, die, nachdem sie im alkoholisierten Zustand einen schweren Unfall verschuldet haben, davonfahren, ohne sich um den Verunglückten zu kümmern. Gegen solche Leute ist keine Strafe schwer genug. Die Entziehung des Führerscheines, das, was solche Leute am meisten befürchten, ist gewiß eine große Härte, die muß aber gegenüber solchen Leuten unbedingt angewendet werden. Ich habe vor ungefähr 30 Jahren meinen ersten Führerschein erworben. Ich bin durchaus der Auffassung, man kann ruhig einen unbelehrbaren Fußgänger, der bei rotem Licht über die Straße geht, mit einem Strafmandat zur Raison bringen.

Präsident Wallner hat darauf hingewiesen, daß es zweckmäßig und nützlich wäre, eine Straßentypen, die schon vorübergehend im Jahre 1920 bestanden hat, die Konkurrenzstraße, wieder ins Leben zu rufen. Die Erhaltung der Straßen ist ein Hauptproblem der Landgemeinden. Wir erleben es immer wieder, daß die Dorfstraßen und Gemeinde-

wege, die noch vor 20 Jahren nur alle 2 bis 3 Stunden mit einem Kuhfuhrwerk befahren wurden, heute jede Stunde von Kraftfahrzeugen aller Kaliber befahren werden. Die Straßen haben keinen richtigen Untergrund, sie sind nicht befestigt und sie brechen zusammen. Die Gemeinden sind nicht imstande, den primitivsten Aufgaben der Straßenerhaltung nachzukommen. Dementsprechend ist auch der große Drang auf Übernahme der Gemeindewege als Landesstraßen. Jeder weiß aber auch, daß auch dieser Straßenübernahme seitens des Landes gewisse Grenzen gesetzt sind. Wenn wir alle Straßen, die über den Rang eines Gemeindegeweges hinausgewachsen sind, übernehmen würden, würde sich das Landesstraßennetz verdoppeln. Das ist ausgeschlossen. Denn die Übernahme einer großen Zahl von Gemeindestraßenkilometern ginge auf Kosten der Erhaltung und des Ausbaues der übrigen Straßen. Vielleicht ließe sich eine Zwischenlösung finden in Form der sogenannten Konkurrenzstraßen. Ich könnte mir vorstellen, daß das Land Steiermark für solche überdurchschnittlich stark benützte Gemeindestraßen in finanziell schwachen Gemeinden einen gewissen ständigen Erhaltungsbeitrag leistet. Ich glaube, daß mancher Bürgermeister froh wäre, wenn er pro km 2000 bis 3000 S erhalten würde, und so könnten jährlich mit eineinhalb Millionen S, d. s. 1% unseres Landesbudgets, 500 bis 600 km solcher Straßen einer besseren Betreuung zugeführt werden. Ich möchte diesbezüglich die Bitte an die Landesregierung richten, den seinerzeitigen Antrag zu prüfen und einer gedeihlichen und positiven Erledigung zuzuführen.

Abg. Bammer hat über Wohnbauförderung gesprochen, aus dem Blickwinkel eines Sozialisten und deshalb etwas schräg (Heiterkeit). Es fällt keinem Vertreter der ÖVP ein, im Ernste zu verlangen, daß man den Mieter rechtlos macht und ihn völlig der Willkür eines Hausbesitzers, auch der Stadtgemeinde ausliefert. Niemand hat diese Forderung in der ÖVP aufgestellt. Abg. Bammer wird nicht bestreiten können, daß, trotzdem seit ungefähr 40 Jahren eine Wohnungswirtschaft betrieben wird, die im wesentlichen der sozialistischen Initiative entsprungen ist, das Wohnungselend nicht geringer, sondern größer geworden ist. Die Tatsache, daß zu keiner Zeit so viele Wohnungen gebaut wurden als in den letzten 10 Jahren und trotzdem keine wesentliche Entlastung auf dem Wohnungsmarkt verspürbar ist, müßte selbst einen Sozialisten zur Besinnung bringen und zur Betrachtung veranlassen, daß vielleicht doch ein falscher Weg beschritten wurde. Lassen Sie sich von der Volkspartei etwas sagen. Auch bezüglich der Wohnbauförderung selbst haben die Sozialisten eine andere Auffassung wie wir. Wir haben gesehen, daß die Stadtgemeinde Wien schon vor Jahrzehnten ihre ganze Wohnbauförderung darauf eingestellt hat, riesige Gemeinde-Zinshäuser zu bauen mit einem eigenen sozialistischen Hausmeister, mit einer Konsumvereinsfiliale. Der Hausmeister hat schon darauf geschaut, daß die Hausbewohner am 1. Mai mitmarschierten. Ich kann Ihnen sagen, daß die Gemeinde zur staatspolitischen Festigung unseres Landes nicht mehr leisten kann

und in keiner Weise besser beitragen kann, als wenn man dem kleinen Mann ermöglicht, selbst zu einem bescheidenen Häuserl zu kommen. (Abg. Sebastian: „Am Wiener Ring?“) Ich weiß, daß Sie andere Pläne haben. Die Leute in der Siedlung haben keine richtige Zeit für die Appelle, vernachlässigen die Parteiarbeit, der Bau eines neuen Hühnerstalles interessiert sie mehr als Teilprobleme. Das Land hat vor ein paar Tagen ein Haus gekauft, eine Luxusvilla, ein Palais, die Herrschaften, die darin wohnen, zahlen für das ganze Jahr an Zins, was sie in 3 Tagen verdienen. Auf der anderen Seite erleben wir, daß die Stadtgemeinde Graz Millionen in den Wohnungsbau hineinsteckt und daß diese Wohnungen so sündhaft teuer sind, daß viele jungen Leute sich diese Wohnungen nicht leisten können.

Lassen Sie sich einmal sagen: Jede Zwangswirtschaft, wenn sie überspitzt betrieben wird, führt zu einer Verknappung. (Abg. Sebastian: „Wir haben schon unser Programm. Ihr sucht Eures noch!“) Als ich vor 10 Jahren die Ehre hatte, dieses erhabene Gewölbe zu betreten, ich war Landtagsabgeordneter geworden, da war die erste Debatte 1950 die Debatte über die Lebensmittelbewirtschaftung. Die sozialistischen Politiker, die heute nicht mehr da sind oder nicht mehr leben, haben gesagt, es muß schärfer angefaßt werden, es müssen fliegende Kommissionen eingesetzt werden. Wir haben damals als Gegenvorschlag gebracht, hört auf mit der Bewirtschaftung, denn solange zwangsbewirtschaftet wird, flüchtet man in den Schleichhandel. Erst wenn ein gesundes Verhältnis von Angebot und Nachfrage da ist, werden sich die Preise normalisieren. Heute braucht niemand mehr mit einem Rucksack hamstern gehen, alles ist in Überfluß da. Wenn es auf die Sozialisten ankäme, würden die Leute heute noch alles auf Karten bekommen. (Abg. Afritsch: „Du hast auch schon besser gesprochen!“) Wir sind jederzeit bereit, uns von Ihnen Vorschläge machen zu lassen. Wir halten uns da an unseren großen steirischen Dichter und Landsmann Peter Rosegger, der einmal gesagt hat: „Ich bin dankbar für jeden guten Rat, und wenn mir der Teufel einen solchen gibt, dann sage ich auch Vergelts Gott dafür.“ Wenn mir der Bammer einen gibt, sage ich es auch. Aber für die heutigen Ratschläge des Herrn Bammer kann man nicht viel Verständnis haben. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. Dr. Stephan: Hoher Landtag! Mein Herr Vorredner hat es mir verhältnismäßig leicht gemacht, auf die Fragen einzugehen, die zu erörtern ich mir vorgenommen habe. Der Abgeordnete Bammer ist schon mit seinen Erörterungen auf die Zuschüsse der Bundesregierung zur Wohnbauförderung genau in das Geleise gekommen, in das ich auch hineinkommen wollte. Er hat auch schon statt mir behauptet, daß die geringfügige Erhöhung der Wohnbauförderungsmittel im Bundesbudget, die statt 40.000 Wohnungen im Jahr 50.000 Wohnungen im Jahr in Österreich bringen sollte, durch die erhöhten Baukosten aufgeessen werden würde. Das ist auch unsere Meinung.

Es wird sich daher empfehlen, nun auch auf die Erörterungen des Herrn Kollegen Hegenbarth und auch auf die Frage des Privathausbesitzes einzugehen. Wenn durch die Wohnbauförderung des Bundes und der Länder, also durch die Wohnbauten der öffentlichen Hand, dem Wohnungsproblem nicht zu Leibe gerückt werden kann, dann wird man sich eben einmal damit beschäftigen müssen — einfacher wäre es ja gewesen, das schon vor 10 Jahren so zu machen — ob man nicht über den privaten Hausbesitz hier Abhilfe schaffen kann. Ich habe seit 8 oder 9 Jahren die Ehre und das Vergnügen, den Vollversammlungen des Haus- und Grundbesitzerverbandes zugezogen zu werden und mir auf Grund dieser Einladungen die Reden der sogenannten bürgerlichen Parteien anzuhören. Ich kann Ihnen sagen, man hört in 8 Jahren allerhand. Man hat, eingeschlossen den Herrn Gemeinderat Dr. Weitzer, der ja Obmann des Haus- und Grundbesitzerverbandes ist, immer wieder gehört, daß selbstverständlich den privaten Hausbesitzern geholfen werden müßte, man hat gehört, daß das Mieterschutzgesetz von 1917 einer Revision bedürfe, daß aber all dies immer wieder am Widerstand des Koalitionspartners gescheitert sei usw. usw. Soweit ich die Möglichkeit hatte, zu Worte zu kommen, habe ich den anwesenden Herren, auch jenen der ÖVP, versichert, daß sich unsere Fraktion im Nationalrat einer Neuordnung des Mieterschutzgesetzes nicht widersetzen würde, und daß wir selbst auf dem Standpunkt stünden, daß jedes heiße Eisen — darunter auch dieses — eben einmal angefaßt werden müßte.

Das Mieterschutzgesetz von 1917 ist samt seiner Novellierung heute nicht mehr zeitgemäß. Es wäre aber ebensowenig zeitgemäß, einer Regelung zuzustimmen, wie sie vor der Erlassung des Mieterschutzgesetzes üblich war. Daß man sich aber damit überhaupt nicht beschäftigt hat, ist die größte Sünde, die man von seiten der Staatsführung begehen konnte.

Die Werte, die heute — täglich muß man schon sagen — an diesem Volksvermögen verloren gehen, können kaum mehr gutgemacht werden. Es ist nicht zu verantworten, daß man ganz einfach, wahrscheinlich aus wahltaktischen Gründen — und Wahlen haben wir ja öfters —, nicht den Mut findet, dieses Problem wirklich anzugreifen. Eine Schwierigkeit wird dadurch nicht kleiner, daß man ihr nicht entgegentritt oder daß man ihr ausweicht. Eine Schwierigkeit wird nur beseitigt, indem man sie anpackt und zu beseitigen versucht. Ich bin überzeugt, daß einsichtige Männer aller Parteien bereit wären, diese Dinge zu diskutieren und ich bin auch überzeugt, daß eine Lösung, wenn auch schwer, zu finden wäre. Auf jeden Fall würde dadurch viel Volksvermögen bewahrt werden und, das ist unsere feste Überzeugung, auch der Wohnungsnot entsprechend zu Leibe gerückt werden können. Es wird also notwendig sein, daß wir vom Land aus — denn wir können diesem Problem nicht von hier aus begegnen — an die Bundesregierung herantreten, ob es nicht möglich wäre, diese Frage im Parlament zu erörtern. Wenn es in einer Regierungserklärung des vergangenen Sommers hieß, daß man durch einen Mehrbau von

10.000 Wohnungen jährlich versuchen wolle, der Wohnungsnot Herr zu werden — und das hätte auch der Wahlpropaganda der Sozialistischen Partei vor den Wahlen entsprochen — und man dann dem Herrn Abg. Bammer zuhört, dann muß man zugeben, daß es so nicht geht. Daher also heißt es, versuchen wir es einmal von einer anderen Seite. (Abg. DDr. Hueber: „Wir würden ja einen Antrag stellen, wenn er Unterstützung finden würde!“) Wir haben diese Probleme oft bei den genannten Versammlungen erörtert, bei den Versammlungen des Hausbesitzerbundes, und ich will nicht auf eine Entgleisung eines Grazer Gemeinderates der ÖVP zurückkommen, der mir einmal antwortete, daß es sich hier um ein Verfassungsgesetz handle und die Zweidrittelmehrheit nicht zu erreichen sein würde. (Abg. DDr. Hueber: „Hält der die Hausbesitzer für so dumm?“)

Zu dieser Gruppe möchte ich außer diesen brennenden Fragen noch eine Einzelfrage anschneiden. Es handelt sich, wie schon öfter in diesem Hohen Hause, um die Vergabung von Bauaufträgen. Wir haben dort, wo die Dinge verhandelt werden, in der Landesregierung, keine Stimme mehr, und darüber mitzureden. Es ist mir in den vergangenen Wochen ein Fall zu Ohren gekommen — ich hoffe, daß dieser Fall wirklich ein einzelner und nicht allgemein üblich geworden ist —, und da haben wir einige Gesichtspunkte, worüber wir um Aufklärung bitten. Damit Landesrat Brunner nicht wieder Grund hat, mir vorzuwerfen, daß ich anonyme Dinge nenne, habe ich mir genau sämtliche betreffenden Namen aufgeschrieben und werde sie verlesen. Herr Landesrat Pirrsch, ich könnte dasselbe zur Gruppe 7 sagen, weil es sich aber um eine Bauvergabe handelt, will ich es besser bei Gruppe 6 bringen: Die Landwirtschaftsschule in Hatzendorf ist zu vergrößern und entsprechend auszubauen. Auf Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung wurde eine Ausschreibung vorgenommen und die Anbote, die auf diese Bauausschreibung gemacht wurden, erbrachten folgende Anbotssummen: Der Billigste war Baumeister Ing. Gaich mit 464.724 S, der zweitbilligste Baumeister Ing. Puchleitner mit 466.364 S, der 3. Baumeister und Bürgermeister Ing. Eberhart mit 527.944 S, der 4. Baumeister Ing. Suppan aus Feldbach mit 554.434 S und dann noch Baumeister Luef mit 585.721 S. Um Mißverständnissen vorzubeugen, führe ich an, daß sowohl Baumeister Gaich in Fehring zu Hause ist als auch Baumeister Eberhart, der dort Bürgermeister ist, so daß die Grenzlandbegünstigungen auf beide zutreffen. Ich weiß nicht, ob Sie sich die Zahlen gemerkt haben, man mußte aber annehmen, daß Ing. Gaich, der Ortsleiter der Freiheitlichen Partei in Fehring ist, den Auftrag bekommen hätte. Ganz im Gegenteil. Auch Baumeister Puchleitner, der der Zweitbilligste war, hat den Auftrag nicht bekommen, sondern den Auftrag bekommen hat Baumeister und Bürgermeister und ehemaliger Kreishandwerksmeister von Feldbach Eberhart mit einem Betrage von 527.944 S, also mit einer Anbotssumme um 63.220 S oder 13½ % höher. Als Begründung wurde angeblich angegeben, daß die Kapazität des Baumeisters Gaich nicht ausreichend ist, um den Bau mit der angeblich notwendigen

Beschleunigung fertigzustellen. Dazu sei festgehalten, daß die Kapazität der beiden Firmen annähernd gleich ist, daß die maschinellen Einrichtungen der beiden Firmen gleich sind und daß die finanzielle Bonität bei Gaich ebensogut oder hoch ist wie bei Ing. Eberhart. Außerdem hat Baumeister Gaich bis zu dieser Ausschreibung alle Bauten in Hatzendorf durchgeführt und sich der Zufriedenheit der zuständigen Bauingenieure, des zuständigen Bauamtes erfreut.

Ich muß nun hier die Frage erheben, wozu haben wir uns seinerzeit die Vergabungsrichtlinien abgerungen, wozu haben wir 63.220 S mehr ausgegeben, als es notwendig war? Selbst wenn man Ing. Eberhart diese 63.220 S heruntergehandelt hätte, um diesem Einwand von vornherein zu begegnen, würde das den Vergabungsrichtlinien widersprechen. Ich glaube, diesmal an Klarheit nichts zu wünschen übrig gelassen zu haben und bitte Sie, diese Fragen zu beantworten.

Ich erlaube mir, in diesem Zusammenhang im Namen meiner Fraktion, ohne die 4 Unterschriften beizubringen, folgenden Resolutionsantrag zu stellen: „Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, das Wohnungsproblem durch entsprechende Neuregelung des Mietenrechtes einer ehestbaldigen Lösung zuzuführen (Beifall bei FPÖ).“

Abg. Dr. Abmann: Hoher Landtag! In der heutigen Straßendebatte haben einige Abgeordnete mit dem Danken begonnen. Ich glaube, das ist eine gute Übung und man kann leichter dann auch Bitten anbringen. Ich habe sehr genau zugehört und glauben Sie, daß wir nicht wissen, wem man danken soll, daß die Mittel vom Steuerzahler kommen, daß man es dem Steuerzahler dankt, wenn es in unserem Lande immer bessere Straßen gibt? Die Kaufleute, die Gewerbetreibenden oder auch die Arbeiter zahlen ihre Steuern allerdings nicht direkt an jene Firmen, welche bauen. Die Steuern gehen an die Verwaltung und sofern es sich um die Steiermark handelt und Landesstraßen gebaut werden, werden die Gelder von der Landesregierung aus dann verteilt. Die Steiermärkische Landesregierung setzt sich aus frei gewählten Vertretern des Volkes zusammen, diese sind ausgestattet mit Vollmachten und entscheiden, wohin das Geld zu gehen hat, wo gebaut werden soll, und deshalb glaube ich, daß wir nicht nur dem Steuerzahler, sondern auch der Landesregierung dankbar sein müssen, an deren Spitze nach wie vor Herr Landeshauptmann Krainer steht, denn diese vergibt das Geld bzw. die Aufträge nach den Erfordernissen.

Die Straßen bei uns im Grenzland sind wesentlich besser geworden. Die Leute anerkennen das und sind dankbar dafür. Trotzdem möchte ich noch einige Wünsche anmelden, die schon seit Jahren immer wieder im Landtag besprochen werden. Sie betreffen die Straße von Lebring nach Preding bzw. nach Lichendorf, die Straße von Heiligenkreuz a. W. nach St. Georgen a. d. St., ferner die Grenzlandbundesstraße und die schon erwähnte Sobother-

straße. Wenn man weiß, wie schwer sich verschiedene kleine Gemeinden im Grenzland im Rahmen ihres bescheidenen Budgets tun, so wäre der seinerzeitige Vorschlag auf Schaffung von Konkurrenzstraßen auf jeden Fall in die Praxis umzusetzen. Mit verhältnismäßig geringen Mitteln könnten dann weitere Hunderte von Kilometern Straßen in einen wesentlich besseren Zustand versetzt werden.

Wenn in der letzten Zeit viele Landesstraßen und Bundesstraßen asphaltiert und ausgebaut wurden, sei auch noch hinzugefügt, daß zur weiteren Verbesserung der Verkehrslage wesentlich der Neubau von unzähligen Gemeindestraßen und Güterwegen beigetragen hat. Die Unterstützung auf diesem Gebiete ist im allgemeinen als sehr gut zu bezeichnen.

Zur Wohnbaufrage möchte ich erklären, daß diesbezüglich in den letzten Jahren auf dem öffentlichen Sektor viel getan wurde, aber auch von der privaten Seite her. Ich glaube, man kann nicht oft genug hervorheben, daß die private Bautätigkeit heute einen viel größeren Anteil an der Bauwirtschaft hat als man im allgemeinen vermutet, weil man immer wieder nur hört, daß dort von einer Gemeinde ein Haus seiner Bestimmung übergeben wurde und da von einer Genossenschaft usw. Man soll ruhig aussprechen, daß die vielen kleinen privaten Häuselbauer — das habe ich schon früher durch einen Zwischenruf erklärt —, in der Wohnbaupolitik wesentlich mitzählen, da sie mehr als 50% der geschaffenen Wohnungen repräsentieren. Die Wohnbaupolitik ist durch bekannte Umstände leider ja noch immer nicht in Ordnung.

Ich möchte hier aber auch den öffentlichen Gebietskörperschaften, die in unserer Gegend gebaut haben, meinen besonderen Dank aussprechen, dem Bund, dem Land, den Gemeinden, aber auch den Genossenschaften. Ich hoffe, daß auch in den nächsten Jahren die Bautätigkeit zumindest in gleichem Ausmaß weitergeführt werden kann.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch auf einen Umstand hinweisen, von dem Sie sicherlich vor einigen Tagen in den Zeitungen gelesen haben. Ich komme auf das Flüchtlingslager Wagna zu sprechen und ich sehe, die Herren der sozialistischen Fraktion hören nun auf einmal auch gut zu, denn gerade dieses Thema hat im Vorjahr hier im Hohen Landtag zu erregten Debatten geführt. Ich glaube, man braucht nun nicht mehr allzuviel zu debattieren, denn das erste Barackenersatzeigentumswohnhaus für Flüchtlinge wurde seiner Bestimmung übergeben und die Leute, welche vor etwa einer Woche ihr erstmalig in Österreich erworbenes Eigentum beziehen konnten, haben sich unerhört gefreut. (Abg. B a m m e r : „Na net!“) Das sind Zwischenrufe, die Ihnen politisch nichts bringen. Hohes Haus! Mit diesem Eigentumswohnhaus in Wagna hat es eine eigenartige Bewandnis gehabt. Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, wenn man versuchen will, Flüchtlingen, welche vor 14 Jahren als Volksdeutsche zu uns gekommen sind, eine Heimat zu geben, es dann richtiger sei, Ihnen nicht immer nur Almosen zu geben, sondern die Möglichkeit zu bieten, auch Eigentum zu erwerben. Die

Menschen, die in ihrer ehemaligen Heimat Eigentum besessen haben, sollen auch bei uns in die Lage versetzt werden, Eigentum erwerben zu können. Aufgabe des Staates und des Landes kann es nicht sein, auf die Dauer ein Almosen zu verteilen, sondern diesen Menschen — wie gesagt — die Möglichkeit zur Eigentumbildung zu geben. Ich glaube, wir können uns darauf verlassen, daß diese Menschen, die sich bisher so recht und schlecht in den elenden Baracken durchgebracht haben und sich jetzt in ihren neuen Wohnungen wohlfühlen, die Steiermark endgültig als ihre neue Heimat anerkennen werden. Der Herr Abg. Bammer hat früher eine Rede gehalten, vor allem vom Wohn- und Straßenbau im Grenzland, aus der man den Eindruck gewinnen sollte, daß allein die Sozialisten einen Pachtvertrag auf soziale Gesinnung hätten. Ich habe schon im vorigen Jahr einmal darüber gesprochen und glaube, daß solche Reden heute nicht mehr verfangen können. Es weiß heute jeder denkende Mensch, daß die ÖVP sich sozialen Belangen gegenüber genau so aufgeschlossen zeigt. (Abg. S e b a s t i a n : „Weil Sie am 10. Mai verloren haben!“) Ich werde Ihnen etwas sagen, Herr Abg. Sebastian, wenn man versuchen wollte, auf dem sozialen Sektor so umzuschalten, wie Sie das auf anderen Gebieten getan haben, so hätte das keinen Sinn und Erfolg. Unsere Einstellung auf dem sozialen Gebiet ist bekannt und wir haben sie auch reichlich bewiesen. (Abg. S e b a s t i a n : „Wir warten ja auf Euer Programm. Hinkt ein bißchen nach, wird aber schon kommen!“)

Es gibt auf dem Wohnbausektor gewisse Grundsätze und ich glaube, daß aber trotzdem niemand in der ÖVP ist, der nicht auch auf dem Standpunkt steht, daß es darüber hinaus nicht eben auch Fälle gibt, die außerhalb dieser Grundsätze zu behandeln sind. Das Wohnbauproblem und die Wohnungsfrage liegen ja ganz woanders. Es wurden diese Probleme ja schon einige Male angeschnitten und ich glaube, daß man sich trotz der verschiedenen Auffassungen einigen könnte, wenn sie — ich meine die Sozialisten — wirklich zu einer Regelung kommen wollen. Herr Kollege Bammer, fahren Sie doch einmal mit der Eisenbahn nach Wien — aber nicht erst, bis der Bahnhof Bruck a. d. Mur elektrifiziert ist — und wenn Sie dann mit Ihren Herren in der Zentrale über das Wohnungsproblem sprechen würden halte ich es für möglich, falls Ihrerseits der Wille bestünde, einen gemeinsamen Weg mit der ÖVP zu suchen, daß dann auch auf dem so schwierigen Wohnungs- und Mietenproblem ein Ausweg gefunden werden kann. (Beifall bei ÖVP.)

Abg. **Stöffler**: Der Herr Abgeordnete Bammer hatte die Freundlichkeit, mich früher zu apostrophieren. Ich möchte nur zu einigen Dingen etwas bemerken, die er gesagt hat.

1. Wenn Sie von erhöhten Baukosten sprechen, dann darf ich Sie darauf hinweisen, daß während der Bausaison, z. B. in Wien, wenn nicht 30 bis 40% über den Kollektivvertrag bezahlt wird, kein Bauarbeiter zu bekommen ist. Auf der anderen Seite sind die österreichischen Baubetriebe nicht in der Lage, ihre Kapazität auch nur eine Saison

lang selbst zu finanzieren. Wir haben keinerlei übermäßige Gewinne bei der Bauindustrie und im Baugewerbe, aber laufende Kostensteigerungen, die natürlich zu Preiserhöhungen führen. Es wäre eine sehr dankbare Aufgabe, der Institution, die der Herr Abg. Wurm angeregt hat, hier einmal zur Disziplin zu rufen, weil hier ein Mehr leicht zum Weniger werden kann. (Abg. Sebastian: „Der Herr Abgeordnete wird gebeten, von seinem Platz aus zu sprechen, dies nur der Ordnung halber!“)

2. Zur Frage des Wohnungswuchers darf ich empfehlen, sich mit dem Bau Ungergasse 13 zu befassen. Sie werden dann feststellen, daß dort ein Haus gebaut wurde von einer Institution, die Ihnen sehr nahesteht, und daß diese Wohnungen nicht bestimmungsgemäß verwendet wurden. Wenn Sie wünschen, daß ich noch mehr sage, dann kann ich es tun.

3. Zur Frage Deutschland. Ich war anlässlich des Städtetages in Berlin in der Lage, eine ganze Woche lang mit meinem Notizbuch herumzulaufen und mir Notizen zu machen, die Leute zu fragen, wie sie leben, was sie verdienen und was dieses und jenes kostet. Ich habe mich auch für den sozialen Wohnungsbau interessiert und eine Menge Bauten besichtigt. Wissen Sie, wie hoch sich der Preis der Miete pro m² bei Häusern, die mit verbilligten Krediten gebaut wurden, stellt? 1.50 bis 1.80, inklusive der Betriebskosten bis 2 Mark. Ich habe z. B. mit einem Autobusschaffner über seine Lebensverhältnisse gesprochen. Er erzählte mir, er sei verheiratet, habe 2 Kinder und sein Verdienst betrage monatlich 375 Mark. Für die Wohnung mit rund 50 m² zahle er monatlich 100 Mark Miete. Er bekomme den Monatslohn aber nicht 14mal, sondern nur 12mal im Jahr. Wählen Sie also nicht das Beispiel „Deutschland“, denn gerade das schlägt Sie.

Wenn Sie nun sagen, daß Sie einen neuen Weg suchen, um zu helfen, daß mehr Wohnraum geschaffen wird, dann geben Sie damit doch zu, daß der bisherige Weg nicht erfolgreich war. Sie haben keine glückliche Hand dabei gehabt, gestehen Sie das doch ein. Betrachten Sie doch den kommunalen Wohnungsbau einmal genauer.

Die Gemeinde ist der Bauherr und der Mieter ist der Zahler, und zwar genau im Ausmaß der Annuitäten. Ist das Darlehen von den Mietern abgezahlt, bleibt die Gemeinde Eigentümer des Hauses. Der Mieter bezahlt aber auch die von der Gemeinde selbst bereitgestellten sogenannten Eigenmittel, die Gemeinde erleidet lediglich einen kleinen Zinsenverlust. (Abg. Sebastian: „Mit wieviel Prozent verzinsen Sie das Eigenkapital?“) Die Gemeinde berechnet für ihr Eigenkapital jenen Zinsfuß, der ihr selbst angelastet wird. (Abg. Sebastian: „Für das eigene Kapital!“) Die Zinsen, die die Gemeinde zu leisten hat, berechnet sie dem Mieter, es bleibt lediglich ein Verlust von etwa 1%. (Abg. Sebastian: „Wir mißverstehen uns. Daß sie für das Hypothekendarlehen Zinsen verrechnen muß, ist klar.“) Der Mieter leistet also wesentlich mehr als die Gemeinde und trotzdem bleibt die Gemeinde Eigentümer. Dieser Zustand ist doch wohl nicht vertretbar.

Im übrigen gerät die Gemeinde durch diese Bautätigkeit in eine unerhörte Verschuldung. Für die Gemeinde Graz beträgt diese Verschuldung bereits ca. 110 Mill. Schilling. Trotzdem beträgt der kommunale Wohnraum nur etwa 6% des Grazer Wohnbestandes. (Abg. Bammer: „Diese Millionen zahlen die Mieter?“) Die Gemeinde hält aber diese Belastung nicht aus, obwohl sie mit ihrer Bautätigkeit, die zu einer solchen enormen Verschuldung geführt hat, nicht entscheidend an der Beseitigung der Wohnungsnot mithelfen konnte. Verschiedene auch sozialistisch geführte Gemeinden haben längst erkannt, daß der Weg, den die Gemeinde Graz bisher gegangen ist, nicht zum Ziel führt und daß sie diese Belastungen nicht aushalten. Die Städte Salzburg und Linz treten nicht mehr selbst als Bauherr auf, sondern lassen den kommunalen Wohnungsbau durch die Genossenschaften durchführen. Die öffentliche Hand kann eben diese Frage nicht lösen, das muß jedermann klar sein, und wir müssen daher andere Wege suchen.

Ich glaube, man muß vor allem versuchen, daß jeder, der eine Wohnung will, selbst im Rahmen seiner Möglichkeit mithilft. (Abg. Bammer: „Wer behindert die Leute?“) (Gegenruf bei der ÖVP: „Sie!“) Mobilisieren Sie nicht immer nur den Staat, der alles aus einem Topf bezahlen soll, sondern mobilisieren Sie die Bevölkerung, denn es gibt viele, die mithelfen können. Ein solcher Vorschlag ist keineswegs unsozial und, wie die Erfahrung zeigt, ist er gangbar.

Die Gemeinde Graz hat z. B. im Vorjahr den Bau eines Wohnblockes einer gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft übertragen. Die künftigen Mieter dieser Wohnungen mußten 6000, 8000 und 10.000 S an Eigenmitteln aufbringen. Es hat sich nun gezeigt, daß in erster Linie solche Bewerber sich bereit erklärten, diese Eigenmittel zu leisten, deren Punktezahl nicht erwarten ließ, daß sie in kurzer Zeit eine Gemeindewohnung erlangen könnten. Jene hingegen, die eine hohe Punktezahl erreichen konnten, haben sich darauf verlassen, daß sie auch ohne Eigenleistung von der Gemeinde eine Wohnung bekommen werden. Dabei wäre manchem Bewerber mit hoher Punktezahl die Aufbringung von Eigenmitteln eher zumutbar gewesen als vielen von jenen, die diese Zahlung leisteten. (Abg. Bammer: „Daher der Vorschlag der Einkommensgrenze.“) Diese Spekulation hat nicht allen Erfolg gebracht und mancher, dem im Vorjahr nur wenige Punkte zur Erreichung einer Wohnung gefehlt haben, der konnte auch heuer nicht berücksichtigt werden, weil sich andere mit noch mehr Punkten vorgeschoben hatten, und dann kamen viele von diesen Spekulanten und sie brachten die seinerzeit von ihnen verlangten Eigenmittel im Briefumschlag mit und sie baten, ob sie nicht doch eine Genossenschaftswohnung bekommen könnten, denn sie könnten die geforderte Zahlung leisten. Sie haben nur geglaubt, es wäre nicht notwendig und sie könnten, wie schon früher von mir erwähnt, von der Gemeinde umsonst eine Wohnung bekommen. Nur ein kleiner Teil dieser Bewerber konnte wirklich nicht bezahlen und die-

sem kleinen Teil muß man helfen. Das Ausmaß der Hilfe wird aber tragbar, wenn es auf die wirklich Bedürftigen, die sich nicht zu helfen vermögen, beschränkt wird.

Ich habe gestern aus Wien einen Bericht bekommen, daß viele Geschäfte so gut wie ausverkauft sind, und in Graz ist es ähnlich. Es ist den Menschen zu gönnen, daß sie so viel zu kaufen vermögen, und es freut uns, daß in unserem Land zu Weihnachten förmlich eine Psychose des Schenkens herrscht. Aber könnte man in einer Zeit, in der die Menschen so vieles kaufen können, ihnen nicht auch zumuten, daß sie mithelfen, daß ihnen ein Dach über dem Kopf gebaut wird? Das wäre ein billiges Verlangen, und wir haben zweifellos die Möglichkeit, die Eigenleistung zu mobilisieren. Wir mobilisieren sie ja auch beim Siedler, und jedermann weiß, wie sich diese Menschen schinden und wie sehr sie beim Bau ihres Heimes mithelfen, und wir erwarten daher, daß jene, die beim städtischen Wohnbau nicht selbst Hand anlegen können, anderweitig eben durch die Aufbringung finanzieller Mittel auch ihr Schärfelein beitragen. Ich bin überzeugt, daß auf diesem Wege ein großer Teil der Wohnungsuchenden wohnversorgt wäre.

Dann werden die Basis und das Ausmaß dafür gefunden werden können, wie man jenen hilft, die bedürftig sind. Man wird eben Überforderungen vermeiden, weil damit niemandem gedient wäre. Vermeiden wir im übrigen, daß an die Bürger unseres Staates verschiedene Maßstäbe angelegt werden. (Abg. Sebastian: „Abg. Bammer hat ja gesagt: eine Einkommensgrenze.“) Wenn heute jemand zur Gemeinde kommt und bittet, man möge ihm etwas geben, damit er satt wird, dann darf man an diesen Menschen keinen strengeren Maßstab anlegen als an jene, die zur Gemeinde kommen und bitten, man möge ihnen eine Wohnung geben, und die vielfach mehr verdienen, gesünder sind und arbeiten können. Man darf den, der hungrig ist, nicht schlechter behandeln als den, der eine Wohnung sucht. Wenn man dies gelten läßt, dann wird sich einwandfrei herausfinden lassen, wem man helfen muß und wem man zumuten kann, daß er mithilft. (Abg. Sebastian: „Wir stimmen Ihrem Vorschlag zu.“)

Die Darlehen aus der Wohnbauförderung stellen ja schon eine große Hilfe dar, aber man kann auch darüber hinaus noch etwas dazu tun, weil es sich um eine volkswirtschaftliche Frage ersten Ranges handelt. Aber man muß aufhören, die Dinge so zu betrachten, als ob auf der einen Seite nur die Bösen und auf der anderen Seite nur die Guten wären. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Vinzenz Lackner:** Hohes Haus, verehrte Damen und Herren! Ganz kurz noch ein paar Worte. Wir wollen bei dieser Debatte nicht vergessen, die Ursache der Wohnungsnot mitzubeleuchten. Wir vergessen anscheinend, daß wir durch den Krieg 10.000 Wohnungen verloren haben und daß wir daher auf diesem Gebiet einen großen Nachholbedarf haben. Wir vergessen auch, daß die Lebenserwartung der Menschen heute grö-

ßer geworden ist, daß die Wohnungen daher viel länger besetzt bleiben als früher, wir vergessen auch, daß der Wohnkomfort ein größerer geworden ist. Wenn wir zurückschauen auf unsere Eltern: als sie heirateten, haben sie oft mit einem Sparherdzimmer begonnen, und die Wohnung ist erst mit dem Wachsen der Familien größer geworden. Heute genügt das alles nicht. Diese Ursachen tragen mit bei zur Wohnungsnot.

Trotzdem müssen wir bei diesem Kapitel diese Dinge einmal näher betrachten. Wenn Sie durch die Steiermark fahren, sehen Sie zu Tausenden neue Siedlungshäuser und man weiß, daß der Wille, sich selbst eine Wohnung zu schaffen, im großen Maße vorhanden ist. Die Mittel für die Förderung dieses guten Willens reichen natürlich nicht immer aus, denn sonst wäre es nicht möglich, daß 2000 Anträge noch immer unerledigt beim Referat vorliegen. Ich möchte nun, da ja die Weihnachtswoche ist, auch die Wünsche meiner Obersteirer, die ja auch Kinder dieses Landes sind, vor die Vertreter dieses Landes bringen.

Bevor ich diese Wünsche ausspreche, möchte ich jener Männer gedenken, die über ihre Dienstzeit hinaus auf der Straße Dienst tun, mit Handkarren, Streuschaufel und bei Glatteis die Verkehrswege bestreuen und so Schaden an Wagen, Maschinen und Menschen usw. verhüten helfen. Ich möchte allen Straßenwärtern, die man zu jeder Tages- und Nachtzeit oft über ihre Dienststunden hinaus bei ihrer Arbeit treffen kann, herzlich danken. Ich möchte auch den Herrn Landeshauptmannstellvertreter fragen, warum das nicht in allen Bezirken gleich ist. Denn man fährt nicht überall auf bestreuten Straßen. Plötzlich reißt der Sandbelag ab, und noch dazu oft dort, wo die Straße durch Kabelverlegungsarbeiten aufgegraben ist. Nicht nur im Mürztal, auch in Mürzzuschlag selbst ist das so. Teils sind die Straßen bestreut und teils nicht. Ich möchte wissen, ob die Straßenwärter einen Auftrag haben, das zu machen, oder ob sie das unaufgefordert tun, das weiß ich nicht.

Zu meinen Wünschen gehört die Sobothstraße, sie wurde heute schon erwähnt. Ich bringe sie nur deshalb zur Sprache, weil sie in Verbindung mit der Gaberlstraße vom Bund übernommen werden soll. Ich möchte nur noch einmal daran erinnern, daß der Ausbau der Gaberlstraße fortgesetzt wird und daß die Schneefreihaltung weiter gewährleistet wird. Bei einer Landesstraße von besonderer Bedeutung in der Obersteiermark möchte ich bitten, daß sie auch vom Land übernommen wird, und das ist die Straße von Obdach nach St. Wolfgang. Die Zufahrtsstraße vom Truppenübungsplatz zum Fliegerhorst Zeltweg wird mit schwersten Fuhrwerken befahren und kann von den angrenzenden armen Bergbauerngemeinden nicht erhalten werden. Dazu führt die Straße noch in ein Wintersportgebiet, das an Sonntagen von vielen Autobussen und Privatwagen besucht wird. Ein weiterer Wunsch ist der Ausbau der Straße Sillweger Kreuz bis Rattenberg. Die Gemeinde hat ca. 600 Einwohner, die Hälfte davon arbeitet in Fohnsdorf. Aber auch die landwirtschaftlichen Geräte der Bauern erleiden großen Schaden auf diesem schlechten Straßenstück. Die

Strecke Gabelhofer Kreuz—Dietersdorf von Judenburg nach Fohnsdorf ist durch einen halbstündigen Postautobusverkehr stark frequentiert und wurde mit Gemeindemitteln neu gestaltet, der Antrag auf Übernahme liegt schon lange hier vor.

Ich möchte noch die Frage stellen, wie schaut es mit der Eisen-Bundesstraße über den Präbichl aus? Wir wissen, daß dort das Haldengeröll schon auf die Straße kollert. Wie wäre es, wenn man bei den zuständigen Stellen endlich erreichen würde, daß diese Straße verlegt werden kann? Eine Entschärfung der Turracher-Bundesstraße wäre auch dringend notwendig, nachdem ja auf der Turracher Höhe ein internationaler Eislaufplatz gebaut werden soll, was mit einem entsprechend zunehmenden Verkehr verbunden sein wird. Wer fährt denn dort hin, wenn die Straße nicht ausgebaut ist?

Ich muß abschließend sagen, trotz allem, wenn wir zurückblicken auf die Katastrophen des Jahres 1959, ist mit den Mitteln des Landes sehr viel erreicht worden, und wir hoffen, daß es auch 1960 so bleiben wird. (Beifall.)

Abg. Ebner: Hohes Haus! Wenn wir die Gruppe 6 durchsehen, müssen wir feststellen, daß eigentlich in allen Ansätzen eine Erhöhung zu verzeichnen ist, weshalb eine längere Debatte meiner Meinung nach gar nicht notwendig ist. Aber wie das Beispiel zeigt, haben die verschiedenen Redner zur Gruppe 6 ein derart großes Redebedürfnis, daß sie trotzdem dazu reden müssen, obwohl uns die Landesregierung bereits einen Voranschlag vorgelegt hat, zu dem man eine Abänderung gerechterweise nicht beantragen kann. Er ist derart ausgearbeitet, und die Möglichkeit war ja gegeben, auf einigen Gebieten einige tausend Schilling da und dort zusätzlich zu beantragen, aber das fällt bei der Gruppe 6 aus. Bei diesen großen Beträgen würden ein paar tausend Schilling wahrscheinlich auch nicht ins Gewicht fallen. Wir müssen feststellen, daß für den Wohnungsbau 115'9 Millionen Schilling zur Verfügung stehen für 1960, das ist ein Mehr gegenüber 1959 um 18'6 Millionen Schilling. Für den Straßenbau sind ca. 131'8 Millionen Schilling zur Verfügung, das ist ein Mehr gegenüber 1959 von 10'7 Millionen Schilling. Für Flußregulierungen steht ein Betrag von 6'03 Millionen Schilling zur Verfügung, das ist ein Mehr von 600.000 Schilling. Für Wildbachverbauung stehen zur Verfügung 4'5 Millionen Schilling, das ist ein Mehr von 700.000 Schilling. Für Wasserleitungs- und Kanalisierungsbauten ein Betrag von 5'8 Millionen Schilling, das ist ein Mehr von 1'6 Millionen Schilling.

Hohes Haus, ich bin der Meinung, wir müssen damit zufrieden sein und sehe daher keine Notwendigkeit, dazu noch weitere Worte zu verlieren.

Wenn ich mich noch einer Pflicht entledigen möchte, ist das folgendes: Es war die Nacht vom 12. auf den 13. August 1958. Ich hatte meine Familie, Frau, Schwiegertochter und Enkelkind, noch nicht beruhigt über diese Katastrophe, die in dieser Nacht über das Mürztal niedergegangen ist, da

war schon Landeshauptmann Krainer da, um das Katastrophengebiet zu besuchen. Er hat — ich will nicht als Weihrauchstreuer auftreten — als Landesvater sofort mehr als seine Pflicht erfüllt. Im Zusammenwirken, ich möchte nicht sagen der OVP, sondern der gesamten Landesregierung, wurden die notwendigen Anordnungen selbstverständlich wieder vom Landeshauptmann Krainer als dem zuständigen Referenten der agrartechnischen Abteilung und der Agrarbehörden getroffen und die Aufräumarbeiten in diesem Katastrophengebiet in Angriff genommen.

Ich glaube, es wurde schon im Vorjahr bei der Budgetdebatte Gelegenheit genommen, für alle Arbeiten, die bis dahin geleistet wurden, den Dank zum Ausdruck zu bringen. Heute bin ich in der Lage, einen kurzen Bericht zu geben, wer sich im besonderen eingesetzt hat, um nicht nur die Aufräumung, sondern auch die Wiederinstandsetzung des Gebietes, soweit es nur möglich war, zu bewerkstelligen. Es war vor allem die agrartechnische Abteilung der Landesregierung mit den Agrarbezirksbehörden Graz, Leoben und Stainach, das Landesbauamt, die Landesforstinspektion, die Kammer für Land- und Forstwirtschaft bzw. deren Forstabteilung und die Pioniereinheiten des Bundesheeres, welche dort Hand ans Werk gelegt und die Katastrophenschäden soweit als möglich behoben haben. Nicht weniger als 115 Baustellen wurden errichtet im Gebiete von Breitenau, hinüber bis ins Mürztal, von Stanz bis Kindberg. 40 Baumaschinen sind zum Einsatz gelangt, 100 km Wege wurden soweit als möglich wieder hergestellt, für die Bevölkerung dort eine kolossale Leistung. Selbstverständlich haben auch wir selbst mit Hand angelegt. Es sind nicht weniger als 11 Millionen Schilling aus öffentlichen Mitteln aufgewendet worden. Als zuständiger Vertreter des Mürztales in diesem Hohen Hause fühle ich mich verpflichtet, allen jenen, welche mitgewirkt haben, seien es Körperschaften oder Organisationen oder Personen bis zum letzten Arbeiter, hier im Hohen Hause den verbindlichsten Dank für ihre Arbeit und ihre Hilfe dieser armen Bevölkerung gegenüber zum Ausdruck zu bringen.

Man glaubt nun, die Sanierung sei durchgeführt, indem bis vor kurzem noch die Arbeiten gelaufen sind. Dem ist nicht so. Viele Betriebe, speziell landwirtschaftliche Betriebe, haben dort erstmalig im Herbst 1959 das Feld bebauen können, und der Ertrag wird im nächsten Jahr noch stark vermindert sein. Es dürfte Jahre dauern, bis dort wieder normale Erträge zu verzeichnen sein werden. Ich möchte an alle Mitglieder des Hohen Hauses appellieren, sie mögen für dieses Gebiet Verständnis haben. Es wird zwingend notwendig sein, daß die Kammer für Land- und Forstwirtschaft in diesen Katastrophengebieten sogenannte Aufbaugelände errichtet, damit diesen Leuten irgendwie weiter geholfen wird. Das Katastrophengebiet wurde untersucht von der Bundesversuchsanstalt in Schönbrunn, welche festgestellt hat, daß 2500 Erdanbrüche in den Wäldern zu verzeichnen und diese Anbrüche auf einem Flächenausmaß von 280 ha vorhanden sind. 1200 Anbrüche zeigten sich auf landwirtschaftlichen Nutzflächen mit

45 ha, das dürfte in Zukunft der einen oder anderen Wirtschaft eventuell ihre Lebensmöglichkeit nehmen. Daher mein Appell an die Kammer, man möge das Gebiet als Aufbaugesamt behandeln, damit auf den einzelnen Quadratmetern mehr produziert werden kann und die Bergbauern in jenen Gebieten sich noch erhalten können.

Auf der Landesstraße Kindberg—Stanz—Fischbach wurde eine Kontrolle eingeleitet, und ich darf feststellen, daß ich mich im Klub an den Herrn Straßenbaureferenten gewendet habe und er, wie er wirtschaftlich ist, mir die Antwort gegeben hat: Lieber Freund, da läuft momentan diese Wiedergutmachung, leider sind das nicht meine Gelder. Nützen wir das aus, und selbstverständlich komme ich dann mit dem Ausbau dieser Straße. Noch eine zweite Begründung: Es wird eine Straße Krieglach—Alpl in die Oststeiermark bis Rohrbach zur Zeit ausgebaut, und beide Straßen gleichzeitig auszubauen, das wäre eine Protektion des Mürztales. Wir möchten das selbst nicht gerne haben; jedenfalls hoffe ich zuversichtlich, daß mein edler Freund, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Udier, im nächsten Landesvoranschlag eine höhere Kilometeranzahl für den Ausbau der Straße Kindberg—Stanz—Fischbach zu verzeichnen hat. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Wurm: Ich hatte schon Gelegenheit gehabt, im Finanzausschuß einen Wunsch zum Ausdruck zu bringen, und zwar auf Neuerrichtung von Straßen und Staubfreimachung von Landesstraßen. Die Landesstraße Nr. 78 von Puntigam über Liebenau nach St. Peter ist eine Landesstraße und in ihrem desolaten Zustand kaum mehr befahrbar. Für diese Straße ist überhaupt noch kein Groschen aufgewendet worden. Es ist notwendig, daß diese Straße, die mitten in der Stadt liegt, hergerichtet wird. Weiters habe ich eine Zuschrift bekommen, betreffend die Landesstraße 202 von Gösting nach Thal, die Thalerstraße. Die in der Zuschrift unterfertigten Bewohner der Häuser Josef-Pock-Straße ersuchen die Fachabteilung, diese Straße endlich staubfrei zu machen. Die Staubentwicklung auf dieser Straße ist derart, daß die Bewohner ihre Fenster nicht öffnen können, ohne daß die Einrichtungsgegenstände sofort mit einer Staubschicht bedeckt sind. Bei Regen verwandelt sich dieser Staub in eine Kotschicht, die das Begehen der Straße fast unmöglich macht.

Im Jahre 1951 hat der Finanzausschuß einen Antrag im Hohen Haus gestellt, der gelautet hat: „Die Landesregierung wird aufgefordert, rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen, um die Straße Lurgrotte—Semriach—Hochstraße—Jägerwirt als Landesstraße zu übernehmen, da dieses Straßenstück die notwendige Vollendung der Rundtour Graz — Radegund — Schöckelspitze — Jägerwirt — Hochstraße—Semriach—Lurgrotte—Peggau—Graz darstellt.“ Dieser Antrag wurde dem Hohen Haus vorgelegt, und er wurde mit Beschluß Nr. 119 angenommen. Aber ich vermute, daß er trotzdem in Vergessenheit geraten ist. Ich möchte daher bitten, daß man doch diesen Beschluß durchführt und diese Straße in Ordnung bringt. Angeblich

hat die Landesregierung zum Ausbau dieser Straße schon Vorschüsse gewährt, damit diese Straße in Ordnung gebracht werden kann. Ich erhielt noch einen Brief, und zwar, daß die Landesstraße Nr. 290 „Niederalpl-Straße“ staubfrei gemacht werden soll.

Ich erhielt neuerlich ein Schreiben vom Bürgermeister von Voitsberg, worin ich ersucht wurde, im Landtag einen Antrag einzubringen, daß die Straße Nr. 222, die von Krems nach Stallhofen, und die Straße 220, die von Stallhofen nach Geistthäl führt, staubfrei gemacht werden möge. Am 24. August 1958 haben wir im Landtag den Antrag eingebracht, aber es wurde auch im Jahre 1959 kein Betrag für die Staubfreimachung dieser Straßen vorgesehen. Herr Landeshauptmannstellvertreter Udier hat mit Schreiben vom 9. August 1958 mitgeteilt, daß für das Jahr 1959 ein Betrag vorgesehen ist und daß die Straße staubfrei gemacht werden wird. Es sind auch zirka 1½ km dieser Straße staubfrei gemacht worden, aber rund 4 km sind noch ohne staubfreien Belag. Ich ersuche daher, diese Staubfreimachung noch im Jahre 1960, wenn nicht, so doch mindestens im Jahre 1961 durchzuführen. Weiters wurde ich von meinem Wahlkreis verständigt, daß die Landesstraße Nr. 300, die von Pichling über Puchbach nach St. Martin führt, nur zum Teil staubfrei gemacht wurde. Der Großteil dieser Straße ist noch nicht staubfrei, trotzdem diese Straße durch ein verbautes Gebiet führt. Ich möchte daher den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Udier bitten, soweit die finanziellen Mittel es ermöglichen, noch im Jahre 1960 diese Straße mit einem staubfreien Belag zu versehen. (Beifall der SPÖ.)

Abg. Wernhardt: Hohes Haus! Ich möchte an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Udier die Anfrage richten, ob ihm bekannt ist, welchen Verlauf der weitere Ausbau der Wechsel-Bundesstraße nehmen soll. Der bisherige Bauverlauf und das, was man aus Wien hört, ist nicht sehr ermutigend. Der Ausbau des Teilstückes gegen Hartberg wurde 1948 in Angriff genommen. Davon sind 20 km fertig und weitere 40 km harren der Betondecke. 35 km fehlen bis zur Landesgrenze. Wenn man dieses Tempo beibehält, werden wir in 15 Jahren die Landesgrenze erreicht haben; in diesem Teilstück befindet sich auch die Umfahrung der Stadt Hartberg. Diese Stadt wartet seit 7 Jahren auf die Umfahrung, sie soll angeblich im Jahre 1962 in Angriff genommen werden. Die Stadtverwaltung weiß heute schon nicht mehr, wie sie mit dem Durchzugsverkehr fertig werden soll. Es handelt sich um die einzige Verbindungsstraße der Oststeiermark. Die Leistung des Bundes steht in keinem Verhältnis zu der Leistung des Landes. Ich möchte daher den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Udier bitten, sich dafür einzusetzen, damit dieser Straßenausbau ein rasches Tempo erfährt. Die Straße ist nicht nur für den Transport wichtig, sondern auch für den Fremdenverkehr, denn sie würde ein schönes Stück unseres Landes erschließen und einen viel rascheren Verkehr Wien—Graz

ermöglichen. Mit den Fünfjahresplänen ist uns nicht geholfen, solche gibt es schon mehrere. (Zustimmung bei SPO.)

Abg. Pichler: Mein Vorredner hat schon über die Verhältnisse in der Oststeiermark gesprochen und hat insbesondere den Zustand der Wechsel-Bundesstraße kritisiert. Wir sind leider im Bezirk Weiz nicht in der glücklichen Lage, eine so große vom Bund betreute Durchzugsstraße zu haben und sind darauf angewiesen, daß die wichtigsten Straßen der Landesfürsorge unterstellt sind. Da hat es aber seinen Haken, wobei ich anerkenne, daß im Verhältnis zu anderen Bezirken Weiz seinen Teil bekommen hat.

Sie wissen aber, daß vor 1938 die Nicht-Bundesstraßen, soweit sie Durchzugsstraßen waren und mehr als eine Gemeinde berührt haben, durch die Bezirksausschüsse betreut wurden. Nun war hier ein sehr unglückliches Verhältnis vorhanden, nämlich durch die einkommenstarken Bezirke die großen Bundesstraßen führten, während die Bezirke der Ost- und Weststeiermark beinahe ihre gesamten Straßen aus eigenen Mitteln erhalten mußten. Im Bezirk Weiz haben wir 300 km derartige Straßen, die nach 1945 vom Land übernommen wurden, während nur 51 km Bundesstraße sind. Ein ähnliches Verhältnis haben wir in Feldbach, wo wir 400 km derartige, nunmehr vom Land zu betreuende Straßen und nur 50 km Bundesstraße haben. Dazu kommt, daß dieser Zustand seinerzeit dazu geführt hat, daß die Bezirksverwaltungsausschüsse sich immer dagegen gewehrt hatten, daß ihre Agenden vermehrt wurden. Es sind daher wichtige Durchzugsstraßen in der Betreuung der Gemeinden geblieben, die bei der seinerzeitigen Übernahme der Konkurrenzstraße durch das Land unberücksichtigt geblieben sind und noch heute die Budgetmittel der betroffenen Gemeinden schwerstens belasten.

Mein Kollege Berger hat seit 1954 schon mehrmals für 2 Straßen das Wort ergriffen, und zwar für die Anschlußstraße nach Strallegg und für die Durchzugsstraße St. Kathrein—Lindgraben, die nunmehr bis zum Wirtshaus Granitzer vom Lande übernommen werden soll, während das Stück Kreuzwirt—Naintschgraben nur als Güterweg ausgebaut werden soll. Für dieses Gebiet bildet es jedoch eine wichtige Verbindungsstraße, die für den Fremdenverkehr, als einzige zusätzliche Einnahmsquelle, von Bedeutung ist.

Sehr wichtig ist für uns auch die große Durchzugsstraße Graz—Pfaffensattel, die weiter ausgebaut werden soll. Aber hier haben wir alle ehrliche Sorge, daß, wenn das Tempo des Ausbaus so weitergeht wie bisher, erst in 15 bis 20 Jahren Rettenegg erreicht werden wird. Ich will dies nicht als Vorwurf gegen den Referenten der Landesregierung vorbringen, weil er selbst in seinen Mitteln beschränkt ist; es ist aber leider eine allgemeine traurige Erscheinung, daß für die ursprünglichen Aufgaben der öffentlichen Hand, zu denen sicher die Erhaltung der Straßen gehört, immer weniger Mittel zur Verfügung gestellt werden können, weil die Aufgaben der Hoheitsver-

waltung immer größer werden und daher für andere Zwecke immer mehr Gelder gebraucht werden.

Auf eines möchte ich noch in meinem Bezirke aufmerksam machen. Präsident Wallner hat schon berichtet, daß Schotterlieferungen aus dem nordöstlichen Teil der Alpentäler für die Straßen der Bezirke Fürstenfeld und Feldbach benötigt werden. Alle diese Transporte gehen über die Strecke Weiz—Gleisdorf. Diese wurde wegen ihrer Wichtigkeit als eine der ersten staubfrei gemacht, und dabei wurde die Erfahrung gemacht, daß sie dadurch viel zu eng geworden ist. Heute ist diese Straße, die eine der wichtigsten Verbindungen zur Wechsel-Bundesstraße ist, so schmal, daß die großen Lastautozüge, die auf dieser Straße verkehren, eine ganz bedeutende Gefahr für die übrigen Benutzer dieser Straße darstellen. Ich hoffe, daß es doch einmal möglich sein wird, dieses Übel anzupacken und hier eine Erweiterung durchzuführen, die mit einer gewissen Begradigung leicht zu verbinden wäre.

Ich habe damit die Nöte und die Leiden meines Bezirkes und des Nachbarbezirkes Feldbach, was die Straßen betrifft, geschildert. Sicher ist aber das Kapitel 6 auch deshalb besonders wichtig, weil es auch den Wohnungsbau beinhaltet.

Dazu muß ich leider feststellen, daß die doktrinaire Einstellung der Gegenseite zeigt, daß wir noch lange, wie ich fürchte sehr lange zu keiner Einigung kommen werden, die wir alle erhoffen. Ich bedauere es außerordentlich, daß das Opfer dieser Haltung unsere Jugend ist, die unsere Zukunft darstellt und der wir mit den Wohnungen doch helfen wollen. In dieser doktrinären Form wird es überhaupt nicht gehen. Wir haben immer wieder gesehen, daß der eiserne Grundsatz von Angebot und Nachfrage nie mit noch so strengen Gewaltmitteln reguliert werden kann, und wir müssen versuchen, einen anderen Ausweg zu finden. Ich bin überzeugt, erst wenn auf der Gegenseite diese Erkenntnis zu dämmern beginnen wird, werden wir zu einer gedeihlichen Regelung kommen können. (Beifall der ÖVP.)

Abg. Schabes: Hohes Haus! Abg. Wegart hat gestern bei seinen Ausführungen darauf verwiesen, daß bei einer Verschlechterung der Wirtschaftslage der Fremdenverkehr als Ausgleich dienstbar zu machen ist. Der Bezirk Deutschlandsberg als Notstandsbezirk bemüht sich seit langem um diesen Fremdenverkehr, und ich muß sagen, daß auch die Bevölkerung mitgeht bei diesen Bestrebungen. Wenn ich nur von der Stadt Deutschlandsberg rede, werden wir Veränderungen feststellen können, die in den letzten Jahren vor sich gegangen sind. Die Hausbesitzer, alle sind mitgegangen, die Gewerbetreibenden haben ihre Häuser herrichten lassen, Verschönerungen anbringen lassen, so daß diese Stadt nun wirklich einen freundlichen Anblick bietet. In Eibiswald, in Stainz, überall wurden die Bemühungen aufgenommen, den Fremden Anziehungspunkte zu schaffen. Der Fremdenverkehrsverein in Deutschlandsberg hat aus diesem Grunde eine Plakatwerbung und Kartenwerbung durchgeführt. Die Plakatwerbung hat das Ziel, aufmerksam

zu machen auf die schönen Ausflüge im Zuge von Graz nach Stainz, Frauenthal oder Rassach nach Deutschlandsberg über Schwanberg oder über Sankt Martin nach Eibiswald und letzten Endes über Leibnitz zurück nach Graz.

Wenn ich dazu spreche, so deshalb, weil jede Werbung für den Fremdenverkehr illusorisch ist, wenn nicht die entsprechenden Straßen vorhanden sind. Daher ist in erster Linie der Ausbau der Straßen notwendig, die dem Verkehr dienen. In den letzten Jahren wurde da viel geleistet. Wenn vor 10 Jahren die Sulmtaler Straße noch nicht existiert hat die St. Martiner Straße nicht und von Stainz bis Eibiswald die Straße überhaupt nicht hergerichtet war, so freut es uns heute, daß im Vorjahre 1957/1958 die Straße von Stainz nach Gams, die Landesstraße Nr. 182, in weiterer Folge nach Frauenthal und dort zur Bundesstraße 76 und 1958/59 ein Teil der Straße Stainz—Gams ausgebaut wurde und nun dieses Straßenstück fertig ist. Wir mußten feststellen, daß es eine Enttäuschung für unsere Bevölkerung ist, daß im Voranschlag 1960 kein einziger Betrag für den weiteren Ausbau der zweiten Hälfte dieser Straße von Gams nach Frauenthal und in weiterer Folge zur Bundesstraße eingesetzt ist. Der Angestellten- und der Arbeiterbetriebsrat der Porzellanfabrik haben vorgeschlagen mit der Bitte, doch einen Weg zu finden, daß dieses Straßenstück Gams—Frauenthal auch ausgebaut wird. Es liegt dort die Pension Kipper mit einem Heilbad und die Straße ist sehr stark frequentiert und befindet sich in einem so schlechten Zustand, daß es die Bevölkerung nur freudig begrüßen würde, wenn diese Straße fertiggestellt würde.

Der Herr Kollege Neumann ist über diese Straße hinweggegangen und hat auf die Hebalmsstraße gegriffen. Ich weiß, man kann keine großen Wünsche äußern. Diese Hebalmsstraße wird schon seit 5 bis 6 Jahren ausgebaut. Ich glaube nicht, daß ich es noch erleben werde, daß ich auf dieser Straße über die Pack fahren kann. Die halbe Straße ist fertig, aber ich glaube, es sind noch 10 bis 12 km bis zur Hebalmsstraße zu machen. Ich möchte darauf verweisen, daß die Straße inzwischen herunter schon wieder repariert werden muß. Es wäre von mir vermessen, wenn ich mich abfällig äußern würde in bezug auf die Höhe der Summe. Die Summe macht für den Bezirk Deutschlandsberg 6,485.000 S aus, so daß ich annehme, daß dieses Geld doch der Wirtschaft und den Arbeitern dort zugute kommen wird. Aber ich darf trotzdem nicht unterlassen, an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Udier ein Ansuchen zu richten, das unterstützt wird vom Gemeinderat Deutschlandsberg, und ihn bitten, dahin zu wirken, daß die Umfahrung Deutschlandsberg, die heuer begonnen wurde, fortgesetzt und der Teil, der fertiggestellt ist, mit dem Teil, der von Frauenthal heraufführt, nicht endlos hinausgezogen wird, so daß doch vielleicht bis 1963 mit der Umfahrung zu rechnen ist. Sie überkreuzt zweimal die Bahn und wird schließlich sehr dazu beitragen, daß der Verkehr dort entspannt wird. Ebenfalls möchte ich den Wunsch äußern, daß alles getan wird, daß die Bundesstraße von Schwanberg nach Wies und die Verbindung mit der Sobother Straße hergestellt wird. Ich möchte schon bitten, alles mögliche zu unternehmen, weil ja große Hoffnungen bestanden ha-

ben, daß das nicht alles so in der Luft hängen bleibt. Denn wenn das Land sich nicht zuständig findet, dann macht auch der Bund nichts und es wäre doch zu wünschen, daß hier etwas unternommen würde. Ein Antrag von Seite der OVP ist ja vorhanden.

Abschließend möchte ich noch bemerken, daß ansonsten auch in den bauerlichen Gemeinden das Bestreben herrscht, für die Zufahrtsstraßen, die von der Hauptverkehrsstraße hinaus in die einzelnen Ortschaften gehen, den Anschluß zu finden. Man kann heute schon von Deutschlandsberg weg überall hinkommen ohne besondere Schwierigkeiten. Und das ist ein Verdienst insbesondere der dortigen Bürgermeister, die unterstützt wurden von den beiden Referenten mit Bedarfszuweisungen. (Beifall.)

Abg. **Hans Brandl:** Zu den Landesstraßen noch einiges. Die Bundesstraße von Mariazell nach Mitterbach wurde bereits projektiert. Man hat Vorsorge getroffen, daß die Verkehrsfalle beim Landeskrankenhaus Mariazell beseitigt wurde. Allerdings ist dabei wieder eine Schwierigkeit aufgetreten in der Gemeinde St. Sebastian, wo die neue Bundesstraße knapp am Flugplatz vorbeiführen soll und das dürfte nicht sehr günstig sein. Eine weitere Schwierigkeit bei dieser Bundesstraße ist, daß im Anschluß an Mitterbach das Niederösterreichische Landesbauamt die Trasse neu machen muß, weil man gedacht hat, daß Niederösterreich den Ort Mitterbach durchfährt. Man hat sich aber scheinbar anders entschlossen, wodurch die steirische Projektierung in Gefahr kommt, weil die neue Siedlung in der Gemeinde St. Sebastian von der Bundesstraße durchzogen werden müßte. Ich möchte auf eine Bemerkung des Beamten des Niederösterreichischen Landesbauamtes aufmerksam machen, der erklärt hat, den Steirern werden wir schon etwas antun. Die Straße ist auch in einem schlechten Zustand.

Der Ausbau der Mariazeller Bundesstraße über den Seeberg ist durchgeführt worden, auch die Südrampe des Seeberges ist sehr schön angelegt. Eine persönliche Meinung von mir ist es, ob es nicht zweckmäßig gewesen wäre, in den Kurven eine Teilung der Fahrbahn vorzunehmen, weil dadurch das Fahren im Winter leichter wäre und Unfälle zu verhindern wären. Es freut mich, daß die Zellerrain-Landesstraße in diesem Winter erstmals schneefrei gehalten werden konnte. Es war dies ein Wunsch, den ich 1956 ausgesprochen habe und ich glaube, der Grund dafür, daß das gemacht wurde, ist darin zu suchen, daß der Straßenbau in Gußwerk mit den entsprechenden Maschinen ausgestattet wurde. Es ist natürlich nicht so, wie es in einzelnen Presseaussendungen hieß, daß man gleich, nachdem der Wunsch das erste Mal laut wurde, schon an die Fertigstellung schritt. Ich möchte auch noch bitten, daß das verwirklicht wird, was der Herr Landeshauptmannstellvertreter Udier im Finanzausschuß zugesagt hat, nämlich die Staubfreimachung für Grünau. (Beifall.)

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung bis morgen früh um 9 Uhr.

Als erster Redner ist vorgemerkt Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. U d i e r.

(Die Sitzung wurde am 22. Dezember 1959 um 22.50 Uhr unterbrochen und am 23. Dezember 1959, 9.05 Uhr, wieder aufgenommen.)

Präsident: Ich setze die gestern abends unterbrochene Beratung des Voranschlages mit der Gruppe 6 fort und erteile Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. U d i e r das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter **Dipl. Ing. Udier:** Hoher Landtag! In Fortsetzung der gestrigen Debatte über das Kapitel „Bauwesen“, in dem auch der Wohnbau inbegriffen ist, wäre es sehr verlockend, jetzt einige Dinge zum Wohnbau zu sagen. Ich werde mich aber jeder Äußerung enthalten, um nicht eine neue Diskussion heraufzubeschwören. In erster Linie sind meine Aufgaben die Probleme des Bauwesens im allgemeinen und die Beantwortung auf die Anfragen vom Standpunkt des Referenten und dann die Antwort auf die Anfragen, die seitens des Hohen Hauses an mich ergangen sind, zu geben. Es wird Landesrat Pirisch noch auf einige diesbezügliche Dinge zurückkommen.

Ich darf zum Kapitel „Bauwesen“, um eine gewisse Ordnung hereinzubringen, gleich mit jenem Teil beginnen, der von mir aus zunächst zu beantworten ist, weil auf diesem Gebiet die meisten Anfragen erfolgt sind und das ist das Kapitel „Straßen“. Um bei der Systematik zu bleiben, wollen wir uns zunächst über die Landesstraßen unterhalten. Ich will vorerst ein paar trockene Zahlen und Ziffern bringen.

Unser Landesstraßennetz umfaßt 2895 km, von denen 1178 km staubfrei sind, das bedeutet 40,7% unseres Straßennetzes, das möchte ich ausdrücklich festhalten. Wir haben draußen 20 Bauvorhaben aus dem heurigen Jahre und zum Teil auch aus dem vorigen Jahre in Arbeit und damit 72 km, die vermutlich im Jahre 1960 der Vollendung zugehen. Wir haben außerdem im Jahre 1959 54 Ortsdurchfahrten mit einer Gesamtlänge von 37,2 km mit einem staubfreien Belag versehen. Das sind ein paar Ziffern, die noch nichts aussagen über die wirkliche Qualität. Ich möchte daher zur Staubfreimachung sagen, daß wir uns im klaren sein müssen, daß dies mehr oder weniger eine provisorische Maßnahme ist, wenn ich sage mehr oder weniger, dann mehr provisorisch dort, wo es sich um belastete Straßen handelt, und weniger provisorisch dort, wo es sich um weniger belastete Straßen handelt, wo die Staubfreimachung auf lange Sicht haltbar sein wird. Diese Staubfreimachung für die Ortsdurchfahrten im letzten Jahr haben wir in Angriff genommen, weil sich herausgestellt hat, daß es auf lange Sicht nicht möglich sein wird, unser ganzes Straßennetz so zu errichten, daß damit auch in den geschlossenen Ortschaften die Staubplage wegfällt und daß wir nicht damit rechnen können, unser Straßennetz in absehbarer Zeit nach den heutigen Gesichtspunkten einigermaßen in Ordnung zu halten. Wir sind zu dieser provisorischen Maßnahme der Staubfreimachung in den Ortsdurchfahrten gegangen, um die eigentlichen Siedlungsgebiete von der Staubplage zu befreien, eine Maßnahme, die sich segensreich

ausgewirkt hat. Auf Grund der Aufwendungen, die wir dafür bereitgestellt haben, werden 1960 aller Voraussicht nach sämtliche Ortsdurchfahrten staubfrei gemacht. Wir werden am Ende des Jahres 1960 darüber im klaren sein können, ob wir diese Staubfreimachung provisorisch, also für weniger belastete Straßen fortsetzen, um in naher Zukunft alles gemacht zu haben und unsere Landesstraßen staubfrei zu haben, vor allem dort, wo kein besonders schwerer Fuhrwerk- und Lastenverkehr ist.

Es ist nur recht und billig, daß die Herren Abgeordneten ihre Wünsche äußern. Ich war immer versucht, diese Wünsche ad notam zu nehmen und so gut, als sie sich ins Budget einfügen lassen, zu verwirklichen. Ich glaube, daß diese Wünsche, soweit sie nicht über das Maß hinausgehen, im Jahre 1960 ihre Verwirklichung finden können.

Größere Schwierigkeiten gibt es beim Ausbau unserer Landesstraßen. Ich möchte sagen, wenn wir jetzt die Asphaltierung herausnehmen, die wir heute nicht mehr durchführen können, und den Straßenzug, wie er liegt und steht, mit einem Grundbau versehen und darüber eine Schwarzdecke legen, machen wir das heute nicht mehr, weil darin eine provisorische Maßnahme liegt. Mit Recht hat einer der Spezialdebattenredner davon gesprochen, daß die Strecke Weiz—Gleisdorf heute in keiner Weise den Verkehrsbedürfnissen entspricht, sie ist sehr schmal und kurvenreich, sie ist also nicht mehr so, wie sie sein soll, sie ist wohl staubfrei, aber keine Fahrstraße für starken Verkehr. Diese Strecke Weiz—Gleisdorf, die eine ausgesprochene Lastenverkehrstraße ist, müßte von Grund auf neu trassiert werden, sie müßte einen ordentlichen Grundbau bekommen, begradigt werden und eine Schwarzdecke erhalten, die auf lange Zeit hält.

Es hängen natürlich alle diese Dinge sehr mit den Finanzen zusammen. Wir bemühen uns natürlich, den Straßensektor so zu dotieren, wie er in den Rahmen des Budgets hineinpaßt. Daß ich nicht zufrieden sein kann mit der Dotation, ist selbstverständlich. Das Hohe Haus ist auch nicht zufrieden, und ich wäre ein schlechter Referent, wenn ich nicht bemüht wäre, herauszuholen was möglich ist. Wir haben auch auf diesem Sektor gewisse Fortschritte zu verzeichnen. Wir sind im Vorjahr davon abgegangen, diese ganz kleinen Baulose zu vergeben und sind zu größeren Baulosen übergegangen, die zwischen 3 und 5, ja bis zu 8 Kilometer betragen. Das hat sich arbeitstechnisch als richtig erwiesen und ist für den Fortschritt des Baues zweckmäßig. Diese Baulose vergeben wir auf 2 bis 3 Jahre, so daß es den Baufirmen möglich ist, die Herbst-, Frühjahrs- und Wintermonate, wie es im heurigen Herbst möglich war, bis zum letzten auszuwerten und die an sich eingesetzten Arbeitskräfte zu beschäftigen. Damit ist die Winterpause der Arbeitslosigkeit um diese Zeit verringert. Wir können mit Erfolg vermerken, daß sich diese Maßnahme von seiten der Steiermärkischen Straßenverwaltung sehr vorteilhaft auf dem Sektor der Hilfsarbeiter ausgewirkt hat.

Wir haben im vergangenen Jahr einige Straßenzüge fertigstellen können, so auf der Strecke I Traboch—Edling, dann Graz—Weiz—Steinhaus, Strallegg—St. Andrä, Stainz—Gams, Ausbau der Kehre

auf der Ramsauerstraße, die Staubfreimachung auf der Platsch—Eckberg—Raditschstraße, 1959 die Straße St. Anna am Aigen, Unterrakitsch—Gosdorf, Hausdorf—Bernau, Schielleiten—St. Johann, Obgrün—Großhartmannsdorf, Kleinlobming, Baidorf—Rottenmannerkreuz und Mettersdorf—Stallhof, das sind einige der größeren Bauvorhaben.

Wir haben außer diesen Baulosen unter dem Titel Ausbau der Landesstraßen nicht zu vergessen eine Summe von Posten, die nicht anders unterzubringen sind, die aber keinen Ausbau darstellen, wie auch z. B. die Mittel für Stützmauern, Uferschutzmauern, Behebung von Rutschungen usw. Diese gehören alle nicht hier herein, und daher sind die Mittel, die für die wirklichen Baulose aufgewendet werden, nicht identisch mit denen, die unter dem Titel Ausbau der Landesstraßen verzeichnet sind. Ich werde selbstverständlich versuchen, die Wünsche, die gestern hier geäußert wurden, in mein Programm aufzunehmen, wenn sie nicht schon drinnen sind. Es sind einige Anliegen als Wiederholung aus dem Finanzausschuß hier gebracht worden und ich darf es mir ersparen, darauf noch einmal zurückzukommen.

Zu den Brücken, die unmittelbar dazu gehören, darf ich sagen, daß wir von rund 1500 im Zuge der Landesstraßen immerhin schon ungefähr 400 neu gebaut haben. Das ist eine große Anzahl. Überhaupt glaube ich, daß der Brückenbau, der zwar geringer dotiert ist als der Straßenbau, obwohl er mehr Kosten verursacht, manchmal in der Beachtung untergeht, weil eine Brücke ja nur ein kurzes Straßenstück darstellt, das mit verhältnismäßig großen Kosten verbunden ist. Wie gesagt, wurden von den vorhandenen 1500 Brücken 400 neu gebaut und von den 800 Bundesstraßenbrücken wurden 300 neu gebaut. In den letzten 10 Jahren sind allein 10 Murbrücken neu gebaut worden, und zwar sowohl im Zuge der Bundesstraßen als auch im Zuge der Landesstraßen. Das ist viel, denn es gehören dazu ganz beachtliche Brücken. (1. LHSt. Horvatek: „Darunter waren 2 Konkurrenzbrücken, die das Land allein gebaut hat!“) Es wurden u. a. gebaut die Brücke in Spielfeld, bei Lebring, die Frohnleitner Umfahrungsbrücke, im oberen Murtal eine bei Niederwölz, eine in Teufenbach und eine in Stadl. Wir haben dann noch eine Reihe von Brücken in der Richtung nach Turrach hinein. Um die Turracher Bundesstraße normal zu bauen, ist es notwendig, daß wir zuerst die Brücken bauen. Wenn wir sämtliche Brücken gebaut haben werden, wird die Straße auch schon zu 50% fertig sein. Sie ist eine ausgesprochene Brückenstraße und ich hoffe, daß wir in Fortsetzung dieser Arbeiten bald ordentlich vorwärts kommen werden. Dies in aller Kürze zu den Brücken. Ich könnte noch eine Reihe von großen Brücken im Ennstal anführen, wie z. B. die große Aich—Assacher—Brücke, die ja ein Musterstück ist. Es gibt noch eine ganze Reihe von beachtlichen Brücken, die man fast nicht beachtet, weil man nicht viel davon sieht, wenn man darüber fährt. Wenn Sie einmal in Teufenbach über die alte Straße fahren, dann schauen Sie sich das Gebilde der neuen Murbrücke in Teufenbach an, Sie werden staunen,

wie schlank man heute Brücken baut im Gegensatz zu den Monstergestalten von früher.

Nun noch einiges zu den Straßen. Ich möchte vielleicht anfangen mit den Bundesstraßen. Bei den Bundesstraßen ist es so wie bei den Landesstraßen, es geschieht zwar viel, aber es ist nicht ausreichend. Niemand ist restlos zufrieden. Immer wieder kommt es vor, daß jemand über eine gute Straße fährt, plötzlich aber auf ein Stück stößt, das noch nicht ausgebaut ist. Dann erhebt sich die berechnete Frage, wann geschieht dieses oder jenes. Im Finanzausschuß sind Fragen bezüglich der Mürztalstraße gestellt worden. Es ist keine Gefahr, daß es dort Verzögerungen gibt, es geht tüchtig vorwärts. Auch die Umleitung der Mürz als Vorarbeit für die Strecke Bruck—Kapfenberg ist bereits in Arbeit. Es ist das Baulos Wartberg—Krieglach in bestem Schwung und ich glaube, daß wir mit Ende Sommer 1960 die Betonstrecke dort fertig haben. Sie geht dann von Kapfenberg bis Krieglach in geschlossener Bahn. Es ist vorgesehen, als nächstes die Umfahrung Langenwang zu beginnen und als letztes Mürzzuschlag und dann Kapfenberg—Bruck. Dann folgt die Umfahrung Bruck, die ähnlich wie die Umfahrung Leoben ein strittiger Punkt ist zwischen den örtlichen Körperschaften. Ich glaube aber, daß wir auch hier zu einer Lösung kommen werden, weil die Verkehrsverhältnisse mehr drängen als wir glauben.

Zum Bundesstraßensektor möchte ich weiters in der Obersteiermark beginnen. Es wurde gestern der Pötschen erwähnt und geklagt, daß die Zeitungen scheinbar zu wenig geschrieben hätten. Ich meine, im allgemeinen ist es nicht vorteilhaft, wenn zu viel geschrieben wird. Die Kilometer, die da angeführt werden, stimmen meist nicht zusammen, aber, bitte, ich gebe zu, das sind Dinge, die leicht verwechselt werden können. Aber es wird schon noch Gelegenheit sein, über die Pötschenstraße mehr zu schreiben. Sie ist noch nicht restlos fertig. Auch auf der oberösterreichischen Seite ist sie nur in der Fahrbahn fertig. Alles übrige fehlt noch. Das wird schon noch kommen. Ich wurde von Oberösterreich gefragt, ob wir nicht ins Auge fassen sollten, daß diese Straße auf der Pötschenhöhe gemeinsam feierlich dem Verkehr übergeben werden soll. Ich konnte mich diesem Wunsch nicht verschließen. Die Entschärfung des Pötschen ist für uns fremdenverkehrstechnisch ein ausschlaggebendes Problem. Das Ausseerland hat immer danach gerufen, es käme niemand nach Aussee, weil der Pötschen zu steil ist. Dieser Grund wird wegfallen, es wird über den Pötschen gefahren werden und die Ausseer werden hoffentlich alles übrige für die Aufnahme der Fremden tun, damit die Leute nicht über Aussee hinwegfahren aus irgendwelchen anderen Gründen. (Heiterkeit.) Aber das ist ja nicht mein Ressort.

Daß von dort weg auch noch Sorgen da sind, das ist klar. Die Klachauerstraße von Aussee nach Trautenfels bedarf des Ausbaues. Aber es geht nicht alles auf einmal. Ich bleibe im großen und ganzen bei meinem fixen Programm, wir haben ja auch bisher daran festgehalten und werden es weiter stückweise verfolgen und dann auch zu einem Ende kommen.

Wir können jetzt sagen, wir stehen an diesem oder jenen Punkt und können von dort wieder weiter bauen. Die Klachauer Straße war in den ersten Fünf-Jahresplan nicht einzubauen. Wir haben aber auf dieser Straße gründliche Arbeit geleistet. Die Klachauer Straße ist eine alte kurvenreiche und schmale Straße, die dem Verkehr nicht mehr gerecht wird. Es sind einige Ortsumfahrungen vorzunehmen und es ist der Aufstieg von Trautenfels in die Klachau selbst zu beseitigen. Es bestehen auch schon Pläne und sie werden im Detail vorliegen zu dem Zeitpunkt, wo wir Geld dafür haben. Wir haben uns gesagt, daß alle, die vom Westen zu uns kommen, in erster Linie über die Ennstal-Bundesstraße kommen und uns auch in erster Linie auf diese Strecke verlassen. Wir sind da durchaus zielbewußt vorgegangen und werden auch zum gewünschten Ende kommen. Wir haben derzeit die Strecke Liezen—Trautenfels im Bau, wobei die Strecke Trautenfels—Stainach einen Unterbelag hat. Die Decke konnten wir heuer deshalb nicht auflegen, weil dieses Gebiet Schwankungen im Boden hat und man untersuchen muß, ob wir eine Betondecke oder eine Schwarzdecke auflegen müssen. Liezen—Wörschach steht voll im Bau und auch auf dieser Strecke wird im nächsten Jahr aller Voraussicht nach die Betondecke gelegt werden. Im Jahre 1961 beginnen wir mit der Umfahrung Schladming und in den nächsten Jahren dann das Reststück bis Mandling und Ober- und Unterhaus bis zur Ennstaler-Bundesstraße. Wir können feststellen, daß im Palten-Liesingtal ganz programmgemäß vorgegangen wurde. Heuer wurde die Umfahrung Gaishorn bereits dem Verkehr übergeben, und zwar nicht mit der fertigen Decke, die folgt im nächsten Jahr. Aber diese Umfahrung ist ein großer verkehrstechnischer Vorteil auf dieser Strecke. Ferner haben wir auf der Strecke Traboch—St. Michael das Anschlußstück vollenden können, heuer konnte die Betondecke von Seitz bis zur Umfahrung St. Michael ausgeführt werden, die Straße St. Michael—Hinterberg—Leoben ist im Bau.

Darf ich noch einmal einige Schritte zurückgehen in das Gesäuse, so müßte ich feststellen, daß in der heutigen Form die Straße verkehrstechnisch nicht restlos entspricht, aber als Ausflugsstraße durch das Gesäuse in dieser Form bestehen bleiben muß. Die Straße Hieflau—Altenmarkt wurde in diesem Hohen Hause schon mehrmals besprochen und wir sind uns der Bedeutung voll bewußt, die wir Steirer dieser Strecke zuzumessen haben. Wir beginnen dort mit den Brückenbauten als Vorarbeiten für den Straßenbau, vorerst mit den wichtigsten Brücken und dann mit der Beseitigung enger Stellen. Der schwierigste Teil ist zwischen Altenmarkt und Hieflau das kleine Stück bei Landl. Die Präbichl-Nordrampe soll auf den Südrhang verlegt werden. Die Projektierung der Südrampe Präbichl soll so in Angriff genommen werden, daß wir den Bau zügig durchführen können; Einzelbaulose auf der neuen Trasse hätten keinen Sinn.

Bezüglich der Umfahrung Leoben will ich in der Debatte nicht viel sagen, weil dieses Problem erst in den nächsten Wochen und Monaten gelöst werden muß, weil im Jahre 1960 wir zu einer Vergabe dieser Arbeiten kommen wollen. Wir sind hier ein

wenig im Verzuge, werden aber durch raschen Baufortschritt einiges nachholen können. Auf der Strecke Bruck—Graz ist das erste Baulos bis Zlaten (mit Auslassung beider Kanalbrücken Pernegg und Kirchdorf) in Vergabe. Ich glaube, eine Unterschrift des Ministers soll noch gegeben werden, ich habe noch keine endgültige Nachricht von Wien erhalten, jedenfalls aber steht sie vor der Tür. Das Baulos stellt den Beginn des Aufbaues nach Graz dar, wir haben auch da noch einige Schwierigkeiten zu lösen, die sehr wichtig und dringend sind, weil die Strecke Bruck—Graz den Sammelverkehr aus der Obersteier in die Landeshauptstadt aufnehmen muß und einem sehr schweren Lasten- und Güterverkehr und nicht nur dem Fremden- und Personenverkehr dient.

Die Wechselbundesstraße, die hier gestern erwähnt wurde, ist im Fortschreiten, die Straße Gleisdorf—Hartberg wird 1960 endgültig vollendet; die Umfahrungen Gleisdorf—Hartberg—Grafendorf werden als nächste Baulose 1961 begonnen und im zweiten Fünf-Jahresplan wird die Strecke bis Mönichkirchen restlos fertig ausgebaut. Es ist nicht ohne weiteres möglich, heute eine Voraussage zu machen, weil bisher die Mittel nicht in dem Maße geflossen sind, wie sie der verstärkte Verkehr notwendig machen würde, aber durch die Einnahmen der Mineralölsteuer ist die Finanzierung gesichert.

Die übrigen Bundesstraßen im Gebiete der Steiermark sind durchwegs nicht für den schweren Ausbau vorgesehen. Die Grenzstraße bei Oberhaag—Eibiswald ist im Bau befindlich wie auch die Verbindung hinüber nach Deutschlandsberg wird fortgesetzt und in 2 Jahren komplett befahrbar sein, weil wir plangmäßig und zielbewußt vorgegangen sind und keinerlei Verzögerungen haben. Der Wunsch nach Fortsetzung der Umfahrung Deutschlandsberg—Freidorf ist natürlich ein Wunsch, der berechtigt ist, er muß jedoch auf die zweite Etappe zurückgestellt werden. Die Umfahrung Laibenfeld ist restlos fertig. Dann kommt der zweite Teil an die Reihe, weil ich schon in dieser Ecke bin. Wir haben da noch die Sobotherstraße, und zwar die Übernahme bzw. den Tausch mit der Gaberlstraße; dies ist kein unmittelbarer Wunschtraum, da uns die Übernahme ohne Tausch lieber wäre, aber um die Straße in das Blickfeld der Bundesstraße zu bringen, war der Tausch wichtig und war es uns wichtig, diese Sache energisch zu vertreten. Ich glaube, daß wir das ohne weiters vollbringen, weil keine Verlängerung des Straßennetzes dadurch erfolgt. Wir könnten auch den Kärntnern ein paar Straßenkilometer leihen, weil auch die Kärntner die Landesstraße dem Bund überantworten wollen. Für das erste Detailstück von Eibiswald bis Soboth ist die Detailplanung aus Mitteln der Grenzlandhilfe dotiert, im nächsten Jahr wird die Grenzlandhilfe etwas mehr bringen als heuer, so daß wir auch mit dem Ausbau beginnen können. Wenn die Straße im Bau ist und dem Bund gehört, ist sie in dieser Form fortzusetzen. Damit glaube ich, den Bundesstraßensektor zur Genüge gestreift und nichts vergessen zu haben, was als besonderer Wunsch seitens der Abgeordneten gebracht wurde. Ich habe vergessen zu sagen, daß die Straße Mariazell—Seeberg entschärft wurde, die Frage der doppelten

Spuren bei Kurven sehe ich als besonderen Wunsch eines Automobilisten an, der gerne die Straßen noch zweckmäßiger und schöner ausgebaut sehen möchte. Doch sind die Mittel auch in diesen Fällen ausschlaggebend und wir können uns nicht einen großzügigen Ausbau leisten, sondern wollen nur das ausbauen, was wirklich notwendig ist. Was das Anschlußstück Mariazell—Mitterbach betrifft, kann ich sagen, daß mir von Seite der niederösterreichischen Baubehörde nichts bekannt ist, daß die Trassierung anders gelagert sein soll als wir den Anschluß vorgesehen haben. Nachdem keine offizielle Mitteilung an das Landesbauamt gelangt ist, kann ich nichts Näheres sagen, unsere Planung geht ordnungsgemäß vonstatten und das Baulos wird im nächsten Jahr zur Ausschreibung gelangen. Auch die Dreimärkter-Bundesstraße — unser Sorgenkind in den letzten Jahren — hat eine wesentliche Verbesserung erfahren, da wir den zuständigen Bauämtern Mittel zur Verfügung stellen konnten, um in Eigenregie Verbesserungen durchzuführen. Ich muß sagen, es ist unwahrscheinlich viel geschehen. Das erzählen mir jedenfalls Mariazeller-Fahrer, die öfters dorthin fahren. Ich glaube, die Leistungen der Bauämter waren mustergültig und sie sind mit den Mitteln so umgegangen, wie es notwendig war.

Noch etwas zum Straßenkapitel. Es ist mir aufgefallen, daß heuer mehr als sonst von den Güterwegen die Rede war und von den Gemeindewegen, die das Land übernehmen soll. Ich muß darauf verweisen, daß die Landesregierung generell festgelegt hat, keine Wege zu übernehmen, solange nicht der Bund irgendwelche Straßen vom Land übernimmt. Der Druck wird immer größer, er wird fast unerträglich. Aber die Akten werden immer mehr und die Anträge werden immer mehr. Die Gemeinden stellen Anträge und auch im Hohen Haus sind immer wieder Anträge gestellt worden. Im Bauamt, in der Rechtsabteilung stauen sich die Akten und wir kommen nicht mehr zu Rande. Gestern hörte ich auch ein Klagegedicht darüber, daß diese oder jene Straße zu übernehmen notwendig wäre. Aber die Nacht ist nicht spurlos vorübergegangen und mir ist eingefallen, daß einer der Redner gesagt hat, daß auch Erzherzog Johann ein großer Straßen- und Bahnbauer war. Ich habe mir das überlegt. Und auch aus dem Referat des Herrn Landesrat Koren mit seinem Erfolgsbericht konnte man entnehmen, daß vieles in diesem Jahr geschehen ist. Vermißt habe ich aber, daß wir eine Erzherzog-Johann-Straße gebaut haben, wengleich auch eine Erzherzog-Johann-Straße erstanden ist auf dem Sölkpaß. Das Zusammentreffen zweier Forstaufschließungswege wurde als Erzherzog-Johann-Straße benannt, das ist zwar keine Landesstraße, aber ich habe es als einen Vorwurf betrachtet, daß der Straßenreferent in dem Jubiläumsjahr der Steier nichts dazu getan hat, um dieses Erzherzog-Johann-Jahr gut ausklingen zu lassen. Und weil so viele Wünsche vorgebracht wurden, ist es mir heute zurecht gekommen und ich werde daher noch der Landesregierung in ihrer letzten Sitzung dieses Jahres vorschlagen, eine Reihe von Güterwegen und Gemeindestraßen als Landesstraßen zu übernehmen. (Beifall, Bravorufe.) Vielleicht kann das im Zeichen des Erzherzog-Johann-Jahres als eine Leistung seitens des Straßen-

baues gewertet werden. (1. LHSt. Horvatek: Und wer wird das bezahlen?) Soviel zu den Straßen. Aber die Straßen sind nicht alles.

Ich darf mich nun vom Trockenen dem Nassen zuwenden und komme zum Wasserbau. Er erstreckt sich von der Wildbachverbauung bis zum Trinkwasser, das wieder zur Kloake wird und uns auch wieder beschäftigen muß. Die Dotierungen sind immer zu gering. Für die nächste Zeit ist mehr vorgesehen, weil die Hochwasser des Jahres 1958—1959 viel Schaden verursacht haben. Wenn man so ein Wildbachwässerlein im Sommer sieht, mag man sich wundern, was da für enorme Steinbauten aufgeführt werden und ob es sinnvoll ist, Millionen hineinzubauen. Nur bei Hochwasser ruft dann alles danach, warum man nicht noch etwas mehr getan hat. Wenn es nicht notwendig ist, ist alles überflüssig, bei einer Katastrophe ist alles zu wenig. Auf dem Sektor der Wildbachverbauung wird in den nächsten Jahren mehr geschehen. Die Fortsetzung davon ist der Flußbau. Wir haben im Jahre 1959 auf diesem Sektor fast 32 Millionen ausgegeben. Das ist nicht überwältigend, besonders wenn wir wissen, daß das etwas ist, was Millionen verschlingt, bevor man überhaupt etwas sieht. Ich möchte fast sagen, über den Flußbau wird nicht viel geredet, weil man davon nicht viel sieht. Über die Straßen redet man mehr, weil die jeder sieht und spürt. Den Fluß bemerkt man erst, wenn eine Überschwemmung kommt, sonst merkt man nicht viel, wenn da so ein Bacherl rinnt. Trotzdem sind die Sorgen hier nicht geringer. Auch hier wurden einige Dinge gemacht. Im Zusammenhang mit den Hochwasserschäden des Jahres 1958/1959 haben wir große Aufgaben übertragen bekommen im Bereich des Breitenauerbaches, im Ennstal, im Mürztal, an der Salza und im oberen Murtal. Die Mittel sind wie überall zu gering und zu wenig. Auch hier müssen wir Sorge tragen, daß wir mehr tun können und sinnvoll vorgehen. Hier bitte ich das Hohe Haus um Verständnis dafür, wenn wir davon abgehen, auf dem Flußsektor Jahr für Jahr immer wieder etwas anzufangen, wenn wir von den Bacherln abgehen und dazu übergehen, lieber in großzügiger Weise einzelne Flußläufe gänzlich zu sanieren, weil wir schadensmäßig gesehen mehr damit erreichen, als wenn wir lauter Baustücke haben, die bei einem einzigen Hochwasser unter Umständen alle wieder weggeschwemmt werden und dann trotz großer Mittel der Erfolg gering ist. Ich bitte also noch einmal, dafür Verständnis zu haben, wenn wir uns hier zu größeren, dafür aber zu wenigeren Taten entschließen. Ich bitte Sie um dasselbe Verständnis, das Sie auch bei den Straßen aufgebracht haben.

Zum Wasserbau noch einige Aufklärungen. Sie kennen doch alle das schöne Lied: „Das Wasser ist so hell und klar, sein Alter ist 6000 Jahr“. Dazu kann ich nur sagen, das Wasser war einmal hell und klar. Heute ist es das nicht mehr. Oder zumindest nur mehr an den obersten Bach- und Flußläufen, aber darüber hinaus nicht mehr. Das ist für uns eine große Sorge, und zwar nicht nur die Sorge eines einzelnen Wasserbaureferenten, sondern die Sorge der ganzen Welt. Es stellt sich nämlich her-

aus, daß man durch Jahrzehnte und Jahrhunderte hindurch den Fortschritt für die Menschheit genützt, ihn aber auf der anderen Seite in seiner Auswirkung zu wenig beachtet hat. Der Mammon war stärker als der Geist. Wo etwas herauszuholen war, hat man es getan, ohne dafür zu sorgen, daß auch die Abwässer, gleichgültig, ob es nun industrielle Abwässer waren oder Abwässer von Siedlungen, einer Reinigung zugeführt werden, daß sie rein in den Fluß zurückkommen und die Flußläufe nicht so aussehen, wie z. B. die Mur bei Bruck oder wie die Mürz aussieht. Es ist erfreulich, wenn man heute noch irgendwo ein klares Wasser sieht. Es sind hier große Versäumnisse vorhanden und nun soll Abhilfe geschaffen werden. Es wird aber auch Abhilfe geschaffen werden dort, wo es notwendig ist, um die Menschheit überhaupt mit dem Grundwasser zu versorgen. Wir müssen festhalten, daß in der Steiermark noch immer erst 50% unserer geschlossenen Siedlungen mit einheitlichen Gemeinschaftswasser-versorgungsanlagen versehen sind. Es ist ein großer Fortschritt gegenüber 1945 zu verzeichnen, damals waren es nicht einmal 25%. In diesen 14 Jahren ist auf diesem Sektor sehr viel geschehen, aber doch zu wenig, um die Menschheit teilhaftig werden lassen zu können an dem natürlichsten der Güter, dem Wasser, das angeblich nichts kostet, aber doch sehr kostspielig sein kann. Sie haben da und dort gelesen, daß ich eine neue Charge oder Funktion erhalten habe, ich wurde Vorsitzender des Wasserbautenförderungskomitees. Bitte, nur kein Applaus, höchstens eine Beileidskundgebung! Ich erwähne das nicht, daß Sie jetzt darauf aufmerksam werden, weil dort neue Sorgen auftauchen, sondern ich bin mit einer gewissen Freude ans Werk gegangen, da ich der Meinung war, ich kann dem Lande Steiermark sehr stark dienen, weil ich nachholen kann, was versäumt wurde. Wir sind da im Rückstand gegenüber den westlichen Nachbarn, wir beglückwünschen sie, daß sie fortgeschrittener sind. In Vorarlberg sind 85% aller Ortschaften mit Wasser versorgt, wir sind nicht neidig, aber wir wollen aufholen in den östlichen Bundesländern. Ich war der Meinung, das mir hier allerhand mit Mut und Tatkraft gelingen könnte. Ich habe leider eine schwierige Barriere gefunden, ich muß Sie davon in Kenntnis setzen. Die Briefe, die ich weiterhin von Bürgermeistern bekomme, werde ich natürlich jetzt in verstärktem Maße bekommen, von jetzt an heißt es, das ist der reiche Onkel, der bringt als Vorsitzender der Kommission alles in die Steiermark, der muß das machen. Erst wehrt sich das Land seiner Haut, dann haben die Parteien entdeckt, daß das Wasser nicht mehr hell und klar sein soll, das Wasser ist in rotes und schwarzes Wasser geteilt, sowohl das klare Wasser wie auch das Abwasser. Ich bin nicht in der Lage, jeweils zu sagen, ob dieses klare Wasser rot und die Kloake schwarz fließen soll oder umgekehrt. Aber die Teilung der Gelder auf Heller und Pfennig nach dem Proporz finde ich als das Groteskeste, was man überhaupt bei Förderungsmitteln finden kann. Ich bedauere dies deshalb, weil wir bisher ohne diesen Fondsfonds schon 13 Jahre lang gearbeitet haben. Ich glaube, nachweisen zu können, daß ich als Referent stets die Objektivität walten ließ, die in solchen

Fällen notwendig ist; ich werde dies weiterhin tun trotz der Schwierigkeiten, auf die ich nur aufmerksam machen möchte, und trotz der Barrieren, die nichts mehr mit der Förderung von Wasser- und Kanalbauten zu tun haben. Ich hoffe, aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen und in einem gelegentlichen Bericht bessere Ziffern geben zu können. Soviel zum Wasserbau.

Noch ein paar Worte zum Hochbau. Wir dürfen nicht übersehen, die Bauten liegen zerstreut in den einzelnen Referaten, wir haben im Landeshochbau im Jahre 1959 517 Millionen Schilling ausgegeben, davon 33 Millionen Schilling für Krankenhäuser, die namentlich schon aufgezählt wurden. Von den Amtsgebäuden möchte ich erwähnen die Bezirkshauptmannschaften Leoben und Liezen, die im Rohbau erstellt sind. Neue Wünsche habe ich schon gestern gehört und erwähnen möchte ich noch die Fertigstellung des Wirtschaftsgebäudes im Landesjugendheim Rosenhof und 2 Wohngebäude, die das Land gebaut hat. Der Bundeshochbau hat im Lande Steiermark 81 Millionen Schilling umgesetzt zur Instandsetzung und Modernisierung von Polizei-, Gendarmerie- und Gerichtsgebäuden, und zwar für 65 Gendarmeriegebäude, 2 Strafanstalten, 40 Gerichtsgebäude. Größere Bauvorhaben waren die Männerstrafanstalt Karlau, das Kreisgerichtsgebäude in Leoben und das Bezirksgericht in Kirchbach. Umbauarbeiten wurden durchgeführt in 4 Instituten der Technischen Hochschule, an der Montanistischen Hochschule, weiters die Fortsetzung der Modernisierung der Universität Graz. Am Sektor Mittelschulen sind zu nennen: Installationsarbeiten an der Kepler-Realschule, Modernisierungen am Lichtenfelsgymnasium, Umbauten und Installation am Brucker Realgymnasium und eine Generalsanierung der Bundeslehrerbildungsanstalt in Graz. Von den Neubauten ist besonders hervorzuheben des Chemieinstitut und das Heizkraftwerk der Technischen Hochschule, die Frauenoberschule in St. Peter, das Bundesrealgymnasium in Leoben, das Bundesrealgymnasium Theodor-Körner-Straße, das Bundesrealgymnasium in Gleisdorf und die höhere Bundesanstalt für hauswirtschaftliche Frauenberufe. Weiters wurden im Bereich der Finanzverwaltung 42 Zollwohngebäude und Finanzämter in standgesetzt. Vielleicht darf auch noch genannt werden das Arbeits- und Vermessungsamt in Deutschlandsberg, das Amtsgebäude in Judenburg und die Rohbaufertigstellung des Finanzamtes in Leoben. Hereinfallen tun hier wirklich sehr beachtliche Dinge, an denen man sieht, daß die Bevölkerung hier Anteil nimmt, aber meistens in negativem Sinne, indem sie sagt: Schon wieder eine Tintenburg.

Ich darf am Schlusse meiner Ausführungen kurz zusammenfassend sagen: Wir haben ausgegeben 259 Millionen Schilling, das sind also für die Landes- und Bundesstraßen 45,7% aller im Bauamt laufenden Mittel, für den Brückenbau 31,4 Millionen Schilling, das sind 5,6%, für den Wasserbau 39,3 Millionen Schilling, das sind 6,9%, für Meliorationen, wobei ich nur erwähnen will, daß sie gering dotiert waren, 9,1 Millionen Schilling, das sind 1,6%. Wenn wir wissen, daß durch die Meliorationen an 10.000 ha fruchtbares Land in Österreich